

Nachwort zum Fall Millerand.

Von

Georg von Vollmar.

(Solensass.)

Mein Aufsatz über den Fall Millerand¹⁾ hat eine ziemlich umfangreiche Auseinandersetzung hervorgerufen, an der sich insbesondere Jaurès und Vaillant — letzterer durch nicht weniger als drei Erklärungen — sowie Dubreuilh beteiligt haben; schliesslich hat sich auch Kautsky vernehmen lassen. Die Auseinandersetzung scheint zur Stunde abgeschlossen oder doch inhaltlich erschöpft zu sein; und die Redaction der Socialistischen Monatshefte wünscht jetzt, dass ich mich nochmal zur Sache äussere.

Nun geht mir nicht leicht etwas mehr wider den Willen, als auf schon gesagte Dinge zurückzukommen und durch Wiederholen und Auslegen derselben die Verhandlung zu verlängern; wenn ich einmal in einer Sache das Wort nach bestem Wissen und Gewissen geführt habe, so pflege ich gern unbesorgt meinem Widerpart das Schlusswort und den Lesern oder Hörern das Urteil zu überlassen. Aber ich muss anerkennen, dass hier die Sache etwas anders liegt. Nicht nur, dass ein paar meiner Aufstellungen bestritten und einige neue Momente von Interesse beigebracht worden sind, sondern es kommt noch hinzu, dass die Auseinandersetzung in verschiedenen Zeitschriften geführt worden ist, so dass der grösste Teil der Leser derselben zu folgen nicht im stande war!

Unter diesen Umständen glaube ich der Anregung der Redaction, wenn auch ungern genug, entsprechen zu sollen. Und so bitte ich denn die Leser um Entschuldigung, wenn ich ihre Geduld noch einmal für die nachfolgende Zusammenfassung und Vergleichung der verschiedenen Behauptungen und Meinungen, die über die Geschichte vom Eintritt Millerands in die Regierung zu Tage gekommen sind, in Anspruch nehme. Denn lediglich dieser eine Punct hat den Gegenstand der Auseinandersetzung gebildet. Während mein Aufsatz als Ganzes: die Zeichnung der politischen Lage, in der sich Frankreich beim Entstehen des Cabinets Waldeck-Rousseau befand und die nach meiner und anderer Meinung ein unmittelbares Zusammenwirken der Socialdemokratie mit den ehrlichen Republicanern notwendig machte und in der Form der Beteiligung an der Cabinetsbildung aufdrängte; die Ausführungen über Millerands Rolle im Ministerium und die dadurch, ins-

¹⁾ Socialistische Monatshefte, 1900, No. 12, pag. 767 ff.

besondere auf dem Gebiet socialer Reformen, für die Arbeiterclassen erreichten Vorteile; und noch manche andere Dinge, soweit ernsthafte Aeusserungen in Betracht kommen, ganz ausser der Erörterung geblieben sind.

In seinem von mir bekämpften Aufsatz: Die socialistischen Congresse und der socialistische Minister²⁾ hatte Kautsky geschrieben: „Thatsächlich befragte Millerand weder eine der fünf grossen Organisationen der französischen Socialisten, noch das Comité der socialistischen Verständigung, das von diesen Organisationen als Bindeglied gewählt war, noch die socialistische Fraction der Kammer.“ Diese Behauptung bezeichnete ich auf Grund mir vorliegender französischer Berichte als den Thatsachen widersprechend. Vielmehr habe Millerand, wie ich im einzelnen ausführte, alsbald nach erfolgtem Angebot durch Vermittelung von Jaurès die Partei und zwar gerade die beiden jetzt am heftigsten opponierenden Organisationen zuerst benachrichtigen lassen. Und weiter habe Millerand „die Kammerfraction in aller Form befragt“.

Was ergibt nun die Auseinandersetzung über diese Punkte?

In einem die ganze Frage eingehend behandelnden Aufsatz³⁾ bestätigt Jaurès, dass er selbst, sobald ihm Millerand die diesem seitens Waldeck-Rousseaus gemachten Eröffnungen berichtet hatte, sofort seinen Mitarbeitern von der Petite République alles, was er wusste, mitteilte und insbesondere den Blanquisten Dubreuilh und den Guesdisten Farjat bat, ihre Organisationen davon zu verständigen.

Eine Aeusserung Farjats in dieser Sache ist mir nicht zu Gesicht gekommen.

Dagegen hat Dubreuilh eine Erklärung⁴⁾ abgegeben; in der er ausdrücklich anerkennt, „von Jaurès, der sich jeden Abend mit seinen Mitarbeitern in den Bureaux der Petite République darüber unterhielt, von den ministeriellen Besprechungen auf dem laufenden gehalten worden“ zu sein. Aber, fügt er hinzu, es sei ihm dabei nicht zu verstehen gegeben worden, dass es sich um offizielle Mitteilungen und eine Vermittelung zwischen Millerand und der Partei gehandelt habe; und darum habe er denn auch seinen Organisationen „nicht darüber zu berichten gehabt“. Also: Dubreuilh, der heute den Eintritt eines Socialisten in eine bürgerliche Regierung für ein so grosses Verbrechen hält, dass der betreffende Sünder dadurch ohne weiteres der Parteizugehörigkeit verlustig gehen müsse; der aus diesem Gesichtspunct wie in seiner Eigenschaft als Mitglied des blanquistischen Generalcomités und als Schriftführer des Comités der socialistischen Verständigung doppelt und dreifach verpflichtet war, sobald er — gleichviel auf welchem Wege immer — von dem Versuch eines solchen Verbrechens Kenntnis erhielt, davon seinen Genossen Mitteilung zu machen: derselbe Dubreuilh ist zugestandenermassen zur Zeit, da Millerands Ministerschaft erst im Entstehen war und durch ein entsprechendes Vorgehen noch an

²⁾ Die Neue Zeit, 1900—1901, I. Bd., No. 2, pag. 36 ff.

³⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 56, pag. 451 ff. (übersetzt in der Neuen Zeit, 1900—1901, II. Bd., No. 30, pag. 109 ff.).

⁴⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 53, pag. 272.

der Vollendung gehindert werden konnte, auf dem loyalsten Wege, nämlich durch Millerands Freund Jaurès selbst, vollkommen über die Sachlage unterrichtet gewesen, will es aber vorgezogen haben, seine Wissenschaft schweigend in seinem Busen zu bewahren, bloss weil er angeblich nicht wusste, in welcher Eigenschaft ihm die Mitteilung gemacht worden war! Ich weiss wirklich nicht, ob sich ausserhalb eines kleinen Kreises in Frankreich — und der Neuen Zeit — noch drei Menschen finden dürften, die eine solch einzigartige Verbindung von revolutionärer Unentwegtheit und haarfein unterscheidendem Formalismus für möglich hielten.

Aber die mündlichen Mitteilungen an die Partei waren nicht die einzigen. Die Petite République von jener Zeit liefert den Beweis dafür, dass Jaurès während der langen Dauer der Regierungskrise auch durch das geschriebene Wort fortgesetzt darauf gedrungen hat, dass die grossen Organisationen der Partei und die Kammerfraction sich versammeln und über „die schwerwiegenden Fragen der Taktik, welche die Neuheit der Ereignisse uns gestellt hat“ und die „in Fühlung mit dem Denken der grossen socialistischen Partei zu lösen sind“, beraten mögen.⁵⁾

Hiernach scheint es mir ausser jedem Zweifel zu stehen, dass die Partei von seiten des im Einverständnis mit Millerand handelnden Jaurès rechtzeitig, d. h. 3—4 Tage vor der Bildung des Cabinets, verständigt und damit in den Stand gesetzt war, falls ihr der Eintritt eines Socialisten in die Regierung in der That als grundsätzlich unzulässig und die Partei schädigend erschienen wäre, denselben durch entsprechende Protestkundgebungen unmöglich zu machen. Dergleichen erfolgte aber nicht, und Lagardelle erhebt deshalb auch offen die Beschuldigung, „dass die verschiedenen Organe der Partei den Verantwortlichkeiten ausgewichen sind.“⁶⁾

* * *

Endlich versammelte sich die Kammerfraction. Dass in ihr Millerand erschien und über das ihm gemachte Anerbieten berichtete, sowie dass die Fraction keinerlei Beschluss fasste, der den Eintritt Millerands in die Regierung sei es für principiell oder doch im vorliegenden Fall für unzulässig erklärt und verboten oder auch nur bedauert hätte, wird von keiner Seite geleugnet. Da man aber die Thatsache selbst nicht bestreiten kann, sucht man wenigstens ihre Bedeutung abzuschwächen.

Vor allem klammert sich Vaillant krampfhaft an die Darstellung, dass Millerand von dem ihm gemachten Angebot als „einer Geschichte, die nunmehr bloss der Vergangenheit angehört“, gesprochen habe. Das heisst, die Fraction sei von Millerand getäuscht und von seiner nachherigen Ernennung überrascht worden. Ich habe bereits früher⁷⁾ darauf hingewiesen, wieviel Bedeutung diesem Einwand beizulegen ist.

Fürs erste konnte, selbst einmal den Fall angenommen, dass die Ministersache wirklich als etwas endgiltig Abgethanes dargestellt worden wäre, die Sache damit für den principiellen Bekämpfer der Beteiligung von Socialisten an bürgerlichen Regierungen, als den sich Vaillant jetzt

⁵⁾ La Petite République vom 21. Juni 1899.

⁶⁾ Le Mouvement Socialiste, 1900, No. 46, pag. 601.

⁷⁾ Socialistische Monatshefte, 1901, No. 3, pag. 161.

giebt, doch ganz unmöglich erledigt sein. Von seinem Standpunkte aus musste er Millerand deshalb, weil sich derselbe überhaupt auf Unterhandlungen eingelassen hatte, einer unsocialistischen Handlung anklagen und einen dieselbe verurteilenden bzw. tadelnden Beschluss beantragen; und weiter musste er diesen Anlass benutzen, um die aufgeworfene Frage zur grundsätzlichen Entscheidung zu bringen und dadurch ähnlichen Möglichkeiten ein für allemal einen Riegel vorzuschieben. Dergleichen kam aber Vaillant, nach seiner eigenen Darstellung, gar nicht in den Sinn. „Ich nahm sofort (nach Millerand) das Wort und sagte, ich hörte mit Befriedigung, dass es so sei (d. h. dass Millerand nach seiner Erklärung bei den ministeriellen Verhandlungen nicht im Namen der Fraction, sondern nur für seine Person gehandelt habe), und dass wir in keiner Weise in die Verhandlungen gemengt und in ihnen verpflichtet worden seien⁸⁾ Eine persönliche Verurteilung Millerands verlangte niemand.“⁹⁾ Weiter aber konnte das Wort von der „vergangenen Sache“ offensichtlich gar keine andere Bedeutung haben, als dass eben die Verhandlungen mit Millerand in dem gegebenen Augenblick thatsächlich abgebrochen waren. Aber jedermann weiss, dass die Krise fort dauerte; und angesichts der Lage, die die Bildung einer lebensfähigen Regierung ohne Unterstützung der Socialdemokratie unmöglich erscheinen liess, musste jeder Politiker mit der Möglichkeit rechnen, dass die abgebrochenen Verhandlungen jeden Augenblick wieder aufgenommen werden konnten. Und unter diesem Eindruck haben offenbar auch die socialistischen Abgeordneten und mit ihnen Vaillant selbst gestanden. Denn sonst hätte der letztere in seiner oben angeführten Antwort auf Millerands Rede¹⁰⁾ nicht fortfahren können: dass, wenn die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten „und für den Fall, dass sie wieder aufgenommen werden und zum Ziel führen sollten“, er eine Erklärung der Fraction dahin fordern würde, dass eine etwaige Annahme nur Millerand persönlich, nicht aber die Fraction und die Partei verpflichten könne. Endlich aber zeugt dafür, dass die Fraction die Lage derart aufgefasst hat, insbesondere auch das von Jaurès bestätigte Auftreten Cadenats, der gerade mit Rücksicht darauf, „dass das Anerbieten von Millerand sich erneuern könne“, dass dieser (als Minister) sehr werde angegriffen werden und dass es deshalb nicht genüge, „ihn hier unter uns unserer Sympathie zu versichern“, geradezu einen Beschluss der Fraction forderte, durch den diese „Millerands Verantwortlichkeit zu ihrer eigenen machen“, d. h. dessen Eintritt in die Regierung ausdrücklich gutheissen solle.

Nun will freilich Vaillant von diesem Antrag Cadenats nichts wissen. Er meint: dass „in meiner Gegenwart“ ein solcher „formeller Antrag“ eingebracht und erörtert worden, „ist nicht richtig und kann nicht richtig sein“.¹¹⁾ Es liegt nahe, die Frage aufzuwerfen, ob hier nicht etwa der Schwerpunkt auf den in Anführungszeichen gegebenen Worten liegt, in welchem Falle dann gar nicht bestritten wäre, dass der Antrag doch gestellt war, nur dass es sich um einen nicht genau formulierten handelte und

⁸⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 52, pag. 205.

⁹⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 57, pag. 518.

¹⁰⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 52, pag. 205.

¹¹⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 57, pag. 518.

dass derselbe in Vaillants Abwesenheit erörtert wurde. Ich will jedoch diesen Gedanken im Augenblick nicht weiter verfolgen. Aber aus welchem Grunde sollte denn überhaupt die Angabe, dass Cadenat einen solchen Antrag gestellt habe, nicht richtig sein „können“? Vaillant antwortet: weil „ein solcher Antrag die Verneinung alles dessen gewesen wäre, was (in der Fraction) gesprochen und vorggegangen war.“ Aber dass er das gewesen wäre, ist doch nichts weniger als erwiesen, sondern einstweilen nichts als eine blosser Behauptung, die darum unmöglich als Beweismittel für oder gegen andere Behauptungen dienen kann. Und diese Behauptung Vaillants hat bereits mehr als einen kräftigen Stoss bekommen. Ich habe schon früher¹²⁾ auf eine Stelle in dem bekannten von Vaillant an Millerand gerichteten Telegramm („cela effacerait ce qui a été dit hier au groupe socialiste“) hingewiesen, die sich ungezwungen nur so erklären lässt, dass von Vaillant und anderen in der Fractionssitzung etwas Millerand und seiner Ministerschaft Günstiges gesagt worden war, was durch die Aufnahme Galliffets in das Cabinet „seine Gültigkeit verlöre“. Sodann aber bestätigt Jaurès ausdrücklich, dass ihm Cadenat und Antide Boyer „alle an jenem Tage in der socialistischen Kammergruppe gemachten Aeusserungen als Sympathieumgebungen für Millerand“ bezeichnet haben. Und diese Anführung wird im Grunde von Vaillant selbst insofern als richtig anerkannt, als er von „Worten persönlicher Sympathie“ spricht, die Millerand in der Sitzung gesagt worden seien und die doch offenbar einem Manne, dessen Vorhaben man als verwerflich, die Partei verleugnend und schädigend ansah, nimmermehr hätten gewidmet werden können.

*

*

*

Kautsky, der die nicht mit Vaillant übereinstimmenden Zeugnisse, falls er sie nicht übersieht, in ähnlicher Weise ansieht und behandelt, wie es gewisse Staatsanwälte mit den ihre Anklage gefährdenden Aussagen der Entlastungszeugen thun, nimmt es höchst ungnädig auf, dass sogar der Vorwärts nicht jedes Wort Vaillants unbesehen als blanke Wahrheit annimmt und ehrfurchtsvoll wiedergiebt, sondern es wagt, dessen Erklärungen „mit unberufenen Commentaren abzudrucken, so dass sie gegen die eigenen Behauptungen Vaillants zeugen sollten.“¹³⁾ Es war nun freilich gewiss sehr vermessen vom Centralorgan, dass es in dieser Sache noch irgend jemand anders, ausser dem erhabenen Redactionsstuhl der Neuen Zeit, für „berufen“ hielt; die Leute wissen offenbar noch nicht, was sie dem obersten Lehramt der Partei schuldig sind. Indessen konnte der Vorwärts immerhin bescheidenlich geltend machen, dass es nicht seine Schuld sei, „wenn die Haltung Vaillants in der Ministerfrage widerspruchsvoll erscheint.“¹⁴⁾ Und ich glaube, dass der Leser, der den Auseinandersetzungen über den Fall Millerand einigermaßen gefolgt ist, diese Bezeichnung von Vaillants Art vollauf berechtigt, ja noch recht nachsichtig finden wird. Vielleicht wird er jedoch milder gestimmt, wenn er erfährt, welches Zeugnis Vaillant seiner eigenen Beobachtungsgabe und Gedächtniszuverlässigkeit ausstellt.

¹²⁾ Socialistische Monatshefte, 1901, I. Bd., No. 3, pag. 162.

¹³⁾ Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd., No. 33, pag. 220.

¹⁴⁾ Vorwärts vom 21. Mai 1901.

Vaillant hatte die Vorgänge in der Fractionssitzung bislang immer so geschildert, als ob nach Millerand sofort er selbst und dann niemand mehr das Wort genommen habe, worauf die Sitzung wenige Minuten nachher zu Ende gewesen sei und die Abgeordneten sich in die Kammer begeben hätten. Zu dieser Schilderung schien es auch zu passen, wenn Vaillant die behaupteten Sympathiekundgebungen anderer Abgeordneter rundweg ableugnete. In seiner letzten Antwort auf Jaurès' Vorhalte schreibt Vaillant aber wörtlich folgendes: „Ich hatte bis in die letzten Tage geglaubt, dass die Fractionssitzung in diesem Augenblick zu Ende gewesen sei. Einer meiner Freunde teilt mir nun . . . mit, dass die Sitzung nach unserm Abgang fortgedauert habe, dass aber nichts von Wichtigkeit vorgekommen sei. Ob im Augenblick meiner Entfernung die Bürger Antide Boyer und Cadenat etwas gesagt haben, was ich schlecht oder falsch hörte, ob darüber einige Worte gewechselt wurden, — alles was ich hierüber sagen kann, ist, dass hiervon mir, ebenso wie meinen Freunden, nichts in der Erinnerung geblieben ist.“¹⁵⁾

Was sagt der Leser zu dieser Wendung der Dinge? Vaillant ist der eigentliche, um nicht zu sagen: der einzige Stützpunkt der wider meinen Sitzungsbericht gerichteten Gegnerschaft. Denn wenn er in einer früheren Erklärung verschiedene seiner „unmittelbaren Freunde“ namhaft macht, die angeblich die Wahrheit seiner Berichte bestätigen sollen, so würden dieselben doch erst dann ins Gewicht fallen können, wenn Vaillant sich nicht darauf beschränkt hätte, sie in Bausch und Bogen für alles von ihm Gesagte — einschliesslich der jetzt zugegebenen groben Unrichtigkeiten! — bürgen zu lassen, sondern angegeben hätte, welche ganz bestimmten Punkte sie denn bestätigen können.

Vaillant selbst ist aber, wie sich nun herausstellt, über den Verlauf der Fractionssitzung in einer Weise mangelhaft unterrichtet gewesen, wie es für einen Politiker seiner Erfahrung fast unerklärlich erscheinen muss. Denn wer könnte es verstehen, dass ein Vaillant fast zwei Jahre lang nicht auf den Gedanken gekommen sein sollte, doch einmal nachzufragen, ob denn nicht vielleicht nach seinem Fortgehen die Sitzung fortgedauert habe und in ihr doch die Dinge vorgekommen seien, die von anderer Seite aufs bestimmteste behauptet werden. Statt dessen hat er alle die Zeit über eine Erzählung wiederholt und als getreuen, erschöpfenden Bericht über das Ganze ausgegeben, während dieselbe nur einen Teil behandelte und im weiteren Verlauf noch andere Redner, und zwar gerade in dem Sinn gesprochen haben, den Vaillant stets geleugnet hat! Man wird zugeben müssen, dass ein solches Verfahren doch ein sehr eigentümliches Licht auf die „entière exactitude“¹⁶⁾ wirft, die Vaillant seinen Berichten zuzuschreiben pflegt. Und dies umsomehr, als Vaillant, wie wir nun wissen, an einem ungewöhnlich schwachen Gedächtnis leidet. Ob in einer so wichtigen Sache Cadenat und Boyer überhaupt etwas sagten, ob, wenn dies der Fall war, er das Gesagte schlecht oder falsch verstand, ob und von wem dann darüber debattiert wurde: an all das kann sich Vaillant absolut nicht mehr erinnern, all das ist ihm — und eigentümlicherweise mit ihm gleich-

¹⁵⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 57, pag. 518.

¹⁶⁾ Le Mouvement Socialiste, 1901, No. 52, pag. 206.

zeitig auch dem Kreis seiner „unmittelbaren Freunde“ — völlig aus dem Gedächtnis verschwunden. Aber merkwürdig: dasselbe Erinnerungsvermögen, das in Bezug auf den zweiten Teil der Sitzung so völlig eingeschlämmt erscheint, ist um so wacher in Bezug auf den ersten Teil und kennt alle dort vorgekommenen Dinge so genau, dass es die ausschliessliche Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen und jeden abweichenden Bericht frischweg als der Wahrheit widersprechend bezeichnen kann. Und noch wunderbarer: selbst in Bezug auf den zweiten Teil, während dessen es doch schlief, macht dieses absonderliche Gedächtnis eine Ausnahme; denn während Vaillant sich nicht mehr erinnert, ob Boyer und Cadenat und andere Redner überhaupt gesprochen und was sie gesagt haben, weiss er doch ganz genau, was dieselben nicht gesagt haben!

Wer nach alledem noch nicht davon überzeugt ist, — dass Vaillants Berichte die einzig zuverlässigen sind, während alle entgegenstehenden keine Bedeutung haben, der muss offenbar zu den „freiwilligen Anwälten Millerands“, den „kritischen Socialisten“ — einer offenbar höchst verdächtigen Menschensorte — und vielleicht gar zu den dem Abscheu des Proletariats überlieferten Leuten gehören, die — nach Kautskys artigem Wort — „ihre Arbeitszeit in ein oder zwei Caféhäusern in Berlin W. verbringen“¹⁷⁾, anstatt in Friedenau den heiligen Quell der unverfälschten Offenbarung zu hüten und dem internationalen Socialismus die „von der schlechten Informiertheit einzelner“ freie, wahre Meinung der deutschen Socialdemokratie¹⁸⁾ zu verkündigen. Da nun aber an mir schon einmal nichts mehr zu verderben ist, so nehme ich mir die Freiheit, die Berichte, auf welche sich meine damalige Darstellung gründete, nach dem Lesen der ebenso kunst- als widerspruchsvollen Aeusserungen Vaillants erst recht für vollkommen glaubwürdig und von innerer Wahrscheinlichkeit getragen zu halten.

* * *

Hierbei möchte ich gleich auch noch eine besondere Anführung Kautskys erledigen. Derselbe thut zwei Aeusserungen Jaurès' Gewalt an, um aus ihnen den gewünschten Schluss ziehen zu können: es sei mithin Millerand „nicht eingefallen, seine Collegen zu befragen und von ihrer Antwort seine Entscheidung abhängig zu machen“.

Zum Beweise dafür, wie völlig grundlos dieser Schluss ist, führe ich einfach die Worte an, mit denen mir Jaurès — der ausser von Boyer, Cadenat und anderen Abgeordneten auch von Millerand berichtet ist — des letzteren Rede brieflich skizziert hat: „Sie können auf das Bestimmteste (de la façon la plus catégorique) erklären, dass Millerand die Fraction befragt hat . . . Er schilderte die Lage, berichtete von dem Angebot, das ihm zwei Tage vorher gemacht worden. Er stellte die Unterbrechung der Verhandlungen fest und richtete dann an seine Collegen die bestimmte Anfrage (il demandait nettement): „Falls während der Krise mir von neuem Anerbieten gemacht werden sollten, was soll ich antworten?“ Zu dieser Darstellung passt sowohl die schon erwähnte Stelle Vaillants (was er für den Fall, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und zu

¹⁷⁾ Vorwärts vom 5. Mai 1901.

¹⁸⁾ Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd., No. 33, pag. 220.

einem Ergebnis führen sollten, sich vorbehalten), als auch der Antrag Cadenats. Was hätte denn auch die ganze durch Millerand selbst veranlasste Besprechung der Sache sonst für einen Zweck gehabt, wenn sich dieser nicht der Meinung der Fraction hätte versichern wollen?

Im übrigen habe ich den Beweis, dass Millerand selbst die obige Darstellung Jaurès' als authentisch erklärt hat. Nun kann es ja vielleicht Leute geben, die darin, dass man auch dem Worte des Hauptbeteiligten einigen Wert beimisst, eine ganz besondere Vermessenheit sehen. Aber wenn man erwägt, dass schon in der heutigen bürgerlichen Rechtspflege — wenigstens grundsätzlich — nicht bloss das Wort des Anklägers gilt, sondern auch das des Angeschuldigten gehört wird und Gewicht beanspruchen kann, soweit nicht seine Unwahrheit nachgewiesen wird — so sollte man eigentlich denken, dass die socialdemokratische Rechtsanschauung doch hinter dieser Auffassung nicht gut zurückbleiben könnte.

* * *

Endlich sei noch eine Stelle aus Vaillants letzter Erklärung hierher gesetzt, in deren Nichtabdruck durch den Vorwärts Kautsky merkwürdigerweise eine Parteilichkeit gegen Vaillant und für Millerand zu sehen scheint,¹⁹⁾ während sie in Wirklichkeit das Mass voll macht, um es dem Unbefangenen unverständlich erscheinen zu lassen, wozu denn der ganze Aufwand von Erklärungen, Ablehnungen und Deutereien überhaupt unternommen worden ist.

Vaillant schreibt nämlich wörtlich: „Es ist wichtig, sich den Gedanken der meisten Socialisten zu jener Zeit ins Gedächtniss zurückzurufen. Sehr wenige konnten über den Eintritt Millerands in ein Ministerium erstaunt sein. Die Mehrzahl war seit langem überzeugt, dass er auf eine Gelegenheit dazu passte. Ich habe an mehr als einer Unterredung teilgenommen, in der, seit dem Anschluss Millerands an die socialistische Partei, diese Möglichkeit besprochen wurde, und der Schluss war stets der gleiche: „Möge er doch eintreten — sagte man —, wir sehen darin keine Unzuträglichkeit, vorausgesetzt, dass es auf seine eigene Rechnung und Gefahr, losgelöst von jeder Verbindung mit der Partei und ohne dieselbe hineinzumengen und sie blosszustellen, geschehe. In diesem Sinn habe ich, indem ich dabei zugleich die Vorbehalte machte, welche die Partei von jeder Anteilnahme und Blossstellung befreiten, auch in der Fraction nichts gesagt, was nicht freundschaftlich für Millerands Person gewesen wäre“.

Also: man weiss in der Partei längst oder glaubt zu wissen, dass Millerand bei passender Gelegenheit ein Ministerium übernehmen wolle. Man missbilligt das auch keineswegs, findet vielmehr darin gar nichts Unrechtes, wenn Millerand es nur in seinem eigenen Namen und ohne Mitverantwortlichkeit der Partei thut. Kein Fractionsmitglied fordert von Millerand oder rät ihm, das Angebot abzulehnen; keines stellt die Bedingung, dass er dann aus der Partei ausscheiden müsse. Und dieselben Leute, die so dachten und handelten, sollten, als ihnen Millerand mitten in der Ministerkrise seine Eröffnungen machte, nicht gewusst haben, um was es sich handelte, sollten gänzlich unvorbereitet von der vollendeten

¹⁹⁾ Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd., No. 34, pag. 249.

Thatsache überrascht, überrumpelt worden sein, sollten die Teilnahme eines Socialisten an einer Regierung als einen Scandal, eine Schmach, eine Gefahr für die Partei und einen Verrat an ihr betrachtet haben? Ich meine, um dergleichen annehmbar zu finden, dazu gehörte doch schon ein ungewöhnlich starker — Wille zum Glauben!

* * *

Man mag über die Zulässigkeit und das Mass der Nützlichkeit von Millerands Ministerschaft verschiedener Meinung sein. Und diejenigen, die eine ablehnende Stellung einnehmen, mögen ihre sachlichen Einwendungen vorbringen. Eine solche Auseinandersetzung schadet nichts, ja vielleicht werden beide Teile daraus lernen können, — vorausgesetzt freilich, dass sich in dieselbe nicht jene unangenehme „principielle“ Absprecheri und Ueberhebung mengt, die das Verhandeln so unerquicklich macht, deren Einfluss auf die Partei aber, wie man doch einmal merken sollte, erireulicherweise im schnellen Sinken begriffen ist. Jedenfalls aber sollte man etwas wählerischer in der Auswahl der Beweismittel sein und nicht wie ein Zornmütiger handeln, der dem Gegenstand seines Grimmes wahllos nachwirft, was ihm gerade unter die Hand kommt.

Da hat kürzlich Poincaré, der gewesene Unterrichtsminister im reactionären Cabinet Méline, der bei Ausbruch der Krise zunächst ein Cabinet zu bilden versuchte, eine Rede gehalten, in der er die Entstehung der Regierung Waldeck-Rousseaus und ihre Politik behandelt. Dabei stellte er u. a. die Behauptung auf, dass, während er mit der Feststellung seiner Ministerliste beschäftigt gewesen, Millerand zu ihm gekommen sei und ihm erklärt habe, dass „an alle republicanischen Kräfte zu appellieren“ sei und dass er hierzu Viviani als Minister vorschlage.

Nun weiss jedermann, dass die Leute von der Farbe Poincarés, die damals zu ihrem Aerger keine Regierung zu stande brachten und nun seit fast zwei Jahren vergeblich versuchen, das gegenwärtige Cabinet durch die verzweifeltsten Mittel aus dem Sattel zu heben, um sich selbst an seine Stelle zu setzen, — dass die Leute zu diesem Zweck ihre Angriffe mit Vorliebe gegen die Verbindung Waldeck-Rousseaus mit dem Socialisten Millerand richten, die Regierung einer von des letzteren Einfluss beherrschten „revolutionären Politik“ beschuldigen und sie mit allen Schrecken des Collectivismus beladen, während sie sich selbst als Retter vor demselben einem verehrlichen ordnungsfreundlichen Publicum in geneigte Empfehlung bringen. Ein weiterer Versuch dieser Art ist es, den jetzt Poincaré unternommen hat, wie es im vorigen Jahr Barthou gethan hat. Dieser Umstand hätte allein schon hinreichen sollen, um die Gegner Millerands, soweit sie sich im socialistischen Lager befinden, zur Vorsicht zu mahnen. Aber ihr Eifer, eine neue Waffe gegen die Angefeindeten zu gewinnen, liess sie blindlings in das Garn eines gegnerischen Ränkerspinner laufen. Und nun lärmen sie von „unerwarteten, unmöglich abzuleugnenden, vernichtenden Enthüllungen“, die „ein ganz neues Licht“ auf die Rolle Millerands werfen und dem Wild den Rest geben sollen. Für die Neue Zeit, die sich dabei eine ganz besondere Güte thut, steht es natürlich ohne weiteres fest, dass der Vorschlag Vivianis „selbstverständlich nur eine verblümete Form des Angebots der eigenen werten Person Millerands war“. Denn, fügt sie hinzu,

„bei der bekannten Lauterkeit und Grosszügigkeit Vivianis“ sei es ausgeschlossen, dass derselbe irgendwie bei der Sache beteiligt war, — für welche aufdringliche Belobigung seiner Person auf Kosten eines Freundes Viviani, wie ich ihn zu kennen glaube, die entsprechende Empfindung haben wird. Was aber die Sache selbst betrifft, so scheint mir dieselbe für jeden Ruhigdenkenden und mit politischen Dingen einigermaßen Vertrauten sehr einfach zu liegen und sich auf eine ganz unverfängliche Weise erklären zu lassen. Die Behauptung Poincarés trägt schon um dessen willen das Kennzeichen der Unglaubwürdigkeit an sich, weil bei der Politik dieses Mannes, in der der Hass gegen den Socialismus eine ausschlaggebende Rolle spielt, jede Möglichkeit des Zusammenwirkens eines Socialisten mit ihm ohne weiteres ausgeschlossen war und demnach — von Millerands Charakter ganz abgesehen — schon die einfachste Ueberlegung den behaupteten Versuch unmöglich machen musste. Auf dem Lyoner Parteitag hat Viviani gezeigt, was an dieser „Anekdote“ Wahres ist. Der den Verlauf der Krise aufmerksam verfolgende Millerand hat einfach dem mit ihm persönlich bekannten Poincaré in einem Privatgespräch seine Meinung dahin gesagt, dass eine „Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte“ — die als Mittel zur Lösung der Krise bezeichnet worden war — ohne die mächtig gewordene Socialdemokratie unmöglich sei, d. h., dass Poincaré und seine Freunde sehr wenig Aussicht zur Bildung einer lebensfähigen Regierung hätten. Eine Note der Petite République, die anscheinend von Millerand ausgeht,²⁰⁾ erklärt denn auch für „sonnenklar (très évident), dass Millerand niemals den ihm von Poincaré zugeschriebenen Schritt gethan hat“. Welche Note freilich sowohl von der Neuen Zeit als leider auch von Lagardelle in einem an die deutsche Parteipresse verschickten sehr einseitigen Aufsatz einfach verschwiegen wird. Man darf wirklich begierig sein, ob die guten Leute, die ebenso bereitwillig auf die Worte eines Poincaré schwören, als sie an denjenigen eines Jaurès nicht genug Ausstellungen zu machen wissen, dem nächsten mélinistischen oder progressistischen Intriganten wieder ebenso naiv aufsitzen werden.

*

*

Die Sucht, alle erdenkliche Schuld auf Millerand zu schieben, während die Partei und ihre Organisationen — besonders die „alten“ d. h. die Guesdisten und Blanquisten — als die schuldlosen, getäuschten und gekränkten Hüter der Parteihhre hingestellt werden, ist von Lagardelle, der heute eher zu ungunsten Millerands zu urteilen geneigt und darum ein unverdächtiger Beurteiler ist, schon deutlich zurückgewiesen worden. Obwohl Lagardelle von der Meinung ausgeht, dass Millerand einen Fehler begangen habe, fügt er doch hinzu: „Es ist zu Unrecht, dass Kautsky Millerand allein für seine Handlung verantwortlich macht. Ohne Zweifel hat er sie gern begangen. Aber er hat sie begangen, weil er keine einheitliche und starke Organisation hinter sich hatte, die die Thätigkeit ihrer Mitglieder zu überwachen und in Stunden der Krise die notwendigen Verantwortlichkeiten zu übernehmen fähig war“. Wenn Kautsky den Teil Millerands an der Schuld gezeigt habe, so habe er aber nicht die-

²⁰⁾ La Petite République vom 14. Mai 1901.

jenigen der alten Organisationen hervorgehoben. „Sie sind es, die, despotisch und eifersüchtig, ihren Einfluss durch die Einigungsbewegung gefährdend sehend, seit zwei Jahren alle ihre Kräfte vereinigen, um die Bildung der Einheit zu hindern. Sie waren froh, andere Fehler begehen zu lassen, um dieselben hinterher gegen sie auszubeuten und so die vorgebliche Reinheit ihrer Lehre den vorgeblichen allgemeinen Opportunismus entgegenzustellen. Das ist es, was Kautsky nicht in Betracht zieht.“²¹⁾

Und dass sich diese Eifersucht und Herrschbegier seit den vorjährigen Pariser Congressen um nichts vermindert hat, dafür zeugen die Vorgeschichte und der Verlauf des eben beendigten Lyoner Parteitages, der die volle Einigkeit der Partei herstellen sollte, an dem sich aber die Guesdisten — Kautskys famoses „Rückgrat des französischen Socialismus“ — ohne weiteres überhaupt nicht beteiligten, während das Häuflein der Blanquisten zwar erschien, aber sich anmasste, jede Mitwirkung von vornherein an Bedingungen zu knüpfen, die dem Congress einfach seine Beschlüsse vorgeschrieben und insbesondere die alten Sonderorganisationen unberührt gelassen hätten, um dann die erste nicht nach ihrem Willen ausgefallene Abstimmung zum Vorwand zu nehmen, den Parteitag zu verlassen und sich der Einigung zu entziehen. Es läge die Versuchung nahe, auf die in verschiedener Hinsicht recht lehrreichen Lyoner Vorgänge einzugehen und zu untersuchen, ob die neugeschaffene einheitliche Parteiorganisation durch das endliche Ausscheiden einer ewig anmassenden und krakehlenden Secte nicht mehr gewonnen als verloren hat; indessen sind doch erst genauere Berichte abzuwarten, und die neue Constellation im französischen Socialismus wird ohnehin später noch eingehender zu behandeln sein. Für heute will ich nur auf einen zu meinem speciellen Thema gehörigen Punct der Lyoner Verhandlungen hinweisen.

Kautsky hat jüngst²²⁾ dem Vorwärts den schweren Vorwurf gemacht, dass dessen Leser „keine Idee von der gewaltigen Strömung gegen Millerand, die sich in der französischen Arbeiterschaft regt“, bekämen. Und zum Beweis für diese angebliche Thatsache, die seine eigene Stellungnahme stützen sollte, wies er triumphierend auf die Beschlüsse zweier Regionalcongresse hin, die erklärten: dass, nachdem die aussergewöhnlichen, bei Bildung des Cabinets Waldeck-Rousseau vorhanden gewesen Verhältnisse nicht mehr bestünden und auch die leidenschaftlichen Erörterungen der Ministerfrage die Einigung der Partei bedrohten, die Teilnahme Millerands an der Regierung „ihre Berechtigung“ verloren habe — die sie also doch offenbar vorher gehabt haben musste! —, Millerand seine Entlassung nehmen oder aus der Partei ausscheiden müsse. Und welche Antwort hat nun der Parteitag in einer Abstimmung, bei der alle Socialisten Frankreichs, mit einziger Ausnahme der Guesdisten, mit rund 1200 Mandaten vertreten waren, auf diese Forderungen und Aufstellungen gegeben?

Der Fall Millerand sollte eigentlich gar nicht verhandelt werden, und die grosse Mehrheit empfand auch offenbar ihrerseits keinerlei Bedürfnis zu seiner Verhandlung. Aber in dem Bestreben, der Minderheit auf jede

²¹⁾ Le Mouvement Socialiste, 1900, No. 46, pag. 602.

²²⁾ Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd., No. 34, pag. 250.

nur mögliche Weise entgegenzukommen und sie dadurch vielleicht doch für das Einigungswerk zu gewinnen, liess sich die Mehrheit auf die Forderung, in der Millerandfrage einen Beschluss zu fassen, gleichwohl ein und nahm dieselbe des lieben Friedens halber in einer Form an, die sie — wie die Verhandlungen zeigen — sonst von sich aus wohl kaum gewählt haben würde. Die Erklärung, dass Millerand durch den Eintritt ins Ministerium sich selbst ausserhalb der Partei gestellt habe, wurde mit 910 gegen 286 Mandate abgelehnt. In den Verhandlungen wurde ausgeführt, dass von einer Ausschliessung schon darum keine Rede sein könne, weil die von dem Eintritt Millerands in die Regierung „vorher verständigte Kammerfraction nicht dagegen protestierte“, weshalb die Fassung den Sinn des Ausschlusses Millerands aus der Partei klar beseitige. (Berichterstatter Briand). Jeder Gedanke einer Brandmarkung liege fern, denn Millerand meine es durchaus ehrlich (Briand); er habe wohl einige Fehler gemacht, aber in den meisten Fällen aufs beste für die Interessen des Proletariats gesorgt (Groussier von der Communistischen Allianz, obwohl er in der Frage mit den Blanquisten stimmte); seine Verdienste und seine reformatorische Thätigkeit müssten anerkannt werden (Antrag einer selbständigen Föderation), und die Partei werde aus ihnen Nutzen ziehen (Viviani); seine Ministerschaft sei ein Zeichen des Wachstums und der Macht des Socialismus (Jaurès). Also achtungsvolle persönliche Anerkennung, keine Forderung des Rücktritts, kein Ausschluss; und der Parteitag beschränkte sich lediglich darauf, aus dem schon erwähnten Beweggrund der alten, längst festgestellten und — wie der Leser weiss — von Millerand selbst angenommenen Erklärung eine neue Formulierung zu geben, wonach dieser, „indem er ins Ministerium eintrat, d. h. unter seiner persönlichen Verantwortung und privaten Initiative eine ihn ausserhalb der Controle der socialistischen Partei stellende Function antrat, damit diese Partei nicht an der Macht engagierte und sie infolgedessen dort nicht vertritt“, und dass deshalb die Haltung der Partei und der Fraction der gegenwärtigen wie jeder anderen bürgerlichen Regierung gegenüber ausschliesslich „durch das Interesse des socialistischen Proletariats bestimmt sein soll“. Dieser Beschluss ist von 245 Vertretern mit 904 Mandaten gegen 7 Vertreter mit 42 Mandaten gefasst worden.

Der Ausgang ist also, dass alles beim alten bleibt; dass die Treibereien der Blanquisten und Guesdisten — trotz der angeblichen „gewaltigen Strömung“ — vollkommen ohne Ergebnis geblieben sind, dass Millerand auf seine eigene Verantwortung Minister bleibt, während Partei und Arbeiterklasse von seiner erspriesslichen Thätigkeit ohne formelle Verpflichtung ihrerseits Vorteil ziehen, und dass deshalb die socialistische Kammerfraction — aus der nun Vaillant und seine Freunde völlig ausscheiden werden — die Regierung, der der Socialist Millerand angehört, nach wie vor gegen die Reactionäre unterstützen wird, so oft und so lange sie dies für die Sache des Socialismus und der Demokratie nützlich und förderlich findet. Man wird diese Sachlage vielleicht nicht ideal finden können, wie es eben auch die französischen Parteiverhältnisse gewiss nicht sind. Aber taktische Fragen sind eben nicht auf Grund eingebildeter, sondern der jeweils thatsächlich vorhandenen Zustände zu beurteilen und

zu lösen. Und im übrigen erinnere ich mich eines Urteils, das seiner Zeit der Guesdist Delesalle, Bürgermeister-Beigeordneter von Lille -- derselbe, der, gleich dem ebenfalls guesdistischen Abgeordneten Legitimus, im Gegensatz zu ihrer Sonderorganisation dem Lyoner Parteitag beiwohnte, -- ausgesprochen hat und das, wenn es auch kaum den Beifall des Doctrinärs finden wird, um so mehr dem Empfinden der französischen Arbeiterklasse entspricht, deren politischer Instinct schliesslich doch die Formelbücher der Secten überwindet. Als Millerand in das Norddepartement kam und dort in einer Arbeiterversammlung erschien, begrüsste ihn Delesalle mit einer Rede, in der er u. a. sagte: „Die Frage, ob ein Socialist in ein bürgerliches Ministerium eintreten dürfe, ist zwar noch nicht theoretisch gelöst, aber Millerand hat auf sie durch seine Thaten eine einfache und verblüffende Lösung gegeben.“²³⁾

Agrarbewegung und Parteizustände in Süddeutschland.

Von

Max Schippel.

(Berlin.)

Ob der Bund der Landwirte und die deutsche Agrarbewegung überhaupt nun doch die Grenzen ihrer Kraft erreicht haben?

Man muss es wünschen, und der Wunsch wird auch hier den Glauben stärken. Aber man thut in der Politik immer am besten, auch mit unerfreulichen Möglichkeiten zu rechnen.

Für die Socialdemokratie erhebt sich dabei die zwar undankbare, aber unvermeidliche Aufgabe, ihren Mann nicht nur gegen die äusserste agrarische Rechte zu stehen, sondern auch ihre bürgerlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Brotwucher sich recht genau anzusehen und ihnen, wo nötig, das Rückgrat nach Kräften zu festigen.

Zu einer solchen Prüfung auf Herz und Nieren haben wir um so mehr ein Recht, als ein Teil der freisinnigen Presse sich seit langem darin gefällt, der -- Socialdemokratie Lauheit gegen das Agrariertum vorzuwerfen und jede socialdemokratische Aeusserung, die nicht ganz nach der Schnur der üblichen freihändlerischen Leitartikelweisheit sich richten mag, einer Censur zu unterwerfen, die selbst dann noch sehr unangebracht sein würde, wenn der Freisinn -- es handelt sich hier vor allem um die weibliche Linie -- in der Mobilmachung der Wählermassen auch nur annähernd Aehnliches geieiset hätte, wie die Socialdemokratie.¹⁾

²³⁾ Wiener Arbeiter-Zeitung vom 20. October 1899.

¹⁾ Ein charakteristisches Beispiel! Die Nation widmete der Kautskyschen Schrift über die Handelspolitik einen Begrüssungsartikel. Doch Kautsky war vermessen genug, von einer „Notlage der Landwirtschaft“ zu sprechen und sogar einen ganzen Abschnitt so zu überschreiben. Welchen Ton schlägt hier sofort die Nation -- ausgerüstet mit der ganzen Brentanoschen Grundrenten- und Bodenpreisbildung -- gegen den armen, so bescheiden-heterodoxen Kautsky an: „(In) dieser Broschüre heisst es an einer Stelle: ‚Es fällt uns gar nicht ein, die Notlage der Landwirtschaft zu leugnen.‘ Diese Bemerkung hat das Entzücken der agrarischen Presse erregt. Schon das Wort Notlage klingt wie Musik in ihren Ohren, und doch handelt es sich dabei um die dümmste und abgenutzteste Phrase, die sich denken lässt. Die Redensart ist genau so inhaltlos, wie es jene tief sinnigen Betrachtungen sind“ u. s. f. -- Leider werden mit mir auch andere Socialdemokraten trotz dieses seltsamen freisinnigen Einspruchs so frei sein, die Kautskysche Ausdrucksweise für durchaus zulässig zu halten.

Doch das in aller Cameradschaft nebenbei. Und nun zur Sache selber. . . .

* * *

Es giebt im ganzen nichtsocialistischen Deutschland wohl keine Bevölkerungsschicht, die gegen Ostelbien und gegen preussische Junker aus alter historischer Ueberlieferung eine grössere Abneigung ererbt hätte, wie das süd-deutsche Kleinbürger- und Kleinbauerntum, das seine deutschen Volksparteiler in den Reichstag und die Einzellandtage sendet. Gerade bei dieser Partei jedoch hat die Oeffentlichkeit in den letzten Monaten mehrfach die seltsamsten Seitensprünge erlebt. Und wir müssen zu unserem Bedauern hinzufügen: diese Partei hat sich schon in früherer Zeit als nicht immer zuverlässig in der Förderung der Handelsvertragspolitik und in der Bekämpfung einseitiger, agrarischer Massnahmen erwiesen.

Allerdings, mit Programmen und Wahlaufrufen stand das recht wenig in Einklang. Der Wahlauf Ruf von 1884 rief das Volk „auf die Schanzen gegen jede Mehrbelastung durch neue Steuern und erhöhte Zölle.“ Der Wahlauf Ruf von 1890 verlangte kurzweg die „Beseitigung der Zölle.“ Am 3. Juli 1891, auf einer grossen Antikornzollversammlung, erklärte der frühere Reichstagsabgeordnete Galler, „die Volkspartei bekämpfe die zurückgebliebenen Reste Bismarckscher Politik in ökonomischen Fragen; die Getreidezölle müssen weichen, wir hoffen es noch zu erleben.“ Und ein paar Tage vorher hatte der Stuttgarter Beobachter die Einigkeit und Programmfestigkeit der Partei, wenigstens auf zollpolitischem Gebiet, von neuem gefeiert:

„Wenn je eine oder die andere vereinzelt e Persönlichkeit, welche politisch auf dem Standpunct der Volkspartei stand, in wirtschaftlichen Fragen eine von dem Parteiprogramm abweichende Meinung gehegt und irgend einmal ausgesprochen hätte, was will das gegenüber der klar und offen in Presse, Versammlung und Parlament bethätigten Haltung der Partei und ihrer Führer, was das gegen das Programm der deutschen Volkspartei beweisen, welches die künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch indirecte Steuern und Zölle ausdrücklich und grundsätzlich verwirft!“

Indes, bei einigen Führern versagte das bedauerlicherweise schon im December 1891, als im Reichstag mit den grundlegenden ersten Handelsverträgen auch die Weinzölle zur Beratung standen. Man hört heute vielfach behaupten, dass ohne die Herabsetzung der Weinzölle, vor allem für Trauben und Verschnittweine, die Möglichkeit einer handelspolitischen Verständigung mit Italien einfach ausgeschlossen sei. Indes waren hierin die kleinen Weinbauern im Süden und Westen Deutschlands von jeher überaus empfindlich gewesen — man erinnere sich nur ihrer Agitationen und Anklagen gegen die Zollmilderungen in dem vielgerühmten erst preussisch-, dann deutsch-französischen Handelsvertrag von 1862. Als es daher 1891 über diese Position zur namentlichen Abstimmung kam, erklärten sich die Volksparteiler Haerle, Heilbronn, Pflüger, Gerabronn und Schnaidt-Cannstadt dagegen. Der Abg. Haerle gebrauchte dabei genau die gleichen Gründe, die heute von unseren Garten- und Feldagrariern gegen die freie Zufuhr von Obst, Gemüse, Blumen angeführt werden:

„In diesem Jahre haben die italienischen Trauben trotz des bisherigen Zolles von 10 Mark ihren Weg nach Deutschland gefunden, und die Einfuhr wird unter der Begünstigung dieses neuen Zollsatzes von 4 Mark sehr bald grosse Dimensionen annehmen, und alle diejenigen Schwierigkeiten, welche unstreitig in den Transportverhältnissen liegen und von welchen man ein Hemmnis für eine stärkere Einfuhr erwartet, wird man sehr bald zu beseitigen und zu überwinden lernen. Was dann aber besonders nachtheilig bei dem niedrigen Traubenzoll für unsere Producenten wirken wird, ist der Umstand, dass die Trauben in

Italien vier Wochen früher zur Reife gelangen, als im allgemeinen bei uns. Die Folge davon ist also die, dass der deutsche Markt mit italienischen Trauben bereits überschwemmt sein wird, wenn der deutsche Producent vier Wochen nachher sein Erzeugnis auf den Markt bringen kann."

Auch der Abg. Schnaidt schilderte,

„... wie schwer der württembergische Weinbau durch die Herabsetzung des Traubenzolls geschädigt wird. Es handelt sich hier um eine grosse Anzahl von wirtschaftlich schwachen und schwächsten Leuten, aber bürgerlich selbständigen Leuten, welchen daran gelegen ist, einen Besitz, wenn auch noch so klein, zu halten. Meine Herren, die Socialdemokratie ist bestrebt, auch auf dem Lande mehr Anhänger zu gewinnen; seither ist ihr dies bei den Weingärtnern sehr schwer gefallen, da sie den Weingärtnern noch nicht bewiesen hat, wie man den Weinbau bei dem achtstündigen Normalarbeitstag mit Nutzen betreiben kann. Ich fürchte aber, dass ihre Werbung sehr erleichtert wird dadurch, dass infolge der Zollherabsetzung der Weingärtnerstand geschwächt oder gar ruiniert wird. Meine Herren, ich weiss eigentlich ja wohl: das Urteil ist gesprochen; aber ich möchte bezwecken, dass wenigstens für die Zukunft der Weingärtner in anderer Weise Hilfe bekommt.“

Bei der Gesamtabstimmung machten diese Volksparteiler allerdings aus der Weinzollherabsetzung keinen Kriegsfall. Indes muss man heute doch fragen, was aus dem italienischen Handelsvertrage überhaupt geworden wäre, wenn in der Weinverzollung alles nach dem Wunsche dieser agrarisch angehauchten schwäbischen Demokraten gegangen wäre. Und wer bürgt uns dafür, dass wir nicht eine Neuauflage dieser Zollwünsche, vielleicht auch noch ausgedehnt auf Gartenbauerzeugnisse aller Art, bei den nächsten handelspolitischen Entscheidungen erleben werden?

Denn weitere ähnliche Erfahrungen machte man z. B. bei einer der letzten „hochagrarischen“ Vorlagen, nämlich beim Fleischbeschaugesetz von 1900. Während Eugen Richter Tag für Tag in der Freisinnigen Zeitung darlegte, „dass das Fleischbeschaugesetz für freisinnige Abgeordnete, wenn auch nur das geringste Einfuhrverbot darin enthalten bleibt, gar keinen Wert mehr hat“, war Herr Augst „als Vertreter eines hervorragend landwirtschaftlichen Wahlkreises in der Lage, dem Antrage der Herren Aichbichler und Genossen zuzustimmen.“ Gleich nachdem am 22. Mai 1900 der Redner der freisinnigen Volkspartei, der Abg. Dr. Müller-Sagan, nachdruckvoll kundgegeben hatte, dass „seine politischen Freunde gegen den Antrag Aichbichler und Genossen stimmen werden, weil die Vorlage nach diesem Antrage die Fleischeinfuhr von aussen ungebührlich erschwert... lieber gar kein Fleischschaugesetz als ein so schlechtes Fleischschaugesetz!“ — begann im hohen Hause die namentliche Abstimmung, und siehe da: sämtliche anwesenden süddeutschen Volksparteiler — freilich waren es deren nur zwei, nämlich die Abg. Augst-Grabronn und Eckart-Ansbach — stimmten für den gekennzeichneten Antrag Aichbichler. Bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz, am 23. Mai, war als der letzte und einzige Volksparteiler nur noch Herr Augst am Platze, und dieser erklärte sich folgerichtig auch für das Ganze — wie wir kaum erst hinzuzufügen brauchen: zweifellos in der aufrichtigsten Ueberzeugung von der Zweckmässigkeit und Nützlichkeit des gegenüber der Regierungsvorlage wesentlich agrarisch verschärften Gesetzes. Trotzdem schrieb im Juni darauf ein demokratisches Blatt in unerschüttertem Glauben, Socialdemokraten, „Volksparteiler und sämtliche Freisinnige“ hätten gegen das Gesetz gestimmt, „weil es Einfuhrverbote und damit eine bewusste Verteuerung der Fleischnahrung enthält.“

* * *

Nun aber gar die Schwabenstreiche, wenn die kleinbürgerlichen Demokraten ganz unter sich und allem corrumperenden Einfluss von Berlin und

Ostelbien, von Reactionären und Junkern entrückt sind! Dann fürchten sie sich sogar vor hohen und höchsten — Getreidezöllen nicht.

Schon im Sommer 1900 erregte es Aufsehen, dass auf dem badischen Parteitag Dr. Heimbürger-Karlsruhe, entgegen dem klaren Wortlaute des Parteiprogramms, für Getreidezölle eintrat. Ebenso liebäugelte das leitende badische Blatt, der Badische Landbote in Karlsruhe, mitunter recht bedenklich mit dem Brodwucher: zwei Millionen von Bauern im Reiche könnten gegenwärtig eines kräftigen Schutzzolls auf Getreide nicht entbehren. Noch bedenklicher war es, dass und wie bei der sich entspinrenden Auseinandersetzung auch das württembergische Centralorgan, der Stuttgarter Beobachter, seinen schützenden Schild über die Getreidezöllschwärmer hielt:

„Auf dem Parteitag der Volkspartei in Baden hat unser Freund Dr. Heimbürger zutreffende Worte zur Agrarfrage gesprochen. Sie haben in der Presse vielfach Beachtung gefunden, und die Gegner glauben, etwas Neues darin entdeckt zu haben. Als ob es nicht ein alter demokratischer Grundsatz wäre, dass da, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht, Staatshilfe einzutreten hat; und als ob es nicht selbstverständlich wäre, dass dieser Grundsatz für die Landwirtschaft keine Linie weniger gilt, als für andere Berufsstände. Oder will das Aussergewöhnliche darin entdeckt werden, dass Heimbürger sagt: Eine gewisse Zahl (Zollhöhe) wie 3,5 oder 2 oder 4 Mark kann man nicht als feststehende heilige Zahl betrachten? Es wird noch keinem Demokraten eingefallen sein, z. B. den $3\frac{1}{2}$ Mark-Zoll für ein unverrückbares Evangelium zu erklären. Man weiss heute schon fast sicher, dass die nächsten Handelsverträge eine Getreidezollerhöhung (!) bringen werden. . . . Es ist daher recht naiv, zu meinen, die „Gesinnungstüchtigkeit“ eines Demokraten werde dadurch beeinträchtigt, dass er nicht gerade an die Heiligkeit und Unfehlbarkeit des $3\frac{1}{2}$ Mark-Zolls, der auch nicht grammatisch ist, glaubt.“

Im April 1901 hielten die Badenser wieder einmal einen Parteitag in Offenburg. Neben dem Landtagsabgeordneten Heimbürger, der zugleich an der Spitze der Landesparteileitung steht, sprach sich jetzt auch Rechtsanwalt Schneider für eine „mässige“ Erhöhung der Getreidezölle aus, wozu Heimbürger nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung ausführte, dass in der Frage der Erhöhung der Getreidezölle die Volkspartei in sich nicht einig sei; dies nach aussen offen zu bekennen, halte er für geboten nach dem Grundsatz, stets offene Wahrheit walten zu lassen. Er glaube auch nicht, dass er sich seiner Ansicht schämen müsse; und es sei andererseits ein ehrendes Zeugnis für die Volkspartei, dass nicht der Versuch gemacht werde, eine abweichende Ansicht zu unterdrücken. Er und einige seiner politischen Freunde treten für eine mässige Erhöhung der Getreidezölle ein. Bedauerlich sei es ja gewiss, dass der ostelbische Junker den grössten Nutzen von den Zöllen habe; das sei aber eine Folge der grosscapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt, und sie trete auch bei dem Grossindustriellen in gleicher Weise ein. Die Bauern seien trotzdem der überwiegenden Meinung, dass auch sie einen Vorteil von den Getreidezöllen hätten. — Von anderer Seite wurde die Theorie Heimbürgers bekämpft und darauf hingewiesen, dass nur eine kleine Minderheit in der Partei für Getreidezölle sei. Irgend eine Directive gab indessen der Parteitag nicht, und die Wiederwahl Heimbürgers in die Parteileitung verriet gerade keine besondere Entschlossenheit und Erregung der Parteimehrheit. „Die Dehnbarkeit des demokratischen Gewissens unserer Volksparteiler ist nachgerade eine unbegrenzte geworden“, schrieb damals ein Correspondent des Vorwärts aus Baden.

Unerhörtes war unterdes Ende Januar im Ur- und Hochsitz dieser Demokratie geschehen, in der württembergischen Kammer, in der die Demokraten die stärkste Partei bilden. Von der „Beseitigung der Zölle“ war hier in

den rasch berühmt gewordenen Landtagsverhandlungen überhaupt nicht mehr die Rede. Ein Kampf, zum Teil sicherlich nur ein Scheinkampf, entspann sich lediglich um den Gegensatz von „ausreichendem Zollschutz“ — wie ihn ein Abänderungsvorschlag Haussmann wünschte — und von „ausreichender Erhöhung der Einfuhrzölle“, wie es im ursprünglichen Antrag Rembold-Hieber hiess. Haussmann als Redner der Volkspartei zog sich noch dazu hinter die weitherzigste, unbestimmteste Begründung seines Vorschlages zurück: er sei nicht in der Lage, für „Erhöhung“ zu stimmen, weil die Frage nicht klar zu übersehen sei; dagegen sei er bereit, sich für das Princip des „ausreichenden Zollschutzes“ auszusprechen — allerdings kam dann wieder die bekannte Einschränkung: soweit die Consumenten nicht geschädigt und neue Handelsverträge nicht gefährdet werden... und bei dem Abg. Haussmann darf man ohne weiteres annehmen, dass ihm diese Einschränkung mehr am Herzen liegt wie die Zöllneri. Als jedoch sein Antrag gegen zwanzig Stimmen fiel, stimmten sechs Volksparteiler für den agrarisch unverfälschten Antrag Rembold-Hieber, der so im ganzen mit 63 gegen 25 Stimmen — und wahrlich in keinem preussischen Dreiclassenparlament — zur Annahme gelangte:

„Die Regierung zu ersuchen, im Bundesrate für eine ausreichende Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide, nicht bloss auf Weizen und Roggen, sondern insbesondere auch auf Gerste und Hafer einzutreten.“

*

*

*

So sieht es in Baden und Württemberg auf der äussersten bürgerlichen Linken aus. Trotzdem konnte man neulich allen Ernstes in den Zeitungen lesen, dass an dem liberal-aufgeklärten Süddeutschland sich die trüben agrarischen Fluten aus Ostelbien zerschlagen würden!... Auf Elsass-Lothringen wird man hierbei kaum gerechnet haben, denn was den agrarischen Appetit anlangt, so sind die Bauern der Reichslande gut französisch geblieben... So wäre also vom Süden eigentlich nur noch Bayern übrig als das Land, aus dem Heil und Rettung vor der preussischen Raffgier zu erwarten stärke.

Dass auf diese preussische Raffgier in Bayern mit Vorliebe raisonnirt wird, ist allerdings eine Thatsache. Nicht minder ist es jedoch eine Thatsache, dass die bayerischen Agrarier, dass die Mehrheit der bayerischen Reichstagsvertreter stets um ein paar Nasenlängen den ostelbischen Vollblutbündlern im Fordern und Nehmen voraus gewesen sind. Gerade in Bayern ruht der Kampf gegen agrarische Ueberhebung noch mehr, wie sonst, und fast ausschliesslich auf den Schultern unserer rührigen Parteigenossen, — ein paar Beschlüsse und Eingaben von Stadtverwaltungen und Handels- und Industrievertretungen schaffen wahrlich noch keine Bewegung.

Aus der Kammerdebatte über den Antrag Ratzinger im Jahre 1897 weiss man heute, dass die bayerische Regierung diejenige war, die schon bei der Vorbereitung der jetzt bestehenden Handelsverträge für höhere Getreidezölle eintrat.

Bei den ersten Handelsverträgen hielt das Centrum seine unzufriedenen bayerischen Mannen noch an der Leine — aus allgemein einleuchtenden Parteirücksichten, und auch die süddeutsche Anhänglichkeit an Oesterreich wirkte wohl besänftigend.

1893 beim rumänischen Handelsvertrag stand jedoch der bekannte bayerische Abgeordnete Dr. Schädler an der Spitze des ablehnenden Teiles:

„Ich komme mit dem Herrn Grafen zu Limburg-Stirum zu der Ansicht, dass dieser Handelsvertrag die Lage der Landwirtschaft thatsächlich verschlechtert

(sehr richtig! rechts) und komme mit einem grossen Teil meiner Parteifreunde zu dem weiteren Schluss, dass wir auch gegen diesen Vertrag stimmen werden (Bravo! rechts). Wir unterschätzen durchaus nicht die Industrie; aber wir sind doch nicht der Meinung, dass Deutschland nur Industriestaat sei (sehr richtig! rechts) und dass sich deshalb hier alles zu concentrieren habe; wir glauben, Industrie und Landwirtschaft seien zum mindesten gleichberechtigt (sehr richtig! rechts). und sehen durch diesen Vertrag die Interessen der Landwirtschaft nicht hinlänglich geschützt und gewahrt. . . . Wir finden durch diesen Vertrag die Lage der deutschen Landwirtschaft nicht gebessert, sondern verschlimmert, und wenn wir noch hinzunehmen, dass besonders Bayern und der Süden überschwemmt werden wird, dass auf der Wasserstrasse der Donau und unserer anderen Flüsse herauf das Getreide zu uns kommt, dass auch insbesondere jetzt bedeutend an der Regulierung der Donau gearbeitet wird, dass also dadurch die Fracht noch erleichtert wird — eben deshalb, weil die Landwirtschaft im allgemeinen und weil insbesondere aber auch unsere bayerische Landwirtschaft darunter schwer Not leiden müsste, deshalb erklären wir uns gegen diesen Vertrag.“ (Bravo! rechts.)

Herr Hilpert liess dann durchblicken, warum „die bayerische Centrumspartei sich jetzt mehr den Interessen der Landwirtschaft widmet“, und Herr Dr. Sigl, der Sieger der bayerischen Bauern gegen die bayerischen „Centrums-Nationalmiserablen“, bereite seinen Landsleuten und Wählern durch wohlberechnete Redeausfälle noch ein Extragaudium:

„Das Ansehen des Reichs ist etwas sehr Schönes; aber auch das Wohl und Wehe unseres Landvolks, speciell unseres bayerischen Volks, ist etwas, was der Erwähnung wert ist und was auch Beachtung verdient. . . . Den ersten Stoss durch diesen rumänischen Handelsvertrag wird, wie bei den anderen Verträgen, wieder das bayerische Volk, die bayerische Landwirtschaft aushalten müssen (der cynische Klopfflechter hat hier Bayern stets im Reichstagsstenogramm unterstrichen). . . . Ueberlassen wir die Sorge für die Gesamtheit, für das Reich der Regierung; wir müssen zunächst an Bayern denken (wieder unterstrichen), zunächst für Bayern, für unsere Wahlkreise sorgen. Ich kann Ihnen sagen: wenn ein bayerischer Abgeordneter vom Centrum zurückkommen sollte, der für diesen oder die noch kommenden Handelsverträge gestimmt hat — der ist ein gemachter Mann, der ist fertig bei seinen Wählern und wird nie wieder in eine parlamentarische Körperschaft gewählt werden. . . .

Wir haben schon so viel für Preussen und Reich gethan, dass uns zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Auch dieser Handelsvertrag — dem vielleicht auch noch andere und der russische nachfolgen werden, und anderer unerfreulicher politischer Segen vom Reich — alles das wird schliesslich bewirken, dass das Ende vom Liede dies sein wird, was bereits ein bayerischer Abgeordneter in München in Aussicht gestellt hat, und dass man uns Bayern die eigene selbständige Existenz so sehr verleidet, dass wir zwar Preussen selbst nicht werden wollen, aber dass dann kommt, was jener Abgeordnete uns in Aussicht gestellt hat: der preussische Oberpräsident in München! Das wollen wir Bayern denn doch noch nicht einführen lassen; dazu hat es noch lange Zeit; wir danken einstweilen dafür. Wir Vertreter des Bauernstandes und, ich glaube, alle Vertreter des bayerischen Volks handeln nur im Sinn unserer Wähler, aller bayerischen Wähler (oho! links), auch aller des Centrums, wenn wir diesen rumänischen Handelsvertrag und jeden nachfolgenden von Grund aus verwerfen.“

Man mag dieses ekle politische Grimassenschneiden als blosse bedeutungslose Hanswursterei einschätzen — der Erfolg gab doch dem Sieger von Kehlheim recht. Bei einer ungeheuer starken Besetzung des Hauses ergab die grundlegende Abstimmung zum rumänischen Handelsvertrage die Annahme mit 189 gegen 165 Stimmen. Von den 42 bayerischen Abgeordneten (die Pfalz mit ihren eigenartigen Verhältnissen lassen wir hier beiseite) fehlten vier, nämlich Pichler und Lerzer, ferner Vollmar und Grillenberger, die im bayerischen Landtag zurückgehalten waren. Von den anwesenden 38 Abgeordneten stimmten nicht weniger wie 35 (!) Mann

geschlossen gegen den Vertrag. Die drei Handelsvertragsfreundlichen waren Birk-München, Weiss-Fürth, Kröber-Ansbach. Wäre es also nach diesen Kerntruppen des Widerstandes gegen die ostelbische Spitze Deutschlands gegangen, so wäre schon 1893 die Fortführung der Handelsvertragspolitik mit erdrückender Majorität verweigert worden und zwar, wie Dr. Sigl verkündete, um — die preussischen Junker nicht über München triumphieren zu lassen!

Doch kommen wir noch einen Augenblick auf den letzten und wichtigsten, den russischen Handelsvertrag zu sprechen! Hier fanden (am 10. und 13. März 1894) zwei innerlich gleichartige Abstimmungen statt, die wir verbinden, um die zufällige Abwesenheit bei einem der Aufrufe auszugleichen. Von sämtlichen 42 bayerischen Abgeordneten fehlte alsdann ein einziger, nämlich Lerzer-Neumarkt. Für den Handelsvertrag erklärten sich Birk- und Vollmar-München, Grillenberger-Nürnberg, Weiss-Fürth und Kröber-Ansbach. Sämtliche noch übrigbleibenden 36 bayerischen Abgeordneten hätten am liebsten den bedeutsamsten aller Handelsverträge niederstimmen gesehen. Rechnen wir den unentschuldig fehlenden Hofbesitzer von Thannhausen, Lerzer, zu den Gegnern, was zweifellos thatsächlich der Fall war, so erhoben sich wie ein Mann gegen die „rettende That“ sämtliche Vertreter Niederbayerns, sämtliche Vertreter von Oberpfalz und Regensburg, sämtliche Vertreter von Oberfranken, sämtliche Vertreter von Unterfranken und Aschaffenburg, sämtliche Vertreter von Schwaben und Neuburg. Und wären München, Nürnberg, Fürth, Ansbach nicht gewesen, so müssten wir hinzufügen: sämtliche Vertreter von Oberbayern, sowie sämtliche Vertreter von Mittelfranken. Selbst in der alten grossdeutschen-nationalliberalen Rheinpfalz hatten nunmehr Marquardsen und Brunnck das Joch der Bündler auf sich genommen, während sie den rumänischen Vertrag noch gebilligt hatten, — und der Leser wird wissen, wie unterdes der agrarische Zeretzungsprocess in der Pfalz immer weiter um sich gegriffen hat.

Welcher andere grössere und mittlere deutsche Einzelstaat hätte ähnliche compacte handelsvertragsfeindliche agrarische Mehrheiten gestellt, wie gerade Bayern! Selbst die Provinz Ostpreussen warf bei den beiden Abstimmungen zum russischen Handelsvertrag 5 Ja in die Wagschale gegen 11 Nein, Westpreussen 7 Ja gegen 4 Nein, Brandenburg 6 Ja gegen 13 Nein, Pommern allerdings nur 2 Ja gegen 12 Nein, dafür Posen 11 Ja gegen 2 Nein, Schlesien 9 Ja gegen 15 Nein, die Provinz Sachsen 9 Ja gegen 10 Nein — das war Ostelbien! Im ganzen 136 Ja gegen 87 Nein: das war Preussen! Und 5 Zustimmungen gegen 36 Gegner — das war B a j u v a r i e n, das uns jetzt gar noch vor Preussen und dem Agrariertum retten soll!

Doch komme ich auf diese bayerischen Erfahrungen nochmals in einem folgenden Artikel zurück, in dem ich den Einfluss der Agrarbewegung auf das Centrum und die Nationalliberalen ausführlicher zu schildern versuchen möchte.

Heute darf ich zum Abschlusse dieser Skizze nochmals an die einleitenden Worte anknüpfen: Die Parteigenossen im Süden werden gut thun, nach Kräften die ins Schwanken geratenen bürgerlichen Vertreter wieder zu einer geraden festen Haltung zu bringen und sie — was besonders von den Volksparteilern gilt — zu verpflichten, im Augenblick der Entscheidung auch in Berlin anwesend zu sein. Denn auch jeder fehlende Mann wird als stiller Bundesgenosse des Brotwuchertums gelten müssen.

K. Kautsky und der „freie, kritische Socialismus“.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Frankfurt a. M.)

Genosse Karl Kautsky hat mein Schriftchen: Wohin steuert die ökonomische und politische Entwicklung?¹⁾ einer sehr eingehenden Kritik unterzogen. Was ich persönlich zu dieser Kritik zu sagen hatte, habe ich bereits im Vorwärts ausgesprochen.²⁾ Ich berichtigte einige Missverständnisse Kautskys und stellte hierdurch den wirklichen Sinn meiner Ausführungen wieder her. Nachdem so, zu meiner grossen Freude der persönliche Teil der Auseinandersetzungen zwischen Kautsky und mir völlig aus der Debatte ausgeschieden ist, wende ich mich mit ungeteiltem Interesse der sachlichen Discussion der von Kautsky besprochenen theoretischen und taktischen Fragen zu.

Genosse Kautsky legt in seinen gegen mich gerichteten Artikeln³⁾ seine theoretischen Grundanschauungen klar und ausführlich nieder. Der Leser muss vor allem diese Grundanschauungen kennen lernen, um der Discussion mit vollem Verständnis folgen zu können. Ich werde mich daher bemühen, möglichst sachlich und systematisch die Grundideen Kautskys aufzubauen.

Nach Kautsky verschärfen sich die ökonomischen Gegensätze im Laufe der Entwicklung. Die gesellschaftliche Controlle über die Production und Consumption setzt im wesentlichen erst mit dem Siege des Proletariats über die Bourgeoisie ein. Jede Erweiterung der capitalistischen Wirtschaft steigert nur die in dem ganzen capitalistischen System steckenden Widersprüche. Genosse Kautsky schreibt wörtlich: „Es ist ganz richtig, dass jede rasche Erweiterung des „Marktmagens“ eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitern hervorruft, die unter besonders günstigen Umständen so weit gehen kann, dass sie die ganze Reservearmee absorbiert. Aber je rascher diese Erweiterung des Markts, desto grösser die Erwartungen, die daran geknüpft werden, desto schwindelhafter die Speculation, wenn sie sich auch kaum jemals zur Höhe des kritischen Socialismus erhebt und mit einer Verdoppelung und Verdreifachung des Consums als praktischer Aufgabe rechnet. Das notwendige Resultat eines jeden wirtschaftlichen Aufschwungs ist daher die Ueberproduction, die Krisis, die wirtschaftliche Depression, die um so grösser, je grösser die vorhergehende Prosperität. Je grösser diese, je stärker die Nachfrage nach Arbeitern gewesen, je mehr Arbeitskräfte sie der Industrie zugeführt hat, desto grösser auch beim folgenden Krach die Zahl der Arbeitslosen und das Elend. Den „Marktmagen“ für das capitalistische Wirtschaftssystem erweitern, heisst nicht die Reservearmee beseitigen, sondern durch eine weitergehende Einschränkung derselben ihre nachfolgende Vergrösserung vorbereiten. Daran kann nichts geändert werden, so lange die Kunst nicht erfunden ist, eine capitalistische Prosperitätsepoche ohne nachfolgende Krisis herbeizuführen.“ — So Kautsky.

Die heutige Wirtschaftsweise steuert auf eine ständige Vermehrung der Reserverarmee los. Und zwar wird diese mit der zunehmenden Industrialisierung und Proletarisierung der Welt zunehmen. In allen neu erschlossenen Gebieten, in Italien, Russland, Indien, China entsteht eine Reserverarmee, „die schliesslich

¹⁾ Berlin 1901, Verlag der Socialistischen Monatshefte.

²⁾ Vorwärts vom 26. Mai und 5. Juni 1901.

³⁾ Vorwärts vom 5. und 29. Mai 1901.

ihre Ausläufer bis in die alten capitalistischen Gebiete entsendet.“ — In der Reservarmee schießt somit eine unerschöpfliche Quelle menschlichen Elends empor. Sie kann unmöglich von der heutigen Gesellschaft verstopft werden. Die Arbeiterklasse kann gegen die ihre Lage verschlechternden Tendenzen nur eine unzureichende Gegenwehr errichten. Welche Mächte können dem Capitalismus entgegengeworfen werden? Die Gewerkschaften, die Arbeiterconsumvereine, der Staat. Die Gewerkschaften können den Arbeitern keine auskömmliche Existenz gewährleisten. Die englischen Gewerkschaften sind die Aristokratie der englischen Arbeiterschaft. „Von den erwachsenen Arbeitern Englands sind noch keine 20 % gewerkschaftlich organisiert, und die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisation über die ihr bisher zugeführten Berufe hinaus geht sehr langsam vor sich. Von 1892—98 nahm die Zahl der englischen Gewerkschafter von 1 503 232 auf 1 649 231 zu, um ca. 9 %, nicht rascher, als die Bevölkerung Englands dem $\frac{12}{13}$ der Gewerkschafter des vereinigten Königreichs angehören. Nur von 1898 auf 1899 ist eine raschere Zunahme der Gewerkschafter zu constatieren. Sie vermehrten sich in dem einen Jahre um 153 287. Wir haben also die Thatsache, dass nur in Zeiten ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwungs die englischen Gewerkschaften rascher wachsen, als die Bevölkerung.“ So Kautsky.

Die Mittel der Arbeiterconsumvereine sind verschwindend klein, verglichen mit den Mitteln des accumulierten Capitals. Der Staat ist ein ausgesprochener Capitalistenstaat, der sogar seine Seele im wachsenden Masse — dem capitalistischen Mammon verschreiben muss.

Karl Kautsky führt wörtlich aus: „Kein Zweifel, die Arbeiterklasse ist an Zahl und Intelligenz, an ökonomischer und politischer Kraft in stetem Wachstum begriffen. Ihr gegenüber nehmen die bisherigen Stützen des Staats, Handwerk und Bauernschaft, an Zahl, Intelligenz, ökonomischer und politischer Kraft zusehends ab. Aber gleichzeitig mit dem Proletariat erhebt sich sein Gegenpol, das Capital, und in mancher Beziehung rascher als jenes. Man weist auf die wachsenden Mittel der Arbeiterconsumvereine hin. Aber wie sehr verschwinden sie gegenüber der Accumulation des Capitals! Man weist auf das Wachstum der Gewerkschaften hin, aber so grossartig dieses ist, noch grossartiger ist die Entwicklung der Unternehmerverbände, deren Krönung bisher der americanische Stahltrust mit seinen $4\frac{1}{2}$ Milliarden Capital bildet. Man weist auch auf die Arbeiterschutzgesetzgebung hin, allerdings nur sehr verschäm, denn diese ist völlig ins Stocken geraten und lebt nur noch von Versprechungen und Erwartungen. Aber diese mässigen Staatshilfe für die Arbeiter steht eine ganz andere Staatshilfe für die Capitalisten gegenüber, in Gestalt von Subventionen, Prämien, Zöllen und Kriegen, die oft nur im Interesse einzelner Finanzgruppen geführt werden.

Immer gewaltiger erhebt sich die Macht des Proletariats. Wer es nur allein betrachtet, mag sich versucht fühlen anzunehmen, es brauche sich bloss in der bisherigen Richtung weiter zu entwickeln und es werde allmählich in eine Position hineinwachsen, in der es sich mit Staat und Gesellschaft versöhnt.

Aber nicht minder gewaltig und drohend als das Proletariat erhebt das Grosscapital sein Haupt; immer

mehr entwickelt es seine Organisationen, immer rücksichtsloser presst es die Staatsgewalt in seinen Dienst. Immer gewaltiger und gemeinschädlicher wird das Grosscapital, immer mehr wird der Gegensatz zwischen Capital und Arbeit der vorwiegende Inhalt der inneren Politik moderner Staaten, und immer wichtiger wird für den Ausgang des Kampfs der beiden Classen die Haltung der Staatsgewalt.

Nicht ein Wachstum des socialen Friedens steht uns bevor, sondern ein Wachstum des socialen Kriegs. Wir haben schwere Kämpfe zu erwarten, die an Ausdehnung immer mehr wachsen und sich schliesslich zu einem Kampfe um die gesamte Staatsgewalt zuspitzen müssen, die ein Ende erst finden können, wenn das Proletariat die Staatsgewalt erobert und mit ihrer Hilfe dem Grosscapital seine ökonomischen Machtmittel entwunden hat.“

Genosse Kautsky nimmt an, dass die Staatsgewalt immer mehr einen ausgeprägt capitalistischen Charakter erhält. Die Gesellschaft zerspaltet sich in zwei Heerlager: hie Proletariat, hie Capitalistenklasse. Die Classenkämpfe toben sich in ungezügelter, verheerernder Kraft aus. Es handelt sich schliesslich um Sein oder Nichtsein einer der socialen Classen.

Würde sich der Classengegensatz im Laufe der Entwicklung abschwächen, dann ist der Marxismus als politische Erscheinung, als Grundlage der socialdemokratischen Bewegung, aber auch diese selbst überwunden. „Die socialdemokratische Partei in ihrer bisherigen Form wird überflüssig, wenn der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Capitalistenklasse immer geringer wird, wenn wir der Periode eines socialen Friedens entgegengehen. Solange wir der Ansicht sind, dass der Gegensatz zwischen Proletariat und Capitalistenklasse sich immer mehr zuspitzt und der Einfluss der Capitalistenklasse im Staate immer mehr steigt, so dass es für die Arbeiterklasse immer notwendiger wird, die Staatsgewalt zu erobern, und solange wir auf dem Standpunkt stehen, dass erst durch die Eroberung der Staatsgewalt die wesentlichste Vorbedingung jeder fruchtbaren socialen Umgestaltung gewonnen werden kann, wird die socialdemokratische Partei in einem unversöhnlichen Gegensatze zu allen bürgerlichen Parteien bleiben und fortfahren, den Mittelpunkt der gesamten Arbeiterbewegung zu bilden, das gewerkschaftliche und das genossenschaftliche Leben sowie die Thätigkeit der Arbeitervertreter in Staat und Gemeinde mit ihrem Geiste zu erfüllen.“ Der Verfall der Socialdemokratie ist da, sobald der Classengegensatz sich mildert und das Proletariat vor keine grossen, entscheidenden revolutionären Kämpfe um den Besitz der ganzen Staatsgewalt mehr gestellt ist. Die Grundlagen zur Entwicklung der socialistischen Gesellschaft sind dann bereits errungen, und auf diesen Grundlagen kann im einzelnen weiter gebaut werden. Von nun an fehlen der Gesamtbewegung die grossen politischen Gesichtspunkte. Der Zusammenhang löst sich, und wir erhalten bei der fortschreitenden Arbeitsteilung in der proletarischen Bewegung isolierte Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Communalbewegungen.

*

*

*

Genosse Karl Kautsky entwickelt uns in kurzen Zügen die Marxsche Widerspruchs- und Katastrophentheorie. Mit der Vernichtung dieser Theorie sinkt vielleicht ein Teil des Marxschen Lehrgebäudes nieder, aber nimmermehr die socialdemokratische Arbeiterbewegung. Jahrzehntelang hat die Socialdemokratie ihre Waffengänge gegen die Bourgeoisie geführt, ohne auf das Dogma der Widerspruchstheorie geschworen zu haben. Begeisterte und um die Bewegung hochverdiente Lassalleaner hingen mit Inbrunst der Lehre an, dass die capitalistische Produktionsweise mit Staatshilfe in die socialistische umgewandelt werden könnte. Von einer ungehemmten Zuspitzung der capitalistischen Gegensätze waren sie nicht überzeugt. Nach unserer Kenntnis der Lassalleschen Agitation hat der grosse Redner nie einen Ausspruch gethan, der ihn zum unbedingten Anhänger der Widerspruchs- und Katastrophentheorie stempeln würde. Der zweite Teil unseres Erfurter Programms steht ferner nach unserer Meinung im directen Widerspruch zu den vorher entwickelten Theorien von Karl Kautsky.⁴⁾ Der Capitalismus presst nach Kautsky die Staatsgewalt immer rücksichtsloser in seinen Dienst. Nach einer anderen Ausführung Kautskys steigt der Einfluss des Capitalismus immer mehr im Staate. Können die praktischen Forderungen des Erfurter Programms nicht einen direct gefährlichen Charakter erhalten, wenn sie die Illusion erwecken, dass die capitalistische Gesellschaft allmählich durch die Erfüllung der einzelnen Forderungen demokratisirt und socialistirt werden kann? Man bringe endlich die sanften Flötentöne des Erfurter Programms zum Schweigen; denn grobe Täuschung ist es, wenn wir von dem capitalistischen Vollblutstaate erwarten, dass er seine Schulen allen socialen Classen unentgeltlich öffnet, dass er die Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch Arbeiterkammern regelt, dass er in die Machtsphäre des Capitalismus durch Festsetzung des Achtstundentages eingreift, dass er die ganze Arbeiterversicherung übernimmt und die Verwaltung der Versicherungs-institute unter den massgebenden Einfluss der Arbeiterschaft stellt. Alle diese Forderungen des Erfurter Programms setzen eine wachsende staatliche Macht des Proletariats voraus. Wir fordern, wie es in unserem Programm heisst, „zunächst“, das heisst doch vom heutigen Staate: das allgemeine Wahlrecht, die directe Volksgesetzgebung, die Volkswehr, das freie Coalitionsrecht, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, der Rechtspflege, der ärztlichen Hilfeleistung und der Totenbestattung, die stufenweise steigende Vermögens-, Einkommens- und Erbsteuer, eine nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung mit dem Achtstundentag, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeiterkammern, und eine Verstaatlichung und Demokratisierung der Arbeiterversicherung. Die Verwirklichung dieser tiefgreifenden politischen und socialen Forderungen ist doch nur von einem Staate zu erhoffen, der sich in steigendem Masse aus proletarischen Elementen zusammensetzt. Der in den Dienst des Capitalismus gepresste Staat wird sich nie zum Selbstmord entschliessen und seinem Todfeinde, dem Proletariat, die Gesetzgebungsklinke mit der liebenswürdigen Aufforderung in die Hand drücken: Nun, wohlan, öffne dir alle Thüren zu den gesetzgebenden Körperschaften und kneble meinen Freund, den Capitalismus, durch eine tiefgreifende Socialgesetzgebung nach Leibeskräften. Aus Kautskys Schilderung müssen wir notwendig den Eindruck erhalten, dass thatsächlich die Bourgeoisie zur über-

⁴⁾ Man beachte den Gegensatz zwischen dem ersten und dem zweiten Teile des Erfurter Programms.

mächtigen wirtschaftlichen und socialen Classe wird. Das Capital erhebt sich in mancher Beziehung rascher, wie das Proletariat. Ein Goldregen von staatlichen Subventionen rieselt auf das Capital hernieder. Und gegenüber einem so gewaltigen, von der Staatsmacht gekräftigten Gegner will das Proletariat siegreich sein? Aus Ihren Sätzen, Genosse Kautsky, müssten Sie nach unserer Ansicht folgerichtig den Schluss ziehen: Da die Capitalistenklasse politisch und ökonomisch ständig wächst, so wird sie als die stärkere Classe das Proletariat im Entscheidungskampfe zur Erde stecken.

*

*

*

Aus der Kautskyschen Schilderung der künftigen socialen Entwicklung schöpfen wir nicht die Einsicht in die Notwendigkeit des Socialismus. In der That hat auch der marxistische Socialismus diesen Beweis nach unserer Ansicht bisher noch nicht in befriedigender Weise geführt. Es ist in der marxistischen Litteratur viel die Rede von der „objectiven Notwendigkeit des Socialismus.“ Wie kann man aber die objective Notwendigkeit irgend einer künftigen Entwicklungsphase nachweisen? Beruht dieser Nachweis nicht immer auf den Beobachtungen, den Kenntnissen und Schlüssen einzelner Forscher und Denker oder ganzer Gruppen derselben? Wir sagen, diese oder jene Thatsachen sprechen für die Notwendigkeit des Eintritts einer bestimmten Entwicklungsphase. Wohlverstanden, sie sind nicht selbst die leibhaftige, greifbare Entwicklungsphase, sondern sie sprechen nur für ihre spätere Verwirklichung. Nun gehen aber schon vielfach die Meinungen der Forscher und Denker über diese grundlegenden charakteristischen Thatsachen auseinander. Der eine Gelehrte hält sie für grundlegend und beweiskräftig, der andere für nebensächlich und nichtssagend. Es einigt sich vielleicht eine grosse Gruppe von Gelehrten über bestimmte grundlegende Thatsachen und Entwicklungstendenzen. Damit ist dann der Beweis erbracht, dass die Entwicklung möglicher- oder wahrscheinlicherweise in diese Phase treten wird — aber bei Leibe nicht mehr und nicht weniger! Wir sind immer in Bezug auf die Zukunftsentwicklung auf Hypothesen verwiesen. Diese haben einen mehr oder weniger hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Wir überheben uns, wenn wir unsere aus bestimmten Thatsachen abgeleiteten Zukunftsbilder in die wirkliche objective Zukunft verwandeln.

Ich würde nun dem Genossen Kautsky bitteres Unrecht zufügen, wenn ich an dieser Stelle die Behauptung aufstellte, er fände sich leicht mit dem Nachweis der historischen Notwendigkeit des Socialismus ab. Er spricht einmal in seinen Grundsätzen und Forderungen der Socialdemokratie⁵⁾ von einer Wahl, vor welche die Gesellschaft in ihrer Entwicklung gestellt ist. „Die Productivkräfte der heutigen Gesellschaft“, schreibt er, „sind unvereinbar geworden mit dem Privateigentum. Die Gesellschaft hat nur die Wahl, zu versumpfen und zu verfaulen, wie das Reich der römischen Kaiser, oder das Privateigentum an den Productionsmitteln abzuschaffen. Die unteren, die ausgebeuteten Classen haben nur die Wahl, dafür zu kämpfen oder ihrem völligen Verkommen in Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit, in Prostitution und Verbrechen entgegenzusehen. Die Wahl kann nicht schwer sein.“ So wie ein Fels steht doch die Einmündung der Gesellschaft in den

⁵⁾ Berlin, Verlag des Vorwärts.

Socialismus nicht fest. Der Gesellschaft stehen zwei Wege offen: der Weg zum Socialismus oder zum Niedergang. Die bange Frage stürmt auf uns ein: Kann die Arbeiterclassen durch die gewaltige Ausdehnung der Reservearmee nicht so in ihrer Widerstandskraft gebrochen werden, dass ihr durch den zunehmenden ökonomischen und politischen Druck des Capitalismus das Rückgrat völlig zermaimt wird? Dann winken Sklavenketten dem Proletariat. Aber so pechschwarz ist die Zukunft des Proletariats nicht! Genosse Kautsky hat bei seinen düsteren Zukunftsschilderungen nach unserer Ansicht immer nur scharf die eine Seite der capitalistischen Entwicklung ins Auge gefasst. Er sieht die Flut der Reservearmee steigen und steigen, und er vergisst zugleich die staatlichen, communalen und gewerkschaftlichen Versuche, die Ansammlung der Flut zu verhindern. Er schaut auf den Hexensabbath der Speculation, und sein Auge streicht über die ordnenden und regelnden Tendenzen der heutigen Wirtschaftsweise hinweg. Engels selbst hebt einmal hervor, dass der heutige Staat, der officielle Repräsentant der capitalistischen Gesellschaft, die Leitung der Production in wachsende Masse übernehmen wird. Der Staat passt sich aber bei seiner Production genau den wirklichen Bedürfnissen der Gesellschaft an. Er hat ja das ausschliessliche Monopol auf die Sättigung der Gesellschaft mit bestimmten Gütern, er tritt nicht mit sich selbst in Concurrenz und lässt seine Produktionskräfte planlos schalten und walten. Karl Kautsky deutet mit dem Finger auf die heute noch relativ schwache Gewerkschaftsbewegung, er sieht in ihr nur eine Organisation der Aristokratie der Arbeiter; er berücksichtigt nicht die Thatsache, dass die Wirksamkeit der Gewerkschaft weit, weit über ihren Rahmen hinausgeht und dass in England die Arbeitsverträge ganzer Districte durch die Trade-Unions zu stande gebracht werden; er verdrängt aus seinem Gedächtnis das grosse sociale Ereignis, das auf einen Friedrich Engels so erhebend einwirkte: die Organisation der ungelerten Arbeiter Englands. Wir stehen ja noch an der Wiege der Gewerkschaftsbewegung. Können wir jetzt schon sagen, in welchen Dimensionen der junge Organismus dieser Bewegung wachsen wird? Kautsky sieht die Mittel der Arbeiterconsumvereine „sehr verschwinden gegenüber der Accumulation des Capitals.“ Was aber zählt in den Jahrhunderten und Jahrtausenden der ökonomischen und socialen Entwicklung die kurze Spanne Geschichte der englischen Genossenschaften? Im December 1844 eröffneten unter dem Hohn und Spott der Welt 28 armselige Flanellweber einen düsteren Genossenschaftsladen in Rochdale, 1898 scharten sich schon 1 646 000 Mitglieder um die britischen Genossenschaften. Riesige Capitalsummen häuften sich in den Händen der Genossenschaften. 224 englische Consumvereine hatten Häuser für ihre Mitglieder errichtet und zwar rund 24 000. Für diesen Zweck wurden 5 147 526 Pfund Sterling (104 Millionen Mark) ausgegeben. Die sämtlichen Landesversicherungsanstalten der preussischen Provinzen streckten nur 32,4 Millionen Mark in 9 Jahren für den Bau von Arbeiterwohnungen vor.

Kautsky erblickt die Arbeiterclassen gegenüber der sieghaft vorstürmenden, staatlich unterstützten Bourgeoisie im Nachtrab. Das Proletariat wird von dem capitalistischen Vollblutstaate immer stärker und andauernder beschossen, und schliesslich muss es den entscheidenden Kampf um den Besitz der ganzen Staatsgewalt wagen. Nach Kautskys Theorie ist eine schrittweise Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ausgeschlossen. Der Staat kommt nach seiner Ansicht immer mehr in den Frondienst des Capitalismus. Der Staat wird im

Laufe der Entwicklung nicht proletarischer, sondern capitalistischer. Daher muss ihm das Proletariat bei Gefahr des eigenen Niederganges das capitalistische Knochengerüst zerdrücken. Jetzt kann der Staat erst in eine andere Form gebracht werden, und mit dieser Formänderung erhält er andere sociale Functionen.

*

*

*

Nach Kautsky muss sich der Classengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat bis zu dem Moment der Besitzergreifung des Staates durch das Proletariat zuspitzen. Von dieser Grundanschauung vollkommen erfüllt, heischt Kautsky von mir eine unzweideutige Antwort auf die Frage: Verschärfen sich die Gegensätze im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung? Und er giebt mir deutlich zu verstehen, dass mein Platz eigentlich ausserhalb der Reihen der Socialdemokratie liegt, wenn ich diese Frage verneine. Nach den ökonomischen Entwicklungsideen des Genossen Kautsky bleibt dem Proletariat schliesslich nichts weiter übrig, als ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Eine andere Vorstellung von dem Gang der ökonomischen Entwicklung eröffnet aber wesentlich andere Aussichten auf die Zukunft. Nehmen wir an, das Proletariat sei ökonomisch und politisch im rüstigen Emporsteigen begriffen, so ist es möglich, dass die Bourgeoisie einen Entscheidungskampf aus Furcht vor der riesigen Zukunftsmacht des Proletariats provociert. Kämpfe würden sich jetzt um den Besitz der ganzen Staatsmacht entzünden. In diesem Kampfe ginge als Sieger zunächst die stärkere Classe hervor. Bei einer derartigen Entwicklung verschärfen sich die Classengegensätze bis zu einem Kampf um die gesamte Staatsmacht. Doch noch andere Wege kann die ökonomische und sociale Entwicklung einschlagen. Die Arbeiterschaft dehnt z. B. die Fundamente ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht planmässig aus. In leidenschaftlich erbitterten Classenkämpfen verschafft sich die Arbeiterclassen Eingang in alle staatlichen und communalen Körperschaften. Sie bricht durch starke Gewerkschaftsverbände den Absolutismus der Unternehmer in den Fabriken. In diesem Falle handelt es sich um eine schrittweise Eroberung der ökonomischen und politischen Macht des Proletariats. Kein grosser Kampf um die Eroberung der ganzen Staatsgewalt entbrennt. Der Classenkampf erreicht seine Höhe in dem Augenblick, wo sich die beiden feindlichen Classen, die Bourgeoisie und das Proletariat, zu ebenbürtigen Gegnern entwickelt haben. Von dem Augenblick an, wo die Arbeiterclassen die Oberhand gewonnen hat, muss die Bourgeoisie allmählich nachgeben. Ihre Widerstandskraft sinkt, der Classenkampf verliert an Heftigkeit und Ausdehnung. — Man kann sich ferner vorstellen, dass die Mittelclassen, die den festen Boden in der heutigen Wirtschaftsordnung unter den Füssen verlieren, die Staatsgewalt zu gunsten des Proletariats beeinflussen. Eine Classe wissenschaftlich gebildeter Männer, ganze Kategorien von Beamten haben gar kein Interesse an der Erhaltung des Capitalismus.

Gerade die Haltung eines Theils der privilegierten Classen wirkte im XVIII. Jahrhundert entscheidend auf den Gang der französischen Revolution ein. Doch wir wollen hier nicht weiter in die ungewisse Zukunft hineintaumeln. Unsere Ausführungen verfolgten ja nur den Zweck, dem Leser anzudeuten, dass viele Wege in das socialistische Zukunftsreich führen können. Und heute schon meint Genosse Kautsky, uns auf den einen einzigen Weg vereidigen zu müssen. Aus dem zweiten Teil des Erfurter Programms können wir die Vorstellung von einer ständig wachsenden politischen Macht des Proletariats ableiten. In den von Kautsky

und Schoenlank verfassten Grundsätzen und Forderungen der Socialdemokratie lesen wir, dass der zweite Teil des Erfurter Programms die Aufgaben enthält, „welche innerhalb der jetzigen Gesellschaft von uns zunächst zu lösen sind.“ Er weist uns auf den Weg einer schrittweisen Demokratisierung und Socialisierung des Capitalismus hin. Nichts deutet in diesem Teile darauf, dass wir durchaus den Leidensweg durch die mörderische, sich steigernde Glut erbitterter Classenkämpfe zu den grossen Entscheidungsschlachten um den Besitz der ungetheilten Staatsgewalt schreiten müssen. Wir wissen allerdings nicht, ob uns dereinst eine grosse Völkerschlacht um die Eroberung der Staatsmacht droht. Sicher werden noch gewaltige Classenkämpfe unserer harren. Unmöglich sind wir schon heute in der Lage, den geschichtlichen Augenblick zu prophezeien, in welchem der Classenkampf seinen Höhepunct gefunden haben wird. Wir wissen nicht, in welchem Tempo und in welchen Dimensionen sich die Arbeiterschaft ökonomische und politische Machtorganisationen zur Socialisierung der capitalistischen Wirtschaft schaffen wird; es ist nicht ausgeschlossen, dass sie mit ihren Organisationen hinter dem tollen Galopp des sich mächtig entfaltenden Capitalismus hinkt und dass dann eine sociale Katastrophe, ein Kampf um die ganze Staatsgewalt zwischen Bourgeoisie und Proletariat hereinbricht. Wir verschliessen unsere Augen nicht vor dieser Möglichkeit. Wir rufen deshalb die Wissenschaft zum freien Forschen über alle diese weltbewegenden Fragen auf und halten uns fern von jeder Verketzerung aller der ehrlich forschenden Elemente, die etwa zu anderen Schlüssen wie wir durch ihre Studien gedrängt werden.

In dichtem Nebelgewölk breitet sich im allgemeinen vor uns die Zukunft aus. In festen, bestimmten Formen hängt nur das in die Zukunft hinein, was wir durch die ureigene Kraft der aufstrebenden Arbeiterschaft ins Leben gerufen haben. Da stehen vor uns die riesigen ökonomischen und politischen Machtorganisationen der Arbeiterschaft. Sie dringen in alle Zellen der bürgerlichen Gesellschaft ein. Je fester diese Organisationen in sich gegründet sind, je riesigere Kraftmassen sie nach aussen zur Umgestaltung der Gesellschaft senden können, um so solidere Aussichten haben wir für den endlichen Sieg der Arbeiterschaft, ob uns nun eine socialrevolutionäre Götterdämmerung bevorstehen mag oder nicht. Und deshalb stellen wir unsere Kräfte in den Dienst einer umfassenden, planmässigen ökonomischen und politischen Organisationsarbeit.

Genosse Kautsky wird doch wohl ^{*} am Schluss dieser Disputation ausrufen: Uns beide trennt doch eine ganze Welt von einander. Kampffmeyer legt die sociale Umgestaltungsarbeit schon in die bürgerliche Welt hinein, während sie doch nach meiner Ansicht eigentlich erst nach dem Siege des Proletariats beginnen kann. Gerade wie ich dem Genossen Kautsky die Möglichkeit grosser revolutionärer Kämpfe zugestanden habe, so muss ich ihm ohne weiteres einräumen, dass die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat ganz gewaltige, fruchtbare Vorbedingungen für die sociale Umgestaltung des Capitalismus schafft. In dieser Frage giebt es keine Differenzpuncte zwischen uns beiden. Nach meiner Ansicht haben wir allerdings schon einige Grundsteine für das Fundament des Zukunftsbaues gewonnen. Da muss noch Stein an Stein gesetzt werden, damit wir brauchbare, tragfähige Grundlagen für diesen Bau erhalten. Mit den sich ständig erweiternden Grundlagen verändert sich aber der Umfang und Charakter des sozialen Zukunftsgebäudes.

Kautsky ist jedenfalls auch nicht der Ansicht, dass sich Socialismus und Capitalismus wie Wasser und Feuer von einander scheiden. Als Anhänger der Entwicklungslehre ist er sich vollkommen über den innigen Zusammenhang aller historischen socialen und ökonomischen Erscheinungen im klaren. Er weiss sehr wohl, dass die heutige Gesellschaft schon in ihren Grossbetrieben die gesellschaftlichen Productionsformen der Zukunft Vorbildet. Die Verstaatlichung und Communalisierung der zum Monopol gewordenen Productionsmittel ist ebenfalls eine wichtige Vorarbeit für den Socialismus. Aus dem Mund von Friedrich Engels stammt das Wort, dass das Staatseigentum an den Productivkräften die Lösung des im Capitalismus liegenden Widerspruchs birgt. In der englischen Cooperativbewegung sah Marx den Sieg eines neuen Principis. Marx führt aus, wie zum erstenmal, in der Zehnstundenbill, die politische Oekonomie der Mittelclasse vor der politischen Oekonomie der Arbeiterclasse erlag. „Ein noch grösserer Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Capitals stand bevor. Wir sprechen von der Cooperativbewegung namentlich der Cooperativfabriken, diesem Werk weniger kühner „Hände“ (hands). Der Wert dieser grossen socialen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die That, statt durch Argumente, bewiesen sie, dass Production auf grosser Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Classe von Meistern (masters), die eine Classe von Händen anwendet; dass, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen Arbeiter selbst; und dass, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt, zu verschwinden vor der associierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet.“... „Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Cooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“⁶⁾

Grosse socialistische Zukunftsmomente leuchten uns auch aus der Gewerkschaftsbewegung hervor. Die Mitglieder der Gewerkschaften streben ein Mitbestimmungsrecht in den capitalistischen Unternehmungen an. Sie wollen als gleichberechtigte Genossen gegenüber den Unternehmern gelten. Das Herrenrecht soll aus der Fabrik verschwinden. Das Unternehmen, das früher nur den frei schaltenden und waltenden Fabrikpascha kannte, muss sich beugen vor dem Machtspruch der Organisation. An die Stelle des Einzelwillens tritt der Collectivwille. Eine Art socialer Organismus entsteht mit dem Eindringen der einheitlich und geschlossen handelnden Arbeiterschaft in die Fabrik. Ein wichtiger Schritt zum genossenschaftlich-socialistischen Betriebe ist durch das Mitraten und Mitthaten der Arbeiterschaft in der Fabrik gethan.

Kautsky lenkt einmal in seinen Grundsätzen und Forderungen der Socialdemokratie unsere Aufmerksamkeit auf die Heranbildung neuer Verwaltungstalente in der Arbeiterschaft durch die Organisationen. Er zeigt ferner, wie hohe sittliche Tugenden in den Kämpfen der Arbeiterschaft emporspriessen. Der Arbeiter wird aus seiner früheren stumpf und dumpf machenden isolierten Stellung herausgerissen, er verschmilzt in seiner Organisation innig mit seinen Arbeitsgenossen. Ein vertieftes sociales Empfinden, eine höhere sociale Moral wächst im

⁶⁾ Vergl. den Vorboten.

Herzen des Arbeiters auf. Auf allen Gebieten werden Brücken von der capitalistischen Gegenwart in die socialistische Zukunft geschlagen.

*
*
*

Natürlich hat in diesem socialen Brückenbau ein einheitlicher grosser Gedanke zu walten: der socialistische. In jedem angewandten socialen Mittel muss der socialistische Endzweck eingeschlossen sein. Das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen wird daher im Hinblick auf das grosse socialistische Endziel planmässig ausgebaut werden. Das einigende Band aller dieser Bewegungen ist der Socialismus. Den politischen Kämpfen fehlt häufig ein socialistischer Grundcharakter. Sie dienen oft der Unterstützung nahestehender bürgerliche Parteien. Diese Kämpfe sind häufig von so praktisch-politischen Fragen erfüllt, dass der letzte Rest eines Princips aus ihnen verschwunden zu sein scheint. Ich stimme dem Genossen Kautsky darin bei, dass alle proletarischen Bewegungen eine innere Einheit finden müssen. Durch eine unermüdliche socialistische Propaganda wird dem Zerfall der grossen socialistischen Bewegung in völlig isolierte Teilbewegungen vorgebeugt werden. Einer principiellen Agitation, die den ganzen Menschen erfasst, die seine Weltanschauung im socialistischen Sinne wandelt, habe ich stets das Wort geredet. Noch jüngst in meiner von Kautsky kritisierten Broschüre schrieb ich: „Die in allen politischen, ökonomischen und socialen Institutionen lebende und webende Socialdemokratie kündigt die sichere Umwälzung der heutigen Gesellschaft an.“ Und vorher betonte ich sehr nachdrücklich in meinem Schriftchen: *Mehr Macht!*): „Der Gewerkschafter z. B., der für die Principien des Socialismus gewonnen ist, wird den Gewerkschaften eine ganz andere Bedeutung beimessen, als der in der liberalen Weltanschauung befangene Trade-Unionist. Daher ist gerade die Propaganda der socialistischen Grundgedanken von so eminenten Bedeutung für die Emancipation der Arbeiterklasse. Sie erzeugt eine ganz eigenartige Wertung des Capitalismus, seiner Ausbeutungs- und Machtverhältnisse und der Mittel zu seiner Bekämpfung.“ Wir haben die socialistische Weltanschauung mit ihren neuen geistigen und moralischen Werten in unserer Propaganda plastischer herauszuarbeiten. Aus unserer Propaganda muss ein Feuer herauspringen, das den Menschen in seiner Totalität, in der Vielseitigkeit seines Wesens in Flammen setzt. Die vorhandenen Gegensätze in der heutigen Wirtschaftsweise erzeugen durchaus nicht mit Naturnotwendigkeit socialistische Anschauungen. Es gehört eine gewisse Schärfe der Beobachtung und eine grosse Gewandtheit und Übung im abstracten Denken dazu, um die heutigen Gegensätze, ihren Ursprung und ihren Entwicklungsgang zu erfassen. Der Socialismus wird einmal als der Gedankenreflex des thatsächlichen Conflicts zwischen den Productivkräften und den capitalistischen Productionsverhältnissen bezeichnet. Er gilt nach dieser Definition als die ideelle Rückspiegelung dieses Conflicts in den Köpfen zunächst der Classe, die direct unter ihm leidet, der Arbeiterklasse. Dort, wo sich der Conflict zwischen den Productivkräften und den capitalistischen Productionsverhältnissen am schärfsten zuspitzte und wo die Arbeiterklasse am schmerzlichsten unter ihm zu leiden hat, dort müsste der Socialismus die allgemeinste Verbreitung und die präziseste Fassung erhalten haben. Altengland hätte dann die grösste und überzeugteste socialistische Anhängerschaft aufzuweisen.

7) Berlin, Verlag der Socialistischen Monatshefte.

Altenglands Socialisten bilden aber eine kleine Schar, und nicht wenige Bourgeois sind unter ihnen. Aus der Anschauungswelt, aus der Welt der Thatsachen kann man heute noch nicht den Socialismus fix und fertig herausnehmen. Er müsste sich sonst, wie gesagt, in den Köpfen der ausgebeuteten englischen Lohnarbeitermassen am greifbarsten ausgeprägt finden. Ja, selbst in den Ländern, in denen man die Massen durch eine geistig hochstehende Volkslitteratur in die socialistische Gedankenwelt einzuführen suchte, finden sich noch häufig sehr unklare socialistische Vorstellungen in den Arbeiterköpfen. Die praktische Arbeiterpolitik der Socialdemokratie hat bisher die Massen unter die Fahnen der Socialdemokratie zusammengezogen, nicht die socialistische Ideenwelt. Praktische Führer, wie Bebel, täuschen sich über diese Thatsachen nicht. Er führte einmal auf dem Parteitage zu Halle aus: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, dass wir praktisch für sie thätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des socialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiss, wann er kommen wird.“ Der Socialismus fliegt den Massen nicht an. Diese müssen im wissenschaftlichen Beobachten und Denken durch theoretisch hochstehende Flugschriften erzogen werden, wenn ihnen die Ideenwelt des Socialismus aufgehen soll. Und auf diese geistige Versenkung der Volksmassen in die wissenschaftlich-socialistischen Grundanschauungen von der gesellschaftlichen Production und Consumption lege ich grosses Gewicht. Sie sollen eben bewusst an die Verwirklichung der neuen erprobten socialistischen Organisationen herangehen.

Ich glaube, dass das bewusste Element in der Culturgeschichte der Menschheit rapid im Zunehmen begriffen ist. In den früheren Perioden der Geschichte stand der Mensch ganz im Banne seiner Umgebungswelt. Sein bewusster Wille war gegenüber der sich mit elementarer Kraft austobenden Natur ohnmächtig. Die Natur drückte ihn noch zu Boden. Räumlich und zeitlich war er ganz an sie gebunden. Nur wo sie ihm Nahrung reichte, konnte er im Raume hausen. Den Jahreszeiten hatte er sein Leben anzupassen, Tag und Nacht bestimmten die Einteilung seiner Arbeiten. Seine Umgebungswelt war ihm unverständlich. Nach und nach erst lernt er abstract denken. „Die Fähigkeit, abstract zu denken“, führt einmal Kurd Lasswitz aus, „ist bezeichnend für die Höhe des Culturfortschrittes. Sie gestattet ja erst, den Reichtum der Erfahrungen zu verwerten, indem sie für eine grosse Anzahl von Vorstellungen ein einziges Wort setzt, das sie alle zugleich vertritt.“ Der Mensch fasst die Welt in wissenschaftliche Begriffe. Er beobachtet mit verfeinerten Schapparaten die Natur und nagelt sie auf seinem Experimentiertisch fest. Zugleich entwickeln sich unter seinen Händen riesig die Mittel, das Begriffene, das durch Experimente im kleinen Gewonnene im grossen herzustellen. Der Mensch wird aus der Knechtschaft des Raumes und der Zeit befreit. Seine Gedanken erhalten fast auf dem elektrischen Draht Allgegenwart. Er selbst durchsaust in wenigen Stunden kolossale Räume. Die Tag- und Nachtgrenzen verwischt die Tageshelle unserer Beleuchtungsapparate. Grosse Forschungsergebnisse werden in kürzester Zeit durch die Weltblätter geistiges Gemeingut. Die Erfahrungen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und politischen Associationen werden blitzschnell ausgetauscht. Das Erprobte wird überall geprobt. Die Menschen können sich leicht zur Erreichung bestimmter Zwecke zu internationalen Verbänden zusammenscharen. Zahllose individuelle Willensströme verschmelzen zu einem bewusst handelnden Gesamtwillen. Den Verbänden erwachsen in ihren ausführenden Organen Collectivköpfe. Die Mittel für eine

bewusste und planmässige Verwirklichung bestimmter socialer und politischer Gedanken nehmen gigantische Dimensionen an. Das bewusste Element reckt sich immer riesenhafter in der Menschheitsgeschichte aus. Ich setze in die wachsende Einsicht der Gesellschaft in die Gesetzmässigkeit ihrer wirtschaftlichen Erscheinungen grosse Hoffnungen für die Socialisierung der capitalistischen Productionsweise. Natürlich fassen meine frohen Zukunftserwartungen vorwiegend auf der zunehmenden wissenschaftlichen, socialökonomischen Erkenntnis der Arbeiterclassen und auf der Schöpfung und Ausgestaltung mächtiger, bewusst handelnder ökonomischer und politischer Organisationen durch eben diese Classen. Durch diese letzten hier entwickelten Gedanken klingt immer als Leitmotiv der Ausspruch, den einst der grosse Agitator Lassalle so glücklich prägte: die Wissenschaft und die Arbeiter.

Friedenau im Kriegszustand.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Im wunderschönen Monat Mai — verwandelte sich der Berliner Vorort mit dem sympathischen Namen in ein Kriegslager. Mit Pulver und mit Blei ward's, wie es im alten Liede heisst, „beladen“, auch Kanonen wurden aufgeführt, und dann gab's einen schönen Donner. Dass einige der Salver schwersten Kalibers gegen den Schreiber dieser Zeilen gerichtet waren, wird niemand wundern, der da weiss, dass Friedenau die Redaction der Neuen Zeit beherbergt.

Ginge es nach meinem Geschmack, so würde ich die nachbarliche Sendung still und bewegt zu dem Uebrigen legen. Wie immer es sich mit Kautsky, dem Theoretiker, verhält, der Polemiker Kautsky ist nicht gerade einladend. Zu den Requisiten geniessbarer Polemik gehört der Humor. Der ist aber Kautsky nur in recht knapper Dosis verliehen, und seine Surrogate sind meist ungeniessbar. Geht ihm der Witz aus, so wird er entweder grotesk oder pathetisch. Pathos an der unrechten Stelle aber verräth dem Kenner sofort, dass irgend etwas in der Controverse nicht in Ordnung ist.

Aber — wie viele Leser sind Kenner, und wie viele Kenner sind Leser der Neuen Zeit? Kautsky ermangelt einer weiteren Eigenschaft des guten Polemikers: des zuverlässigen Gedächtnisses. Es stände mir das Recht zu, dies anders auszudrücken, indes will ich die mildeste Lesart walten lassen. Ein schlechtes Gedächtnis hat nun manche Vorteile — so lange der andere nicht zum Wort kommt. Es ermöglicht, da keine falsche Darstellung mehr täuscht, als die durch Fortlassen von Thatsachen bewirkte, die ärgsten Schädigungen von dessen guten Namen. Aber gerade darum nötigt es ihn auch oft, das Wort zu nehmen, wo er sonst geschwiegen hätte. Und dann kann es, wie Kautsky wissen wird, gelegentlich anders kommen.

*

*

*

Kautskys neueste Ladung gegen mich ist in — vorläufig, wie er uns mittelt — zwei Salven abgefeuert worden. Die erste kam als maskierte Sendung. Sie war eingewickelt in einen Angriff auf den Edelheimschen Verlag und das von diesem publicierte Buch des russischen Sociologen Novicow: Die Föderation

Europas. Der Verlag hatte der üblichen Pressnotiz über das genannte Buch eine Besprechung beigelegt, die Kautsky, wie er mitteilt, in einen Zustand ungeheurer Entrüstung versetzt hat. Da ich weder im Rat des Edelheimschen Verlags sitze, noch die Ehre habe, den „Tintenkuli“ zu kennen, der die so aufregende Besprechung verfasst hat — wie ich erfahre, ist es kein Angestellter des Edelheimschen Verlages —, so geht mich diese Sache auch nichts an. Ich unterlasse es daher zu untersuchen, ob Inhalt und Versendung der Besprechung wirklich etwas im Buchhandel so Unerhörtes sind, als wie Kautsky es hinstellt. Dagegen erheischt die Art, wie Kautsky mich in seine Abschächtung des Novicowschen Buches hineinzerrt, eine Aeusserung meinerseits.

Kautsky citiert aus einem Aufsatz, den ich vor sechs Jahren über ein früheres Buch desselben Verfassers geschrieben habe, einige dessen wissenschaftliche Methode verurteilende Stellen. Dann folgt die Bemerkung, seitdem das geschrieben, habe sich „mancher und manches geändert“, hierauf wird das Buch als „tötlich langweilig“ und das Werk eines „Knechts des Czaren“, der „für den russischen Absolutismus Stimmung machen will“, denunciert, und schliesslich folgen dann wieder Ausfälle auf die „moderne Richtung im wissenschaftlichen Socialismus“, die natürlich u. a. an meine Adresse gehen und die Sache so erscheinen lassen, als sei alles, was der Verlag Edelheim publiciert, Aeusserung dieser „Richtung“.

Ich habe mich überzeugt, dass nichtorientierte Leser durch diese Art der Darstellung zu den tollsten Folgerungen verleitet wurden. Darum sehe ich mich zu folgender Bemerkung genötigt.

Der Aufsatz, den Kautsky heranzieht, um mich gegen Novicow und vice versa auszuspielen, ist von mir ohne jede einschränkende Note in die Sammlung: Zur Theorie und Geschichte des Socialismus aufgenommen worden, die ich im vorigen Jahre veröffentlicht habe. Schon dieser eine Umstand zeigt, dass ich ihn sachlich in allen Hauptpunkten noch heute anerkenne. Mehr noch, in unmittelbarem Anschluss an diesen Aufsatz und unter einem gemeinsamen Haupttitel mit ihm findet man in dem genannten Buch einen zweiten Aufsatz, in welchem die im ersten bekämpfte Methode noch einmal analysiert und kritisiert wird, und dieser zweite Aufsatz trägt die Jahreszahl 1900. Kautsky kennt diesen Aufsatz sehr gut, er hat ihn seiner Zeit gelesen, ehe er in Druck ging. Aber das Gedächtnis, das fatale Gedächtnis! Wer kann sich im Paroxysmus der Erregung an solche Kleinigkeiten erinnern!?

Lassen wir jedoch den zweiten Artikel und halten wir uns an denjenigen, den Kautsky als Zeugnis aus der Zeit meiner Bravheit wider mich heraufbeschwört. Da stossen wir gegen den Schluss auf folgende Sätze:

„Herr Novicow schlägt in seinem Buch verschiedene Seiten an, die uns sympathischer sind, als seine naturwissenschaftliche Manchesterökonomie. Wir können indes auf diese Punkte hier nicht eingehen. Als consequenter Freihändler ist er Gegner des Nationalitätenhasses, des sogenannten Nativismus und Exclusivismus und sagt darüber manches Gute und sehr Treffende. Sehr gut bekämpft er z. B. die Ansichten von der angeblichen Entwicklungsunfähigkeit gewisser Völkerschaften. Und gelegentlich sagt er auch viel Richtiges über die Entwicklung und die Entwicklungsfactoren der Gesellschaften, um dann jedoch auf der nächsten Seite mit der harmlosesten Miene von der Welt die unglaublichste Freihandelsnaivetät zum besten zu geben.“

Man sieht, ich hatte damals schon allerhand an Novicow zu loben. Gerade den Fragen aber, hinsichtlich deren ich Novicow Anerkennung zu zollen hatte,

ist sein jetziges Buch gewidmet. Sein socialpolitisches Manchestertum tritt da ganz in den Hintergrund, neunundneunzig Hundertstel des Buches gelten dem Kampf gegen Militarismus, Nationalitätenverhetzung, politische Unterdrückung. Nur dadurch, dass man das hier citierte Stück ignoriert, kann man meinen Artikel von 1895 in der Weise, wie es Kautsky thut, gegen das heutige Buch Novicows ausspielen. Und gerade dies Stück hat Kautsky bei Auswahl seiner neuesten Citate absolut nicht übersehen können. Sein auf Seite 244 der Neuen Zeit gebrachtes Citat aus dem Artikel ist mitten im Absatz aus dem Paragraphen herausgenommen, zu dem es gehört, schliesst bei mir unmittelbar an jenes an. Wie jedoch die Verschweigung dieses hier gerade entscheidenden Stückes erklären? Zerbrechen wir uns darüber nicht den Kopf und setzen wir auch sie auf das Conto eines Anfalls von Gedächtnisschwäche. Was aber aus Kautskys Gegenüberstellung wird, wenn man das von ihm ignorierte Stück an der gehörigen Stelle einfügt, liegt klar auf der Hand.

*

*

Verweilen wir nun noch einen Augenblick bei dem denuncierten Buch Novicows.

Das Buch: Die Föderation Europas ist sicherlich nicht fehlerfrei. Es ist die Arbeit eines liberalen Friedens- und Föderationseнтуhiasten, der seinen Idealen zuliebe sowohl in ihrer theoretischen Begründung wie in den praktischen Vorschlägen zu ihrer Verwirklichung allerhand Thatsachen und Rückwirkungen übersieht oder zu gering einschätzt, die in der Praxis manchen seiner Vorschläge als sehr bedenklich erscheinen lassen. Auch fordern sein socialpolitisches Manchestertum sowie seine absolute Verwerfung politischer Revolutionen zur Kritik heraus. Aber in den beiden Hauptzielen, denen das Buch gewidmet ist: der Sicherstellung des Friedens durch eine Föderation der europäischen und im weiteren Verlauf aller Culturnationen, sowie der Beseitigung des am Mark der Völker zehrenden Militarismus deckt es sich mit den Bestrebungen der Socialdemokratie und bildet hinsichtlich ihrer ein wahres Arsenal überzeugender Argumente. Auch sind bei weitem nicht alle Vorschläge Novicows ungangbar oder, wenn gangbar, für die Socialdemokratie gefährlich oder bedenklich. Und selbst die auf den ersten Blick bedenklich erscheinenden sind es vielleicht weniger, als wir annehmen. Wir können uns z. B. noch gar keine rechte Vorstellung davon machen, wie sich das politische Leben der Culturvölker gestalten würde, wenn es gelänge, den Alb der Rüstungen und auswärtigen Verwickelungen von ihnen wegzunehmen oder auch nur erheblich zu reduciren. Es lässt sich aber mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass die Wirkung eine gewaltige Steigerung aller auf Wahrung der Freiheit und des Wohlstandes der Völker gerichteten Bestrebungen sein würde. Die Druckkraft dieser Bewegungen würde doppelt gewinnen: einerseits durch Verminderung des Gegendrucks jener Kräfte und andererseits durch Hinüberlenkung der vielen frei werdenden Energieen in ihr Lager. Trotz der oben gerügten Fehler bringt das Novicowsche Buch viel überzeugendes Material hierfür und gegen die Sociologen an, die den Krieg aus darwinistischen Gründen zu verteidigen suchen. Ein feuriger Optimismus durchweht das Buch, das mit manchen Mängeln auch all die starken und sympathischen Seiten des älteren Liberalismus zur Schau trägt.

Aber sagt nicht Kautsky, dass Novicow für den czarischen Absolutismus „Stimmung“ machen will?

Sehen wir uns die Stelle näher an, auf die Kautsky diese Behauptung stützt. Sie steht in der Einleitung zur Schrift und lautet:

„Zweitens erkläre ich laut, dass die europäische Föderation sich in innere Angelegenheiten der Länder nicht einzumischen hat. Wer Vereinigung und Eintracht will, muss vor allen Dingen die individuellen Eigentümlichkeiten der Nationen respectieren. Wenn es den Franzosen gefällt, in einer Republik, den Engländern, in einer parlamentarischen Monarchie, den Russen, in einer absoluten Monarchie zu leben, so ist das ihre Sache und geht ihre Nachbarn nichts an.“

Kautsky druckt davon nur den ersten Satz und die hier gesperrten Worte ab. Diesmal frisst seine Gedächtnisschwäche sogar bis mitten in die einzelnen Sätze hinein. Honni soit qui mal y pense. Aber es ist klar, dass der so verstümmelte Satz den Gedanken Novicows falsch wiedergiebt.

Novicow will die europäische Föderation womöglich schon unter den gegebenen politischen Verhältnissen verwirklichen. Man kann sehr begründete Zweifel daran haben, ob dies möglich, man kann auch durchaus erörternswerte Zweifel daran haben, ob es überhaupt wünschenswert wäre. Das ist eine Sache der Schätzung. Ich habe oben einige Gründe entwickelt, die die Sache selbst dann für unbedenklich erscheinen lassen, wenn sie unter heutigen Verhältnissen durchgeführt würde. Es giebt aber auch triftige Argumente, die dagegen sprechen. Ständen wir heute vor der concreten Frage, so hätten wir das Pro und Contra abzuwägen und danach unsere Entscheidung zu treffen. Das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich um eine blosser Idee, die sich noch im Stadium der Propaganda befindet. Setzt man aber ihre Verwirklichung für die Gegenwart voraus, so hat man natürlich die Grenzen für die Machtsphäre der Föderation abzustecken. Darauf bezieht sich der citierte Satz. Er hat an jener Stelle einen rein formalen Sinn. Er schliesst principiell die weiteren Sätze ein: „Wenn morgen die Russen die parlamentarische Monarchie, die Engländer die Republik, die Franzosen die reine Demokratie wollen, so ist das ihre Sache und geht ihre Nachbarn ebenfalls nichts an.“ Kurz, er proclamiert lediglich das Princip der Nichtintervention in die politischen Verhältnisse der einzelnen Länder.

Nun kann man auch darin mit dem Verfasser sehr differieren. Das Princip der Nichteinmischung ist eine sehr zweischneidige Sache, es steht im Widerspruch mit der Solidarität der Culturnationen, die sich im Zeitalter des Verkehrs immer stärker geltend macht, und jedenfalls ist es kein absolutes Princip. Novicow selbst weist dies nach. Nur wenige Seiten nach dem citierten Satz führt er aus, dass das Bestehen der Einzelstaaten auf ihre Souverainität factisch nur das „Recht auf Raub“ sei. „Es besteht in der Freiheit,“ schreibt er, „sich jeden Augenblick auf einen benachbarten Staat werfen zu können und diesem eine Provinz zu entreissen oder seinen Interessen entgegengesetzte Abkommen aufzudrängen.“ Er lässt auch keinen Zweifel darüber, dass die Föderation, wie er sie versteht, factisch immer mehr Souverainitätsansprüche der einzelnen Staaten ausser Kraft setzen, immer mehr sich zu einem grossen Bundesstaat nach dem Muster der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Nordamerika auswachsen soll, mit dem Rechtsprincip des Anspruchs der einzelnen Nationen auf Selbstregierung als Grundlage. Der „Czarenknecht“ tritt für das Recht der Polen, der Finnländer auf ihre nationale Unabhängigkeit ein. „Wenn die Russen von den Türken die Räumung Kretas verlangen, weil die Kretenser nicht mehr Türken sein wollen, so könne der Sultan“, schreibt er auf Seite 104, „ebenso berechtig-

vom Czaren die Räumung der Weichselprovinzen verlangen, weil die Polen nicht Russen sein wollen.“ Natürlich würde der Sultan mit einer solchen Forderung heute abfallen, aber bloss deshalb, weil Russland stark sei, die Türkei dagegen schwach. Dies Recht des Stärkeren sei aber „die Verneinung aller Gerechtigkeit und die reine Anarchie.“ Welch ein „Czarenknecht“!

Dieser Seite der betreffenden Capitel bei Novicow wird von Kautsky mit keinem Wort gedacht. Nicht die leiseste Andeutung davon, dass die Citate, die er aus dem Buch erbringt, Stücke von Gegenüberstellungen sind, die bloss den Zweck haben, die Trugschlüsse blosszulegen, durch welche der Nationaldünkel grossgezogen, die Nationen wider einander aufgehetzt und zur Förderung der Rüstungen getrieben werden. Wer die Citate liest, wie Kautsky sie aufischt, erhält das denkbar unrichtigste Bild vom Charakter des Novicowschen Buches. Wer sie in ihrem Zusammenhang liest, für den sind die Beinamen, mit denen Kautsky Novicow überschüttet, „Schall und Rauch“.

* * *

Und damit löst sich auch der ganze maskierte Angriff wider den Schreiber dieses in blossen Dunst auf.

Sehen wir, ob es mit der Frontattacke besser steht.

Sie richtet sich gegen die schon erwähnte Sammelausgabe: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus. Dass diese Sammelausgabe Kautskys Zorn erregt hat, halte ich für begreiflich und sogar erfreulich. Ich habe in sie meine Antworten auf die Angriffe aufgenommen, die Kautsky seiner Zeit im Vorwärts, in der Neuen Zeit, in der Schrift: Bernstein und das Socialdemokratische Programm wider mich gerichtet hat. In ihrer Zusammenstellung — und ich stehe für jede Zeile meiner dortigen Ausführungen ein, bin bereit, alles für unberechtigt zu erklären, wenn mir nur in einem einzigen Falle nachgewiesen wird, dass ich eine unrichtige Beschuldigung gegen Kautsky erhoben habe — geben sie ein Bild von Kautskys polemischer Methode, das sich kein Schriftsteller, der noch litterarisches Ehrgefühl im Leibe hat, ohne starkes Unbehagen würde vorhalten lassen. In erster Linie nötigte mich freilich die Thatsache zu ihrer Aufnahme in die Sammlung, dass Kautsky seine im Vorwärts und in der Neuen Zeit publicierten Angriffe wider mein Buch über die Voraussetzungen des Socialismus in der genannten Schrift wiederholt und, statt die ihm von mir nachgewiesenen Irrtümer einzugestehen, mit neuen, um kein Haar mehr berechtigten Angriffen verstärkt hatte. Aber neben der mir dadurch aufgezwungenen Gegenwehr reizte mich, das gestehe ich offen, zur Zusammenstellung der Artikel auch der Gedanke, mittels ihrer Kautsky einmal einen Spiegel vorzuhalten und zu sehen, welche Wirkung das aus diesem widerstrahlende Bild auf ihn machen werde. Seine Kanonade zeigt, dass es ihm nicht gefällt. Und das ist doch wenigstens schon ein Anfang.

Allerdings bleibt es auch bei dem Anfang. Zu besseren Mitteln der Polemik, als er sie dort anwandte, hat es ihn noch nicht zu bringen vermocht. Es sind dieselben Witzchen, zu denen er seine Zuflucht nimmt, wenn er solide Argumente nicht finden kann. Er imputiert dem Gegner Kindereien, macht sich, je nachdem, über diese lustig oder wird pathetisch und glaubt dann, was gesagt zu haben, was überhaupt zu sagen war.

* * *

Das einzige Argument, das von allem, was er wider mich vorbringt, nach etwas Solidem ausschaut, ist der Vorwurf, ich hätte aus den in mein Buch aufgenommenen Aufsätzen wohl polemische Stellen gegen Gegner der Socialdemokratie fortgelassen, dagegen die polemischen Stellen gegen die Personen einzelner Parteigenossen nicht verkürzt, sondern noch um Zusätze bereichert.

Was zunächst das letztere betrifft, so habe ich erstens überhaupt keinen Parteigenossen persönlich angegriffen, zweitens meine aggressive Polemik gegen den englischen Socialisten Belfort Bax ganz unterdrückt und drittens die sachliche Polemik nur gegen einen einzigen, nämlich Kautsky, zu ergänzen gehabt. Letzteres war unvermeidlich, weil ich einem erneuten, sehr gehässigen und herabsetzenden Angriff Kautskys — in seinem Artikel in Nr. 22, 1899—1900, der Neuen Zeit — gegenüberstand, der u. a. meinen Austritt aus der Neuen Zeit zur Folge gehabt hatte.

Uebrigens habe ich nichts dagegen, wenn Kautsky sich als Vielheit fühlt und bezeichnet. Im Gegenteil. Vielleicht sind's ihrer wirklich mehrere, und dann würde sich ja manches noch Unerklärte erfreulich aufklären.

Auch von Gegnern der Socialdemokratie ist's nur einer, hinsichtlich dessen ich in der Buchausgabe Aenderungen an polemischen Stellen vorgenommen habe: L. Brentano. Ich habe aus einem Artikel über das eherne Lohngesetz, den ich 1890 verfasst hatte, einige besonders gehässige persönliche Ausfälle auf Brentano fortgelassen. Dazu veranlassten mich mehrere Rücksichten. Erstens ist eine der Thatsachen, die mich seiner Zeit zu jenen Ausfällen veranlassten — die Neuauffrischung der Anklage, Marx habe das Citat einer Gladstoneschen Rede gefälscht — mittlerweile verjährt. Zweitens habe ich auch, und das schon seit Jahren, gerade betreffs dieser Angelegenheit die Ueberzeugung gewonnen, dass, wenn auch Brentano Marx gegenüber formell im Unrecht war — was ich in meinem Buch in voller Schärfe aufrecht erhalte —, manche Thatsachen seinen Vorwurf in weniger bösartigem Lichte erscheinen lassen. Kautsky weiss das, ich habe es ihm, als er im Frühjahr 1898 in London war, auseinandergesetzt, und er sollte wenigstens so viel einsehen, dass ich unter diesen Umständen als anständiger Mensch gar nicht anders konnte, als die betreffende Stelle entsprechend abzuändern. Mit der politischen Stellung gegenüber Brentano, der sachlichen Kritik seiner socialpolitischen Lehren, hat dies absolut nichts zu thun, kein einziger darauf bezügliche Satz ist von mir geändert worden; es handelt sich lediglich um das „Wahrheit und Gerechtigkeit auch dem Gegner gegenüber“, und statt zu viel, habe ich da immer noch zu wenig gemildert. Wer die betreffende Notiz auf Seite 33 meines Buches nachliest, wird finden, dass sie auch in ihrer jetzigen Form noch sehr abschätzig für Brentano lautet.

Schliesslich hat Brentano in den letzten Jahren bei sehr ernsthaften Kämpfen der deutschen Arbeiter, und ganz besonders bei ihrem Kampf gegen die Zucht-hausvorlage, sich so energisch auf die Seite der Arbeiter gegen alle Scharfmacherei gestellt, dass es wahrhaftig nur die allerelementarste Anerkennung dieser Thatsache war, wenn ich wenigstens die grössten der gegen seine Person gerichteten Ausfälle aus der Neuausgabe fortliess. Die ganze Parteipresse hat Brentanos Bestreben bei diesen Kämpfen lobend anerkannt, meine Correcturbildet in dieser Hinsicht absolut keine Ausnahme.

Nun will Kautsky den Glauben erwecken, in den paar weggefallenen Sottisen — und es handelt sich wirklich nur um solche¹⁾ — da stecke „der ganze alte Bernstein, den wir alle schätzten und liebten, jener scharfe und unbittliche Kritiker der breiten Bettelsuppen, mit denen die bürgerliche Oekonomie den Socialismus zu verwässern sucht!“ Mit ihrer Ausstreichung habe ich mich als Cumpan jener „bürgerlichen Oekonomie“ enthüllt, sie beweise einen „jähren Bruch“ mit meinen alten Ueberzeugungen, und so weiter und so weiter. Wenn man's so hört, könnt's leidlich scheinen.

Steht aber doch nur schief darum. Wer nur ein wenig meine litterarische Thätigkeit verfolgt hat, weiss auch, dass ich nicht erst „in den letzten Jahren“ mich von jener Art von Polemik emancipiert habe, wie sie durch die von Kautsky so schmerzlich vermissten *Invective* vertreten wird. Und es wäre schlimm um meine geistige Entwicklung bestellt, wenn es anders wäre. Das bisschen kritischer Phrase, das in jenen *Invectiven* steckt, was ist es anders als Nachäffung — ich sage nicht Nachahmung — der Manier der Meister, als ein Rest jenes noch sehr primitiven Schülertums, das nicht nur in *verba magistri* schwört, sondern auch bei jeder möglichen Gelegenheit in *verbis magistri* sich spreizt? Wo überhaupt Entwicklungsfähigkeit ist, da kommt auch eines Tages die Erkenntnis, dass Schüler sein nicht — Affe sein heisst. Man verzichtet auf den angelernten Jargon der Meister — worunter hier nicht die von ihnen geschaffene wissenschaftliche Terminologie verstanden ist, sondern ihre allgemeine Phraseologie — und drückt sich in der dem eignen Denken und Empfinden entsprechenden Sprache aus. Das ist, wie gesagt, seit langen Jahren mein Bestreben, und dabei wird es bleiben.²⁾

Aber wozu die Rederei ob der paar Striche in den Ausfällen wider Brentano so behandeln, als ob sie ernst zu nehmen sei? Die Arbeit, an der sie vorgenommen wurden, liegt öffentlich vor, und wenn Kautsky den Mut hat, zu erklären, dass sie durch Fortlassung jener Stellen irgendwie an sachlicher Schärfe verloren hat, dann mag er es thun. Bisher hat er es nämlich nicht gethan — er spricht nur von dem, was fortgefallen ist, nicht von dem, was geblieben ist, noch spricht er von dem, was hinzugekommen ist.

Ich habe nämlich der Arbeit von 1890 ausser verschiedenen Noten ein ganzes Nachtragscapitel hinzugefügt, worin ich meine jetzigen Auffassung über das Lohnproblem Ausdruck gebe. Hier werden Fragen aufgeworfen, die der Discussion wert sind, und hier war daher die Handhabe geboten, Kritik zu üben, wenn Kritik — ernsthaft zu nehmende wissenschaftliche Kritik — geübt werden sollte.

Aber es handelte sich nicht um Kritik, es handelte sich um „Kennzeichnung“ des Buches, und dazu genügte die Redensart von der „castrierten“ Ausgabe.

* * *

¹⁾ Man kann z. B. Brentano, einen der consequentesten Vertreter des modernen Industrialismus an den deutschen Hochschulen, alles Mögliche vorwerfen, nur nicht, wie Kautsky will, Unwissenheit und „professoralen Eklekticismus“. Aber wenn Kautsky die Kritik ausgeht, dann sieht er freilich überall „Eklekticismus“.

²⁾ Die Schärfe der Kritik verliert durchaus nichts, wenn diese auf die *Invective* verzichtet. Das gilt nicht nur für den litterarischen Kampf, das gilt auch für den Kampf in der politischen Arena. Die wirkungsvollsten unserer politischen Redner haben die *Invective* nie cultiviert. Sie fehlt auch in den wirksamsten unserer Agitationsschriften.

Und doch ist dieser Punct, wie gesagt, der einzige, der wenigstens einen Schimmer von sachlichem Charakter trägt. Alle andern sind Angriffe und Ausfälle auf — Constructionen Kautskys.

So heisst es gleich am Anfang:

„Er — Bernstein — will zeigen, dass ich früher auf dem gleichen Standpunct stand, auf dem er jetzt steht, dann aber ‚mich auf die Seite seiner Opponenten schlug‘, und dass meine Kritik seines Buches von vornherein nicht principieller Gegnerschaft, sondern persönlicher Gehässigkeit entsprang.“

Wie richtig das letztere, zeigt folgende Stelle meiner Bemerkungen über diesen Punct:

„Nun, so wenig unsere persönlichen Beziehungen weitere Kreise interessieren, so weiss man ja wohl so viel, dass nicht grade persönliche Gehässigkeit bei Beginn der Polemik zwischen uns (Kautsky und mir) obwaltete. Aber das ist das Bezeichnende, dass selbst in diesem Falle, wo anscheinend alle subjectiven Vorbedingungen für eine rein sachliche Polemik gegeben waren, sie sobald einen gehässigen Charakter annehmen musste.“³⁾

Man sieht, das gerade Gegenteil von dem, was Kautsky mich sagen lässt. Allerdings braucht er diese Fiction, um mich in der Rolle des Ueberempfindlichen erscheinen zu lassen, der zwischen sachlichem Kampf und persönlicher Gehässigkeit nicht zu unterscheiden wisse.

Ich fahre an der angegebenen Stelle fort, die Sache sei die gewesen, dass Kautsky in mir und mit mir eine ganze Richtung bekämpfen und womöglich unschädlich machen wollte. Ueber die Berechtigung solcher Absicht sei nicht zu streiten, ich hielte sie nur für ausserordentlich kurzichtig, da diese Richtung eben in Deutschland selbst durch Leute von Wissen, Talent und Einfluss vertreten sei, die meiner Parole nicht bedürften. Aus dieser Absicht aber und nicht aus persönlicher Gehässigkeit leite ich es ab, dass Kautskys Kritik gegen mich den Charakter persönlicher Discreditation annahm.

Wenn Kautsky auch das für eine „Bernsteinsche Hallucination“ erklärt, so bin ich bereit, einen Brief von ihm abzudrucken, worin er mir diese Absicht ganz offen auseinandersetzt. Hier nur der Schluss der betreffenden Stelle aus jenem Briefe vom 6. März 1899:

„Und was ich gegen dich sagen werde, gilt viel weniger dir, als deinem Anhang ‚auf brieflichem Wege‘.“

Sehr gut gemeint, aber man wird es mir nicht verargen, wenn ich mich nicht gutwillig zu dieser Abschlichtung zum allgemeinen Besten hergab. Niemand ist gern in dieser Weise Osterlamm, zumal wenn ihm das Wozu so zweifelhaft erscheint.

Die andere Behauptung Kautskys, dass ich in meiner Schrift zu zeigen suche, er habe früher auf dem gleichen Standpunct gestanden wie ich jetzt, ist ebenfalls unrichtig. Was ich an der angegebenen Stelle behauptete, ist, dass Kautsky zu der Controverse vom Frühjahr 1898 zwischen Bax und mir, die ja den Anstoss zu all den späteren Discussionen gab, seiner Zeit durchaus anders Stellung genommen, über den sogenannten Zusammenbruchsartikel sich ganz anders geäußert habe, als in seinen Artikeln und seiner Schrift wider mich.

Da Kautsky dies bestreitet und mir vorwirft, Aeusserungen persönlicher Sympathie von principieller Zustimmung nicht unterscheiden zu können, nötigt er mich, aus Briefen an mich ihm seine eigenen Worte ins Gedächtnis zu rufen.

Ich gehe nur sehr ungern dazu über und werde mich dabei auf das Allernotwendigste beschränken.

³⁾ Zur Geschichte und Theorie des Socialismus; pag. 423.

Bis Ende 1897 findet sich in keinem der Briefe Kautskys an mich eine Andeutung von irgend einer nennenswerten Meinungsverschiedenheit. Als im Herbst jenes Jahres der Engländer Bax jenen Artikel einschickte, der meine Auffassung der Colonialfrage angriff, kündigte Kautsky ihm mir mit den wegwerfendsten Ausdrücken über seinen Inhalt an. Da diese Ausdrücke einen Dritten betreffen, kann ich sie hier nicht wiederholen — die Thatsache selbst wird Kautsky nicht in Abrede stellen.

Der Artikel erschien, und ich antwortete auf ihn in zwei Artikeln, von denen der erste speciell gegen Bax gerichtet war.

Wie oben bemerkt, habe ich diesen, stark persönlichen, Artikel bei Zusammenstellung des Buches: Zur Geschichte und Theorie des Socialismus unterdrückt. Mit Bezug auf ihn aber schrieb mir Kautsky am 18. December 1897:

„Dem Bax leuchtest du aber tüchtig heim, das muss man sagen. Ich habe mich sehr darüber gefreut.“

Dann schlägt er mir vor, aus „rein taktischen Gründen“ einen Satz fortzulassen, hinsichtlich dessen er mir sachlich durchaus zustimme, der aber leicht missverstanden werden und die Wirkung des Uebrigen abschwächen könne. Ich stimmte dem Vorschlag ohne weiteres zu.

Ueber den zweiten Artikel schrieb mir Kautsky erst, nachdem er erschienen war und wegen des darin enthaltenen Satzes, dass mir die Bewegung zum Socialismus alles, das, was man gemeinhin Endziel nenne, aber nichts sei, grösseres Aufsehen gemacht hatte. Auch hier sind die Bedenken Kautskys rein formaler Natur, betreffen die Form und nicht den Inhalt der betreffenden Stellen. Dann heisst es:

„Du wirst mich nicht missverstehen und nicht annehmen, dass ich dich bitte, deine Kritik an der Parteitradition einzustellen, das fällt mir nicht im Traume ein. Ich wäre von selbst gar nicht darauf gekommen, in deinen Artikeln so schwarze Versündigungen gegen den heiligen Geist zu entdecken, wenn ich nicht von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden wäre.“

Das schrieb Kautsky am 28. Januar 1898. Drei Wochen später — am 18. Februar — schrieb er mir mit Bezug auf einen Artikel, den ich ihm eingesandt hatte (über den Satz vom „Endziel“ hatte ich mittlerweile im Vorwärts erklärt, dass er in der That etwas zu pointiert ausgefallen sei, und ihn entsprechend corrigiert):

„Wir oder wenigstens du werden jetzt gelesen, aufmerksam gelesen. Leider allerdings nur so aufmerksam, dass jeder herausfischt, was ihm passt. Dein Artikel über die Zusammenbruchstheorie choquierte mich anfangs auch bedeutend. Ich musste ihn zweimal lesen, bis ich fand, dass alles, was du sagst, mit Fug und Recht gesagt werden darf. Aber wer liest einen Artikel zweimal?“

Im folgenden beanstandet Kautsky einige Stellen in dem neuen Artikel als theils missverständlich und theils unzeitgemäss. Nur bezüglich einer erklärt er, auch sachlich mir nicht zustimmen zu können. Sie handelt von gewissen Erscheinungen in politischen Revolutionen und wurde von Kautsky, wie ich ihm auch schrieb, selbst sehr übertrieben aufgefasst. Seinen Wünschen bezw. Vorschlägen kam ich auch hier nach, d. h. strich einige Stellen und gab andern eine etwas andere Form. Im nächsten Brief Kautskys — vom 26. Februar — heisst es:

„Ich habe ihn — den qu. Artikel — jetzt zum zweitenmal gelesen, und es ging mir mit ihm, wie mit deinem früheren Artikel: beim zweitenmal gefiel er mir viel besser.“

Aber auch da muss man fragen: wer wird ihn zweimal lesen? Und ich fürchte, er wird trotz deiner Weglassungen und Hinzufügungen wieder Anstoss erregen.“

Kautsky schlug mir daher vor, ihm eine Note beizugeben, die eine Serie von Artikeln oder eine Broschüre über die positive Seite der aufgeworfenen Fragen ankündige.

Kurz, es traten in diesen Briefen hier und da Meinungsverschiedenheiten zu Tage, wie sie selbst bei voller principieller Uebereinstimmung möglich sind — Meinungsverschiedenheiten über die Zeitgemässheit gewisser Erörterungen, über die Richtigkeit von Urteilen über gewisse geschichtliche Erscheinungen, — aber von tieferen principiellen Gegensätzen ist nirgends die Rede. Und doch hatte ich damals schon längst den radicalsten meiner Problemartikel veröffentlicht: die socialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl.

Man sieht auch, wie Kautsky nach seiner eigenen Darstellung „erst von anderer Seite“ darauf gebracht wird, dass meine Artikel „so schwarze Verurtheilungen gegen den heiligen Geist“ enthalten. Nun sehe ich voraus, was Kautsky mir hierauf antworten wird. Die andere Seite habe eben unsere Gegensätze schärfer erkannt, als er selbst sie sich damals zu gestehen wagte. Darauf kommt es aber hier nicht an. Es kommt auch nicht darauf an, was er selbst sich bei Abfassung jener Briefe etwa gedacht hat. Sondern die Frage ist hier nur: war ich berechtigt, auf Grund ihrer zu folgern, dass Kautsky mit mir gegen Bax, Parvus etc. stand, oder war diese Folgerung „Bernsteinsche Phantasie“? Im Brief vom 26. Februar 1898 heisst es noch: „Dass wir kein Interesse an dem baldigen oder überhaupt an dem Kommen einer Revolution haben, das hat ja Engels schon in seiner Einleitung zu den Classenkämpfen gesagt, ich schon früher,⁴⁾ ohne dass jemand dagegen protestiert hätte. Dieser Standpunct gilt heute allgemein in der Partei, Parvus wird nirgends ernst genommen.“ Aber alles komme darauf an, in welcher Form man etwas sage.

Ich denke, aus alledem spricht nicht bloss „persönliche Sympathie“, wie Kautsky es jetzt haben will, sondern grade das, was er bestreitet, nämlich principielle Zustimmung. Seine Aussetzungen betreffen die Form, nicht den principiellen Inhalt meiner damaligen Artikel.

Es ist auch nicht richtig, sondern — ich wollte erst schreiben: Gedächtnisschwäche, aber es ist besser, diesen Punct ernsthaft zu behandeln — es ist Selbsttäuschung, wenn Kautsky bestreitet, dass er seit damals seinen Standpunct geändert habe. Er hat ihn geändert, und grade aus den hier citierten Briefen schaut ein Stück Wandlung heraus. Er spricht selbst im ersten Brief von dem Einfluss, den das veränderte Berliner Milieu auf ihn ausübe. Allerdings bezieht er ihn dort nur auf Formalien, aber dass es sich nicht bloss um solche handelt, zeige eine Stelle aus seinen Artikeln gegen Bax, die er Ende 1896, ein Jahr vor seiner Uebersiedlung nach Berlin, veröffentlicht hatte. Dort beschuldigt er Bax des „utopistischen Marxismus“ und erklärt es, als eine der charakteristischen Wirkungen dieser Denkweise, Meinungsverschiedenheiten in der socialistischen Bewegung auf die Spitze zu treiben. Er schreibt:

„Wo die utopistische Geschichtsauffassung herrscht, nehmen daher die Meinungsverschiedenheiten, die in jeder Bewegung unvermeidlich sind, weil noch niemand der volle Besitz der Wahrheit gegeben, einen viel schärferen Charakter an, als sie unter sonst gleichen

⁴⁾ Revolution und Anarchismus. Die Neue Zeit, 1893—94, II. Bd., pag. 402. (Note Kautskys).

Umständen, gleicher Einsicht, gleichem Temperament, gleicher Umgebung annehmen würden, wenn die materialistische Auffassung dort Geltung hätte; es wird viel schwerer, die verschiedenen Richtungen zu einer Gesamtbewegung zu vereinigen, die Bewegung des Proletariats zersplittert sich leichter.⁵⁾

Anfang 1899 aber, nach dem Erscheinen meiner Voraussetzungen des Socialismus, erklärte er es für das Schlimmste, was der Partei passieren könne, wenn die Discussion über dies Buch nicht auf die äusserste Spitze getrieben werde, und warf mir öffentlich und brieflich meine „Vertuschungs“gelüste vor.

Nun fällt es mir selbstverständlich nicht ein, Kautsky daraus einen Vorwurf machen zu wollen, dass er seine Stellung geändert hat, ich will auch diese Aenderung selbst nicht übertreiben. Ich verlange nur das Recht, von einer solchen zu sprechen. Und wenn Kautsky der Selbstkritik fähig wäre, so brauchte er nur seine veränderte Stellung zu Belfort Bax und mir ins Auge zu fassen, um zu erkennen, dass er selbst heute anders denkt, als vor drei und vier Jahren. Bax ist derjenige, der seine Ansichten am wenigsten geändert hat, er ist sozusagen der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, an ihm können daher solche Bewegungen am besten gemessen werden.

Ebenso wenig wie seine Meinungsänderungen habe ich Kautsky irgendwo die Thatsache zum Vorwurf gemacht, dass er gegen mich polemisiert hat. Ich habe mich gegen die Art seiner Polemik, gegen die groben Verstösse aufgelehnt, die er dabei gegen die Gebote sachlicher Controverse begangen hat — Verstösse, die mich zu den schärfsten Ausdrücken ihm gegenüber berechtigt hätten. Weil ich mich ihrer enthielt, spricht Kautsky von „Gejammer“ über seine „Bosheit“. Man soll sich wahrscheinlich noch bedanken, wenn einem Sätze in den Mund gelegt werden, die man nie geäussert hat.

*

*

*

Gegen meine Bemerkung, dass ich ihm bei Beginn unserer Controverse einen Vorschlag gemacht hatte, der alle möglichen Bürgschaften einer sachlichen Discussion bot, erklärt Kautsky, mein Vorschlag sei nicht dem Wunsch nach Verkürzung einer sachlichen Discussion, sondern dem „viel weniger grossartigen Wunsch“ entsprossen, früher zum Wort zu kommen. Aber das widerlegt, selbst wenn es völlig zuträfe, meine Behauptung in keiner Weise. Das Stück aus meinem Brief vom März 1899, das er zum Zeugen aufruft, beweist nur, dass der eine Wunsch nicht der einzige Vater meines Vorschlages war. Ich kann sogar zugeben, dass der Wunsch, früher zum Wort zu kommen, als es mir nach den Kautskyschen Verfügungen zustehen sollte, in erster Linie mich zu dem Vorschlag bewog. „Grossartig“ hin oder grossartig her — ich hatte mir — auf Kautskys Vorschlag — mehrmonatliches Schweigen in der Neuen Zeit auferlegt, dann auf seinen Wunsch darin eingewilligt, dass eine der Bedingungen meines Stillschweigens — Sistierung aller Polemik von der anderen Seite — zu gunsten der Aufnahme eines gegen mich gerichteten, durch drei Nummern gehenden Artikels von Cunow ausser Kraft gesetzt wurde, nun kündigte mir Kautsky eine, zuerst noch unbegrenzte Serie von Artikeln gegen mich an — ich denke, es war nichts Unbilliges, wenn ich, als langjähriger Hauptmitarbeiter der Neuen Zeit, dem damals kein anderes Blatt zur Verfügung stand, der Wunsch

⁵⁾ Die Neue Zeit, 1896—97, I. Bd., pag. 270.

hatte, nicht bis ins Unbestimmte alle Angriffe unerwidert ins Land gehen lassen zu müssen, die ich von Kautsky und seinen nunmehrigen Bundesgenossen zu gewärtigen hatte.

Indes nicht warum, sondern ob ich solchen Vorschlag gemacht habe und ob er geeignet war, das Herabsinken der Polemik auf ein „Mönchsgezänk“ zu verhüten, das ist die Frage. Das eine kann Kautsky nicht leugnen und darum verdächtigt er mein Motiv, auf das andere antwortet er wegwerfend, Eingehen auf den Vorschlag hätte bloss Verzettelung der Debatte geheissen. Aber das ist eine leere Behauptung, der die Thatsache gegenübersteht, dass gerade das von Kautsky eingeschlagene Verfahren, wie er selbst wiederholt festgestellt hat, Verzettelung der Debatte zur Folge gehabt hat.

Die Redensart, mein Hinüberschiessen erscheine mir als grandiose That, sein Herüberschiessen als unerhörte Niedertracht, ist zu geschmacklos, um darüber Worte zu verlieren. Dagegen mögen noch ein paar Worte über die Gründe folgen, die Kautsky nach seiner, in einer Schlussnotiz gegebenen Erklärung veranlassten, den schon vor Monaten abgefassten Artikel gegen mich jetzt zu veröffentlichen.

Als einen der Gründe bezeichnet er die Veranstaltung einer Lieferungs- ausgabe meines Buches. Soweit liesse sich dagegen nichts sagen. Aber das Gift steckt im Schwanz. „Da Bernstein bzw. sein Verleger“, heisst es, „sich eben anschickt, sein Buch durch eine Lieferungs- ausgabe weiteren Kreisen zugänglich zu machen und es ihnen mit dem ganzen Apparat von Marktschreierei anzupreisen, dessen die Firma Edelheim fähig ist“ . . . Kein Mensch weiss besser, hat mehr Gelegenheit gehabt, es festzustellen, wie sehr ich aller Marktschreierei aus dem Wege zu gehen suche, als gerade Kautsky. Trotzdem zerrt er mich in die Verdächtigung meines Verlegers hinein. Sie trifft aber auch diesen nicht, denn thatsächlich hat der Verlag sich bezüglich dieses Werkes auf eine einzige Anzeige beschränkt, die viel kürzer und einfacher ist, als dies allgemein bei Lieferungswerken die Regel ist.

Der zweite Grund zur Veröffentlichung des Angriffs besteht nach Kautsky darin, dass „Bernstein sich anschickt, seine Thätigkeit in einer Weise fortzusetzen, die das höchste Gaudium unserer Gegner erregt“. Natürlich: Ich kenne die Weise, ich kenne den Text — sie wurden schon oft gesungen. Seit ich der Socialdemokratie angehöre, und das sind nun bald dreissig Jahre, haben Gegner nicht aufgehört, sich über das eine oder andere Vorkommnis in der Partei, die eine oder andere Aeusserung von Vertretern derselben zu „gaudieren“. Und doch ist die Partei dabei gewachsen und gross geworden. Uebrigens soll, wer im Glashause sitzt, nicht mit Steinen werfen; ich wüsste nicht, dass sich die nach höheren Kornzöllen rufenden Agrarier über meine Thätigkeit zu „gaudieren“ Anlass hätten. Und wie überhaupt das Scharfmachertum über sie denkt, dafür zwei Zeugnisse.

Am 30. Januar schrieben die Berliner Neuesten Nachrichten:

„Niemand hat die Socialdemokratie schlimmer aufgehetzt, als der von den Mauerungsschwärmern so sehr verehrte Genosse Bernstein, indem er ihr riet, die bestehende Gesellschaft nicht mehr von aussen anzugreifen, sondern sie von innen heraus auszuhöhlen. Mit der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung, der Bildung und der politischen Routine wird die Arbeiterschaft wahrscheinlich den Machtbestrebungen der Socialdemokratie nur noch zugänglicher werden.“

Und am 23. Mai commentierte die Berliner Post meinen Vortrag im Socialwissenschaftlichen Studentenverein, wie folgt:

„Politisch ist durch die Kritik Bernsteins nicht ein Centimeter breit neues Gebiet (gegen die Socialdemokratie) erobert. — Der Schwerpunkt der socialdemokratischen Wirksamkeit liegt auf politischem Gebiet, in der Erziehung der Arbeiterschaft zu einer classenbewussten Partei, die mittels des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Macht zu erobern und die Allgemeinheit zu beherrschen sucht. Das ist eingestandenemassen auch heute noch das Ziel Bernsteins und aller derer, denen die Bewegung alles und das Endziel nichts ist.“

Kautsky hat noch einen dritten Grund zur Veröffentlichung seines Artikels: es haben sich Leute gefunden, die meine Kritik seines polemischen Verfahrens „als mehr betrachten, denn als blosse Ausflüsse kleinlichen Aergers“. Ist er wirklich der Ansicht, durch diese Art Gegenkritik sie eines andern überzeugen zu können?

* * *

Mein Artikel ist länger geworden, als er sollte, und schliesslich auch ernster. Die Notwendigkeit, fortgesetzt richtig zu stellen, erlaubt dem Humor kein freies Spiel.

Und doch bietet der Humor die einzige Möglichkeit, mit Kautsky fertig zu werden. In seiner Schlussnotiz schreibt er — wollte ich seinem Muster folgen, so müsste ich sagen: jammert er —, er habe vergebens gehofft, das neue Milieu werde mich über meine Parteikritiker gerechter urteilen lassen. Nun habe ich aber noch keinem meiner Parteikritiker Anlass gegeben, sich darüber zu beschweren, dass ich seine Ansichten entstellt wiedergegeben, ihn andere Worte, als er gebraucht, unterstellt, seine Motive verdächtigt habe. Man kann sich denken, mit welchem Entsetzen mich daher Kautskys sanfter Vorwurf erfüllte. Gerechter Gott, ich soll noch gerechter werden!

Indessen, thun wir unser Möglichstes. Was ist es, das Kautsky nötigt, in seinen Controversen mit andersdenkenden Socialisten auf Methoden zurückzugreifen, wie sie im vorstehenden zu kennzeichnen waren? Wir finden eine, mildernde Umstände einschliessende, Erklärung dafür in einem Artikel, den Kautsky im Vorwärts vom 29. Mai in seiner Polemik gegen Paul Kampffmeyer veröffentlicht hat. Dort führt Kautsky aus, dass, wenn wir nicht „der Ansicht sind, dass der Gegensatz zwischen Proletariat und Capitalistenklasse sich immer mehr zuspitzt und der Einfluss der Capitalistenklasse im Staat immer mehr steigt, so, dass es für die Arbeiterklasse immer notwendiger wird, die Staatsgewalt zu erobern“, der Bacillus der Zersetzung die Socialdemokratie erfasste und der Drang nach Zersplitterung der Arbeiterbewegung in Teilbewegungen übermächtig werde. Mit anderen Worten: nicht die generelle Einsicht in die Natur der Classen und ihrer socialen Tendenzen und die aus ihr sich ergebende Erkenntnis von der Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, behufs Erkämpfung ihrer vollen Emancipation selbst eine starke Partei zu bilden und politische Macht zu erobern, sondern eine specielle Ansicht von dem Verlauf der vor uns liegenden politischen Entwicklung verbürgt als intellectueller Factor die Existenz und das Gedeihen der socialdemokratischen Partei.

Es liegt auf der Hand, dass, wenn man die Dinge so auffasst, keine Thatsache anerkannt werden darf, die mit besagter Ansicht im Widerspruch steht. Treten solche dennoch zu Tage, zeigen sich Anzeichen dafür, dass der Einfluss der Capitalistenklasse im Staat, statt bis zur factischen Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat zu steigen, schon vorher schrittweise ab-

nimmt, so dürfen sie nicht anerkannt werden, soll die Socialdemokratie und das Zusammenwirken der proletarischen Elemente nicht Schaden leiden. Sie müssen zum Heile der Arbeiterbewegung gelegnet, wegdisputiert werden.

Ob sich Kautsky dessen bewusst ist oder nicht, — in dieser Denkweise wurzeln seine polemischen Ungeheuerlichkeiten, seine gewollte Blindheit für Argumente und Erscheinungen, die der für notwendig gehaltenen Ansicht widersprechen, seine hässliche Casuistik, wenn er ihnen nicht ausweichen kann. Und es handelt sich da nicht um ein einmaliges Versessensein auf eine bestimmte Idee, wie sie uns allen schon passiert ist, sondern um eine alte Denkgewohnheit. Aus ihr erklärt es sich, warum der Leiter der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Socialdemokratie so häufig eine unwissenschaftliche Enge des Geistes entwickelt, der Theoretiker immer wieder zum Zeloten wird. Aus ihr, warum wir Kautsky so oft zu jener tiefsten Methode der Polemik greifen sehen, die den Gedanken des Gegners zur Caricatur entstellt, bevor sie an seine Widerlegung geht, während derjenige, der eine starke Sache vertritt und sich ihrer wert zeigen will, stets darauf bedacht ist, dem zu widerlegenden Gedanken die möglichst correcte Form zu geben. Aus jener Denkgewohnheit endlich erklärt sich Kautskys häufige Zufluchtnahme zu einer abstrusen Wortklauberei.⁶⁾

Und diese Denkgewohnheit, dieser enge Apriorismus ist es, was ich ihm immer und immer wieder vorgehalten habe, nicht teuflische Bosheit und sonstige moralische Schändlichkeiten. Ich werfe ihm nicht einmal — was er doch bitter vermerkt, dass ich es nicht Brentano anhängen lasse — moral insanity vor. Ich bin mit Vergnügen bereit, ihm ein sittliches Gesundheitsattest auszustellen. Ich zweifle keinen Augenblick, dass, wenn er — um mit Heine zu reden — Witwen und Waisen falsch citiert, er es im guten Glauben thut und ihnen von Herzen das Himmelreich wünscht. Aber der gute Glaube mag seine polemischen Methoden menschlich entschuldigen, so kann er sie darum doch nicht der Sache nach rechtfertigen und als wissenschaftlich erlaubt legitimieren.

⁶⁾ So hält er mir, weil ich in einem Artikel über die Werttheorie von einer Zwischlässigkeit des ökonomischen Werts spreche, in seiner Schritt: Bernstein und das socialdemokratische Programm eine ganze Vorlesung über die Dunkelheit und Verworrenheit dieses Begriffs. Diese im Tone grösster Ueberlegenheit gehaltene Abkanzlung wird am besten dadurch illustriert, dass sich der so verworrene Begriff, in dessen „Nacht“ nach Kautsky „alle Werttheorien“ grau sind, auch bei — die Feder sträubt sich — Marx findet. „Dies vorausgesetzt, handelt es sich darum, den öconomischen Wert, d. h. die Verwertung dieses Monopols auf Basis der capitalistischen Production zu entwickeln.“ So im III. Band des Capital, Teil 2, pag. 154, 155. Armer Marx!

Beiläufig hier die Bemerkung, dass Kautsky nun auch den Artikel eines Russen über die Bedeutung der Marxschen Werttheorie im Zusammenhang mit der Marxschen Geschichtsauffassung veröffentlicht, der seine Spitze gegen mich kehrt. Er motiviert die Veröffentlichung in einer Note, die bei Leibe nicht persönlich gehässig gehalten ist, sondern nur aus Wohlwollen den Ausdruck Bernsteinerei gebraucht. Ich werde auf den qu. Artikel an dieser Stelle in einer Abhandlung zurückkommen, die das in meinem Vortrag über Wissenschaft und Socialismus eingeleitete Thema weiterführt und in der ich auch den Kritikern dieses Vortrags zu antworten gedenke.

Im Augenblick, wo dieser Aufsatz in die Presse gehen soll, erhalte ich No. 38 der Neuen Zeit mit Kautskys Kritik meines Vortrags. Vorläufig nur soviel darüber, dass diese Kritik genau nach dem oben gekennzeichneten System gearbeitet ist, d. h. durch *Unterdrückung entscheidender Sätze* und ähnliche Mittel der Entstellung ein Zerrbild der zu kritisierenden Ausführungen construirt und dann dies selbstfabricierte Zerrbild kritisch „vernichtet“. Insbesondere ist der grosse Widerspruch, den Kautsky mir anscheinend nachweist, Product Kautskyscher Auslegungskunst.

Das Stehaufmännchen.

Eine Erscheinung aus der Studentenzeit.

Von

Kurt Eisner.

(Berlin.)

Das war eine Nacht! Ich erhebe mich gebrochen von dem heissen Lager, auf dem ich keinen Schlummer finden konnte. Nacht und Tag sind treue Geschwister. Hasset dich die Nacht, so zürnt auch der Tag dir, und du kostest das müde, fiebernde, schmerzhaftes Wachen vom Abend bis wieder zum Abend, halb nur lebend und schlimmer als tot . . .

Ich sitze an meinem Schreibtisch und versuche die schwere Gedankenarbeit da zu fördern, wo ich sie gestern abgebrochen. Umsonst! Die Feder hält mich fest, und mein Kopf ist zerwühlt und leer. Auf das Papier schielt der fable Regenmorgen tückisch verdrüsslich, dass auch die Sätze, die ich gestern schrieb, mir schaurig öde und hohl erscheinen. Das ist der seelentote Ueberdruss, der an den Wänden, auf den Dielen, auf den Büchern wie ein grauer Wurm schleimige, klebrige Kreise zieht und alles ekel und widrig und grauenhaft reglos macht; das ist der scheinlebendige Tod, das ist die Verzweiflung, die nicht mehr ringt und schreit, nicht einmal wimmert, das ist die Verzweiflung, die schweigt und lastet, zu krank, um zu schmerzen.

Wenn man nicht schläft, so schleppt man die nächtigen Gespenster mit in den Tag hinein, die im Lichte nur noch blasser und trauriger aussehen. Ich habe die Zukunft geschaut in der Nacht, meine Zukunft, und nun hat mich die Kraft der Mut und die Hoffnung des Lebens verlassen. Und gestern war ich doch so arbeitsstark und daseinsfroh. Ich rechnete bereits, wann ich das Stroh wohl beisammen hätte für das Nest und meine kleine blonde Heiterkeit. Ein kleines Häuschen, abseits von der grossen Strasse und fern von der Weltstadt. Nur ein paar niedrige Zimmer. Wenige Stühle nur und Spinden, aus lichtem Holz, von der kleinen, kunstfertigen Heiterkeit zierlich mit Blumen, Vögeln und ländlichen Idyllen bemalt. Alte Linden rauschen in die blitzenden Fenster, und der junge Morgen dringt keck und frisch in alle Winkel des Hauses. Ein Gärtchen voll von Blumen, die nicht gouvernantenhaft zimperlich, in zarten, peinlichen Abtönungen geschmackvoll nebeneinander in wohlgezogenen Abständen frieren, nein, wildbunte, schreiende, lachende Farben, die mit einander ringen und raufen, jauchzend wie die Dorfbuben, die sich vor strotzendem Lebensübermut nicht zu lassen wissen. Und schliesslich eine Laube, von wildem Wein flimmernd umspinnen, ein Tisch darin, bedeckt mit weissem Linnen und zwei zierlichen Tassen nebst einer grossen Kanne und einem schmucken Töpfchen, und zwei selige Menschenkinder schwatzend und schmausend in den jungen Morgen hinein. Das eine Menschenkind bin ich. Mein Gemüt ist hell und licht, wie — ja, wie weisses, reines Linnen, das in rieselndem Bache gewaschen, auf grüner Halde gebleicht, in lustigem Westwind getrocknet und von schnellen, eifrigen, feinen Händen geplättet ist, und das nun duftet nach Sauberkeit und Frische. Das andere Menschenkind aber ist noch rotverschlafen und gähnt ein wenig, bis ihm der zappelnde Mund mit Küssen verschlossen wird. Da lacht sie dankbar und wach, meine kleine blonde Heiterkeit . . .

Das träumte ich gestern, nachfühlend noch die Freuden des letzten Sonntags, da wir beide hinauspilgerten in das weite Land, rüstig und lustig, als gehörte uns alles Glück der Welt. Und als wir endlich rasteten auf stattlichem, waldgekröntem Hügel, vor unseren Augen die farbige, wasserdurchhädete Ebene, da geschah etwas Holdes. Drei junge Störche, die sich übten für die Reise übers Meer, kreisten um uns, und einer flatterte dicht in schwirrendem, schwerem Flug zu Häupten der treuen Gesellin. Die neigte scheu das Köpfchen, träumerisch, wünschebang. Und als ich lachte:

„Fürchte dich nicht, die sind noch zu klein und zu schwach, um schwere Bürde schleppen zu können“, da flüsterte die Gesellin, innig und zitternd: „Ich fürchte mich nicht“ . . .

So war es am Sonntag — und heute ist alles Träumen verdorrt, wie ein junger Eichwald, der von den Raupen zerfressen kahl dasteht mit spärlichen, schmutzigen Resten der grünen, atmenden Schönheit; das gierige Geziefer hat alles zernagt und, was es übrig liess, besudelt, in den dürrn zusammengerollten, filzig umspinnenen Blättern aber schläft die fruchtbare Brut aus zu gefräßigem Dasein. Meine Träume sind zernagt und gefaltet für die fruchtbare Brut des Ekels, der Müdigkeit, der Todessehnsucht.

Warum mussten die auch zu mir kommen und mir die Bilder des verwüstenden Lebens in die Seele unauslöschlich, unüberwindlich einätzen, dass mich ein furchtbares, feiges Grauen vor der Zukunft bannt und aussaugt!

Warum geigten sie so wild und zerstörend auf den Saiten meiner Seele, dass sie alle zersprangen und nun in meiner Brust eine tote, plumpe, unnütze Holzform grämlich kauert? Wie rauschte doch am Sonntag die Welt in mir, wie eine Windharfe erbebte ich bei jedem Hauche des flutenden Dunkels; alles fühlte ich, alles verstand ich, alles sog ich mit weitgespannten Lungen in mich ein, das stille, gewaltige Raunen der Nacht und das trauliche Neckgeschwätz der Gefährtin, die mir am Arme ging. Eingeschrumpft sind jetzt meine Lungen, der Lebenssaft ist aus der Welt geronnen, als hätte man sie wie eine Seerose zwischen grauen Löschblättern getrocknet, damit sie nicht zu schnell verblühe; und nun haben sie, die Thoren, ein farbloses, verknittertes, dürres, aber ewiges Staubgewebe . . .

Gestern abend, als ich gerade die Arbeit weglegen wollte, um mir im Park mein volles Hirn ein wenig auszulüften, da war das Unheil über mich gekommen. Drei Menschen erschienen plötzlich bei mir und begehrten Unterkunft. Aus America waren sie in ihre alte Heimat gekommen, Mann, Weib und Kind. Drüben war es ihnen traurig ergangen. Sie hatten allmählich verlernt, Ansprüche an das Leben zu machen und waren froh, wenn sie ihr Brot und ihr Bett hatten. Da hatten sie eines Tages Heimweh bekommen, sie erinnerten sich, dass ihnen in Berlin wohlhabende Verwandte wohnten, wobei sie vergassen, dass sie selbst leider nur eine verkommene Entartung der fein gekleideten, bequem wohnenden und geistig sowie körperlich gut genährten Verwandtschaft darstellten. Siesollt'n dieser Vergesslichkeit bald bewusst werden.

Sie klingelten zunächst bei einem kinderlosen Ehepaar an, das nicht wenig über den unerwarteten Familienzuwachs entsetzt war. Sie hatten natürlich zwar keine Räumlichkeiten für Beherbergung der lieben Verwandten übrig, dennoch waren sie gutmütig genug, obzwar sie gerade die etwas lärmende Poesie der Kinderwagen inbrünstig hassten, so viel Rücksicht auf ihre — anderen Verwandten zu nehmen, dass sie dem abgerissenen Ehepaar kurz, aber deutlich auseinandersetzten, es solle von dem Rechte des Blutes nicht noch anderswo Gebrauch zu machen suchen. Es sei dies ein ganz aussichtsloses Unternehmen, denn keinem aus der weitverzweigten Familie könne es, ganz abgesehen von den materiellen Schwierigkeiten, zugemutet werden, Leute in so „unmoderner“ Kleidung — der milde Ausdruck bewies wieder ihr gutes, schonendes Herz! — aufzunehmen. Der Mann wagte schüchtern einiges einzuwenden, die Frau erklärte mit verhaltener Leidenschaft, sie wollte lieber sterben, als sich so behandeln lassen, und das Kind schrie und beschäftigte sich mit seinen Windeln. Die Rücksichtsvollen luden sie schliesslich für später, wenn sie einigermaßen festen Fuss gefasst hätten, ein, sie zu besuchen; und der Ehegatte gab dem armen Verwandten schliesslich eine Empfehlung an einen Geschäftsfreund mit, von dem er wusste, dass er verreist war und so bald nicht wiederkehren würde: er konnte sich doch nicht in der geschäftlichen Welt mit seiner Verwandtschaft compromittieren . . .

Tag über irrte die kleine Karawane auf den Strassen Berlins umher. Das Ehepaar war völlig planlos, wie betrunken. Der Mann betäubte seine Verzweiflung in gutem Essen und Trinken in Verbindung mit reichlichem Schimpfen. Die Frau ass

nichts und trank nichts, die Lippen fest aufeinander gebissen. Nur ein Gedanke nagte in ihr: sie war eine Geächtete, Verkommene, die schon durch ihre Kleidung von der anständigen Gesellschaft ausgeschlossen war. Das Kind sog an seinem Gummipfropfen und brüllte in den Zwischenräumen zwischen den Flaschenfüllungen; diese endlose Fahrt auf dem Berliner Pflaster behagte ihm nicht, und es war der Mutter durchaus nicht dankbar, dass sie den Wagen mit so zäher Ausdauer, obgleich sie vor Ermattung jeden Augenblick zusammenzubrechen fürchtete, über Bürgersteige und Strassendämme rollte. Abends kehrten die Auswanderer in einem billigen, schmutzigen Gasthaus der äussersten Vorstadt ein. Ein paar Thaler besassen sie noch. Wenn aber das Geld verbraucht war, was dann? Was dann?

Der Mann schlief lange; wozu sollte er auch wachen! Gegen Mittag erst begab er sich auf die Suche nach einer Stellung. Die Frau fuhr inzwischen wieder ihr Kind durch die Stadt kreuz und quer. Sie hat so gut wie keine Nahrung zu sich genommen. In ihrem Kopfe beginnen seltsame Gedanken zu kreisen, unter denen einer besonders ungeberdig wühlt und wütet: sie und ihr Kind müssen verhungern, weil sie ein — unmodernes Kleid trägt. Der Mann ist vollkommen erschlaft, er giebt sich keine sonderliche Mühe, Brot zu finden; er findet ja auch nichts. Ueberall ist schon einer früher dagewesen, die Stellen müssen wohl schon bei Sonnenaufgang vergeben werden, so scheint es. Abends treffen sich die Drei in dem Gasthaus. Der Mann isst und schimpft, das Kind trinkt und schreit, die Frau starrt mit leeren Augen in die Weite, sie ordnet sich ihr Haar nicht mehr, und ihr Kleid ist voll Strassenkot. Wozu auch sauber sein, sie ist ja doch unmodern!

So geht es acht Tage. Da ist das Geld zu Ende. Wohin nun? Der Wirt der Kneipe macht die social bedeutsame Bemerkung, dass man nicht heiraten müsse, wenn man nicht sein sicheres Brot habe, und der Mann giebt dem weisen Socialpropheten fast recht. Wenigstens das Jöhr ist vom Uebel; so leicht es auch ist, für ihn wiegt es centnerschwer. Schliesslich in der grössten Not versuchen sie es noch einmal mit der Verwandtschaft. Sie denken an einen, der in dem Ruf plebejischer Absonderlichkeit gestanden, damals, als sie nach America übersiedelten; am Ende ist er noch heute so absonderlich . . . Sie kommen zu mir. Ich habe an einem Zimmer genug. Warum sollte ich das zweite ihnen nicht gönnen?

Der Mann holt eifertig zum Abendbrot ein, die Frau bereitet es zu, und, während wir essen, erzählen sie in hastiger Geschwätzigkeit, wie es ihnen ergangen. Als aber die Frau von dem Besuch bei den Verwandten spricht und berichtet, wie sie ob ihrer Kleidung verachtet worden, da beginnt sie mit einmal zu wimmern und zu schluchzen. Kein Beruhigen hilft. Sie sinkt in sich zusammen, wilde Zuckungen stürmen durch Antlitz und Leib, sie ächzt und singt und spricht irre. Der Mann bringt sie zu Bett, ich hole den Arzt. Bald riecht das Zimmer nach dumpfer Krankheit, alles liegt unordentlich und wirt durcheinander, auf dem reinlichen Fussboden hat die vergossene Medicin grosse, weisse Flecke ausgefressen. In kurzen Pausen wacht das Kind auf und schreit. Der Mann läuft verzweifelt, fassungslos im Zimmer auf und ab, unfähig, eine Hilfeleistung zu verrichten; jeden Augenblick fragt er mich, ob ich glaube, dass sie stirbt. Ach, wenn sie nur leben bleibt, schluchzt er wie ein Knabe. Ich sitze am Krankenlager, das Weib hält meine Hand fest; sobald ich versuche, mich los zu machen, beginnt es lauter zu weinen. In dem dürrtigen Nachtgewand sehe ich, wie furchtbar sie abgemagert ist. Hals und Arme sind dünn, wie bei einem kranken Kinde. Das schwere, schwarze Haar, das aufgelöst das hohle, spitze Antlitz umrahmt, lässt das Gesicht noch blässer erscheinen, als es ist. Weitgeöffnet sind die brennenden, grossen, dunklen Augen. „O Gott, wie dünn sie geworden ist, sie hat ja auch fast nichts seit acht Tagen gegessen“, klagt der Mann, der jetzt erst das Elend seiner Frau zu bemerken scheint. Diese ist jetzt still geworden, ganz leise mit wunderbar lieblichem Klange, wie in singendem, traumhaften Selbstgespräch, beginnt sie zu erzählen, bisweilen englische Worte einmengend. Zuerst von ihrem toten ersten Kinde: Zwei Jahre war

es kaum alt und doch schon so klug, stets sah es dem Papa nach, wenn er fort ging, und zwei Augen hatte es, wie zwei blanke schwarze Kirschen. Dann wurde es krank und starb. „Warum hast du keinen Arzt gerufen?“ schreit die Fiebernde mit jäh erwachender Heftigkeit auf, „warum hast du es sterben lassen?“ Der Mann beruhigt sie, sie wüsste ja, sie hatten kein Geld. Die Kranke spinnt wieder ihre leisen Lieder fort. Sie erzählt noch einmal von dem toten Kinde und plaudert mit ihm und lehrt es sprechen englisch und deutsch, jedes Ding, das dem Kinde auffällt, in beiden Sprachen bezeichnend. Jetzt stösst sie einen tiefen, tiefen Seufzer aus und dann hebt sie mit dem alten traurigen Bibelmärchen von der verstossenen Hagar an. Das bricht sie mitten ab, und nun wird ihre Stimme noch weicher und voller, und aus dem Grunde ihrer bedrückten Seele quillt die Klage über das, was sie am meisten schmerzt:

„Ja, ich weiss, ich bin nicht hübsch; ich habe nichts gelernt und bin arm, sehr arm, aber es ist nicht wahr, dass ich kein Herz habe. Wir sind alle Menschenkinder, alle, alle, und fühlen alle, was schmerzt.“

Jetzt dreht sie den Kopf zu mir:

„Und wenn ich wieder gesund bin, dann gehen wir beide spazieren. Du musst nicht glauben, dass ich nur ein Kleid habe, das schlechte, garstige Kleid, das ich heute anhatte, nein, ich habe viele . . . viele . . . Lass sehen: eines von schwarzem Sammet, eines von blauer Seide, eines . . . ja, weisst du“ — sie hört auf, an den Fingern abzuzählen — „mein Kopf, der versteht nichts mehr. Aber du schämst dich nicht, mit mir zu gehen. Ich ziehe mein Bestes an . . . o my heart . . . o my heart . . .“ Sie presst kraftpfaft die eine Hand auf ihren Busen und weint laut.

Ich ertrage den Jammer nicht länger, wie das Weib selbst im Fieber lügt, um sein Elend zu verhüllen und meine Achtung nicht zu verlieren. Die Thränen brechen mir gewaltsam hervor, ich beuge mich nieder und küsse die Dulderin leise auf die heisse Stirn. Die Kranke fühlt es und lächelt dankbar: you are sweet, so sweet, so lieb . . .

Lange noch spinnt sie dieselben traurigen Gedanken, und all ihr Sinnen kreist um die eine grausame Kränkung. Die Uhr schlägt die erste Morgenstunde, als sie endlich entschlummert. Ich suche im Nebenzimmer mein Lager auf; die Bilder des Elends verlassen mich nicht mehr, in Fiebrerröte umkreisen sie mich und höhnen in wilden Delirien: Das ist das Leben, das ist dein Leben! . . .

Und nun am Morgen höre ich sie noch, diese höhrenden Rufe.

Wie konnte ich es nur jemals wagen, ein fremdes Schicksal an meines zu ketten, ich, der so leicht den Mut, die Thatkraft verliert! O, die unendliche Zahl der Stunden, die mein Dasein noch birgt! Und in jeder Stunde lauert ein gieriger Drachenkopf. Weh, wenn du ihn nicht zertrümmerst, der Biss vergiftet dich und lähmt dich, und du versinkst in das schlammige, schlingende Elend! Welche Keckheit, zu wännen, dass ich sie alle vernichten werde, dass ich das heiss hungrige Dasein nicht mit mir und den Meinen mäste! Habe ich die groben Fäuste, die langen Ohren, das zähe Gewissen und die feiste Seele, die das Leben verlangt? Ich habe all dieses nicht. Was anderes darf ich da erhoffen, als Versinken . . . und . . . Verkommen . . . Und wird die Liebe über alles Widrige hinweghelfen? Die Liebe gedeiht im Glück nur, sie stirbt im Elend, indem sie es noch mehr verpestet . . .

„Da haben Sie einmal ausnahmsweise recht, Verehrter!“ —

Eine höflich flüsternde, hofmännisch feine Stimme spricht ruhig dicht neben mir die Worte. Wie ich hastig aufblicke, steht neben mir ein dürres Männchen in uraltem verschlissenen Schlafrock, der Staub ausdünstet. Die Füsse stecken in zerrissenen Pantoffeln, die vorn grobe schmutzige braune Strümpfe sehen lassen. Sein Schädel ist wie ein Hundskopf geformt, die Backenknochen hervortretend, der Nasenrücken scharf, wie eine Messerschneide, der Mund breit, die Lippen wulstig, blutlos, wie mit dem Saft von Kautabak gefärbt. Die Haut ist unrein, gleich dem dünneren rötlichen Haar, in dem die Motten gehaust zu haben scheinen. Grauenhaft klein sind

seine Augen, mit kurzen, hellen, dicken Wimpern umrahmt. Ein seltsamer Schleier liegt über der Pupille. Wie ich genauer hinsehe, bemerke ich, dass feine Spinnweben über dem Auge ausgebreitet sind, die in den feuchten Augenwinkeln angeklebt. Und jetzt bemerke ich auch, dass die Pupille nichts ist, als eine dicke grüngelbe Spinne, die alles verschlingt, was sie sieht. Ich wende mich angstvoll ab von den Blicken des Spinnenauges; denn schon sehe ich mich hineinfliegen, ein winzig kleines Abbild, in die Netze des Unholds . . .

Endlich ermanne ich mich:

„Wer sind Sie?“

Das kleine Ungeheuer grinst.

Ich will dem ungebetenem Gaste die Thüre weisen, aber das Spinnenaug, das listig und tückisch nach mir schießt, beraubt mich jeder Bewegung. Ich rede mir ein, dass ich nur träume. Wenn ich aufwache, wird der grausige Spuk von mir genommen sein . . .

Der Kleine spricht in immer gleich stiller Sanftmut weiter:

„Ich habe Sie beobachtet, wie tollkühn Sie neulich von Ihrer Zukunft dachten und mit Ihrem Fräulein Braut holdselige Luftschlösser bauten, was ich weiter nicht unbegreiflich und unangenehm“ — der Kleine blinzelt boshaft und der Spinnenleib bläht sich — „finden kann. Und ich wollte mich nur in Ihrer zukünftigen Häuslichkeit als lieber Hausfreund eingeladen haben, vielleicht als Pathe bei Ihren erwartbaren Sprösslingen. Warum ich so unbescheiden bin? Nun, ich glaubte mir Ihren Dank verdient zu haben, dass ich Ihnen Ihre Zukunft zeigte. Denn die Leutchen im Nebenzimmer, das sind Sie und Ihre Lieben ein paar Jahre nach dem Hochzeitstag. Sie sind ein Stimmungsmensch, von zarter Gesundheit und zarten Nerven. Dazu haben Sie leider Gottes sogenannte Principien, so ein merkwürdiges Gemisch von Menschenhass und Menschheitsliebe, und ihre unpraktischen Ideale lassen Sie sich nicht abhandeln. Sie haben also z. B. eben aus idealen Rücksichten und moralischen Scrupeln eine hübsche, behagliche und nahrhafte Stellung aufgegeben und versuchen es als braver Tagelöhner des Geistes. Aber Sie haben kein Glück, und weil Sie kein Glück haben, geht auch Ihre Arbeitsstimmung zum Teufel. Sie werden träge, verdrossen, müde — kurz, ganz mein Fall. Hm! Sie meinen, die Liebe wird Sie über alle Widrigkeiten dieses brutalen Daseins hinwegtragen. Nun, man weiss, wie sich das mit der Zeit entwickelt. Erst duftet es nach Liebe, dann riecht es nach Liebe, da haben Sie eine Psychophysiologie der Ehe in einer Antithese. Ihre werte Frau, die schnell verblüht ist, grämt sich über das mangelhafte Wirtschaftsgeld, zankt nicht nur symbolisch mit Gott und der Welt, sondern auch höchst real mit ihrem Gemahl und ihren Kindern. Sie steht eben auf dem Boden der Thatsachen — und die Liebe ist — keine Thatsache. Das Mittagessen ist das einzige grosse Problem des Daseins, weiter weiss sie nichts mehr zu erörtern, die Schneiderin selbstverständlich ausgenommen. So vegetiert die Familie von Tag zu Tag, ohne Lachen und Heiterkeit, ohne idealen Schwung und geistigen Inhalt, zufrieden schon wenn der Magen nicht knurrt, die Miete bezahlt ist, die Kinder leidlich ganze Stiefel haben, wenn der Mann nicht flucht und die Frau nicht keift. Der älteste Junge ist, nehmen wir an, eine empfindliche Natur, wie sein Papa. Er sieht nicht ein, warum es ihm so traurig geht, er sehnt sich nach Licht und Luft, nach Freiheit und Freude und verlangt ungeduldig mehr von seinem Erzeuger, als dieser ihm bieten kann. Der ist höchst aufgebracht und wirft dem Jungen seine Undankbarkeit vor, er gebe seinen Kindern mehr, als er vermöge. Da braust der Sohn zornig auf, und mit thränenden Augen schreit er höhnisch: Dankbar soll ich Dir sein? Dankbar wofür? Habe ich Dich gebeten um dieses elende Dasein? Nein, weil's Dir Spass gemacht hat, bin ich, Du — — Gewissenloser! . . .“

Der Bann ist von mir gewichen, ich halte sie nicht mehr aus, diese unheimlichen Wahrheiten, und stürze mich, wie wahnsinnig, auf das Gespenst, mit starkem

Arm es umschlingend, um es niederzuringen . . . Langsam, weich, rund gleitet der Kleine in gerader Haltung abwärts . . . Mein Grausen über den spukhaften Gast wächst zum Entsetzen, wie er widerstandslos, die blinzelnden, saugenden Augen unablässig auf mich gerichtet, zu Boden sinkt. Ich glaube, ich habe ihn erwürgt und lasse ihn los — da steht er mit einem Ruck wieder aufrecht neben mir, boshaft blinzelnd mit den Spinnenaugen und mit der unveränderten leiser Höflichkeit sprechend:

„Warum erhitzen Sie Sich so umsonst, Sie kriegen mich doch nicht unter. Meine Vernichtung ist gegen meine Natur. Sie mögen gütigst nicht übersehen, dass ich die Ehre oder jedenfalls die Eigenschaft habe, ein — Stehaufmännchen zu sein.“

Damit grinst er vergnüglich.

Ich sehe nach den Füßen des Kleinen, sie stecken in dem zerrissenen Schuhzeug und ruhen unmittelbar auf dem Fussboden. Vergebens spähe ich nach der bleiernen Kugel, um sie zu zerstören und so das Männlein zu überlisten. Nichts ist zu entdecken . . .

Das aber hat mein Suchen wohl beobachtet.

„Sie wundern sich, wo die Kraft meiner Standhaftigkeit sitzen mag? Die Kugel, die mich hält, ist grösser, viel, viel grösser, als Sie denken. Sie sind ja so ein Menschheitserretter, vielleicht versuchen Sie es einmal, die Wurzeln meiner Macht auszureissen.

Wie gesagt, mein Lieber, die Kugel ist grösser, auch fester und zäher, als Sie denken. Indessen nur Mut! Am Ende gelingt es Ihnen doch: Zertrümmern Sie die — — — Erde.“

Ein wieherndes Lachen schallt durch das Zimmer. „Auf Wiedersehen“, klingt es an mein Ohr — dann ist alles vorbei. Ich bin allein, mit meinem schmerzenden Hirn und dem hämmernenden Herzen. Wozu klopft ihr so ungestüm und gewaltig? Könnt ihr mit eurem Klopfen und Schlagen die — Erde zerbrechen? Wozu all diese Mühe und all dieses Hasten, wenn ihr nur Selbstzerstörung euch erarbeitet? . . .

In dem Nebenzimmer erhebt sich Weinen und Schreien. Der Mann stürzt zu mir hinein, übernächtigt, verwirrten Haares und mit ungeordneten Kleidern:

„Sie hat wieder einen Anfall, ich muss zum Arzt. Das Hundeleben hab' ich aber nun satt. Nicht mal seinen ordentlichen Schlaf hat man mehr . . .“

Eine Revision des Socialismus.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

Unter dem Titel: Revision des Socialismus hat Dr. Alfred Nossig ein umfangreiches Werk verfasst, von dessen erstem Bande der erste Teil kürzlich erschienen ist.¹⁾ Das Buch ist in der Neuen Zeit und im Vorwärts sofort mit bissigstem Hohn und Spott abgefertigt worden. Wenn das nur seinen Grund hätte in der persönlichen Gereiztheit, mit der gewisse Hüter der reinen Lehre gegen alles losrennen, was auf eine kritische Prüfung der ihnen ans Herz gewachsenen Dogmen abzielt, so könnten wir dem Verfasser zu diesem ersten Erfolg seiner Arbeit nur gratulieren. Allein so liegen die Dinge nicht. Mag die gehässige Form jener Kritiken sich aus der psychologischen Verfassung der Kritiker erklären, der Sache nach ist ein wesentlicher Teil ihrer Angriffe begründet.

In dem umfassenden, den Plan und die Ziele des ganzen Werkes darlegenden Vorwort erklärt der Verfasser, dass es sich um nichts Geringeres, als um die „Entwerfung

¹⁾ Dr. Alfred Nossig: Revision des Socialismus. Erster Band: Das System des Socialismus, 1. Teil. 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften, Dr. John Edelman, Berlin-Bern.

der Grundlagen einer rationellen Socialpolitik für die kommende Epoche“, handle. „Es muss durch gewissenhafte Forschung, durch Beseitigung aller Elemente, die mit der Natur des Menschen und den Wirtschaftsgesetzen in Widerspruch stehen, ein geläuterter Socialismus geschaffen werden, dem sich, vor die historische Notwendigkeit einer radicalen Reform gestellt, die einsichtsvollsten Vertreter aller Parteien anschliessen können.“

So sehr wir der Meinung sind, dass es im Interesse einer fruchtbaren socialpolitischen Praxis seitens unserer Partei unbedingt notwendig ist, ihre Theorie durch gewissenhafte Forschung vor der dogmatischen Erstarrung zu bewahren, so schroff müssen wir die naive Vorstellung ablehnen, man könne aus dem Socialismus etwas herausdestillieren, was den „einsichtsvollen Vertretern aller Parteien“ schmackhaft sei. Die unverrückbare Grundlage der socialistischen Socialpolitik ist die Idee der wirtschaftlichen Emancipation der Arbeiterklasse. Das bedeutet Kampf, energischen, unversöhnlichen Kampf gegen die ökonomische, politische und sociale Machtstellung der herrschenden Classe, deren verschiedene Schichten sich in den nichtsocialistischen Parteien ihre Interessenvertretungen geschaffen haben und erhalten. So wenig wie „einsichtsvolle Vertreter“ der Arbeiterklasse die letztere zum gutwilligen Fallenlassen ihrer Forderung auf gleichberechtigte Anteilnahme an den materiellen und ideellen Gütern dieser Welt überreden könnten, so aussichtslos wäre der Versuch „einsichtsvoller Vertreter“ der Herrenklasse, ihre politische Gefolgschaft zur gutwilligen Preisgabe ihrer Herrschaftsstelle um des lieben socialen Friedens willen zu bestimmen. Solche jeder Einsicht in die wahre Natur der Menschen und ihrer socialen Kämpfe baren „Einsichtsvollsten aller Classen“ würden mitsamt ihrem „concilianten Programm“ von der politischen Bildfläche hinweggefegt werden, bevor sie auch nur daran denken könnten, Nossigs staatsmännischem Ratschlag gemäss, „die von der Gerechtigkeit dictierte Resultante aller einander gegenüberstehenden Interessen, die gemeinsam beschlossene neue Ordnung, den egoistisch verblendeten Massen auf legislativem Wege aufzuzwingen.“ So etwas kann sich nur ein hinter Büchern und Papier vergrabener Gelehrter ausdenken.

Nossig verrät uns auch einen Hauptgedanken seines „Programms des socialen Friedens“, der den einmal hergestellten Frieden zu einem ewigen machen soll. Der neue sociale Organismus soll nämlich einer „periodischen Sanierung“ unterworfen werden. „Die Weltgeschichte lehrt, dass das collectivistische System nach Abschluss der primitiven Entwicklungsphasen sich nirgends erhalten konnte; da aber die Herstellung des Gleichgewichts eine Lebensbedingung des socialen Organismus ist, so ist die ganze Wirtschaftsgeschichte ein Process steten Teilens.“ Soll die neu geschaffene sociale Gerechtigkeit und Gleichheit also Bestand haben, so muss von Zeit zu Zeit immer wieder geteilt werden. Das darf jedoch weder zu oft noch zu selten geschehen. Wie oft es zu geschehen hat, das sagt uns — das dritte Buch Mosis! Alle 50 Jahre soll es sein. „Ein halbes Jahrhundert dürfte der Zeitraum sein, den man diesem freien Spiel der Kräfte gewähren kann, ohne den socialen Bau ernstlich zu gefährden. Diese Periode bestimmt schon die Bibel bei dem Entwurf einer realen Verfassung. Vergl. das Buch Leviticus und Maimonides: De juribus anni septimi et jubilei.“ —

Es klingt wie ein schlechter Witz, aber es ist Nossig heiliger Ernst damit. Er hält die Einführung des althebräischen Jubeljahres (in welchem die zur Nutzniessung verkauften Besitzstücke an die ursprünglichen Eigentümer zurückfielen resp. zurückfallen sollten) auch für der zukunftsstaatlichen Weisheit letzten Schluss. Seine Revision des Socialismus läuft somit auf einen Socialismus der Revision kindlichster Art hinaus. Das Stärkste dabei ist, dass er durch „die Betrachtung der modernen Wirtschaftsgeschichte“ zu der Ueberzeugung von der erlösenden Wahrheit jener althehrwürdigen Idee gelangt sein

will. Nossig möge uns gestatten, zu seinen Gunsten anzunehmen, dass ihm der Glaube an dieselbe aus der Sphäre angeborener religiöser Gefühle und Hoffnungen gekommen ist. Schade, dass er dadurch von vornherein den Credit seines ganzen Werkes in den Augen jedes modern denkenden Menschen schwer geschädigt hat.

Das ist um so mehr zu bedauern, als das Nossigsche Buch im einzelnen viel Anregendes bringt. Der Versuch, aus den Hauptgedanken der socialistischen Theoretiker verschiedener Zunge und Richtung ein Gesamtbild der socialistischen Ideenwelt zu combinieren, ist an sich interessant und lehrreich. Die starke Heranziehung französischer Autoren wird den meisten deutschen Lesern eine willkommene Bereicherung ihrer socialistisch-litterarischen Kenntnisse sein. Ob dieses aus den verschiedensten Quellen combinierte „System“ des Socialismus jedoch eine geeignete Vorlage für die in den weiteren Bänden in Aussicht gestellte eingehende Kritik des Socialismus ist, ist eine andere Frage. Die auf Marx-Engels fundierte Schule darf es mit gutem Recht ablehnen, in der Nossigschen Darstellung eine correcte Interpretation ihrer Lehren vor sich zu haben.

So kann sie, um nur einiges herauszugreifen, mit Recht gegen die Behauptung protestieren, die socialistische Doctrin verkenne die Nützlichkeit der Function des Handels innerhalb der capitalistischen Warenproduction. Der zweite Band des Capital liefert den Beweis des Gegenteils. Marx bezeichnet und behandelt den Handel dort durchaus als ein „notwendiges Moment der Reproduction“. Noch hinfalliger ist die Nossigsche Bemerkung, die socialistische Propaganda pflege zu behaupten, die Concurrenz habe auf dem Gebiete der Industrie „ausschliesslich schädlich“ gewirkt. Und wenn Nossig daran anschliessend erklärt: „Die klareren Köpfe des Socialismus geben es zu, dass die Concurrenz auch nützliche Seiten entwickelt, vor allem aber, dass sie eine bedeutende historische Rolle gespielt hat“, und dafür nur Malon citiert, so ist das eine Darstellungsweise, die nur Verwirrung stiften kann. Die fundamentale Bedeutung der Concurrenz für den Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung unter dem capitalistischen Regime ist von Marx und seinen Schülern niemals verkannt worden.

Dass die von Nossig gegebene Darstellung der Marxschen Werttheorie nicht correct ist, ist bereits von anderer Seite hervorgehoben worden.²⁾ Nossig hat sich mit Recht gegen den ihm dort gemachten Vorwurf gewehrt, er unterstelle Marx die gänzliche Vernachlässigung der Natur als Quelle nützlicher Güter.³⁾ Wir müssen aber dem Kritiker in seiner abfälligen Meinung über die Nossigsche Darstellung der Marxschen Werttheorie insoweit beistimmen, als auch wir dieselbe für ganz und gar unzureichend und irreführend halten. Statt mit einer klaren Unterscheidung der Begriffe Gebrauchswert (= nützliches Ding) und Wert (= Tauschwert = Materialisation gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit) zu beginnen, stellt Nossig den Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur“ an die Spitze; er nennt ihn den „nationalökonomischen Ausgangspunct aller socialistischen Manifeste“ und behauptet, derselbe sei „bestimmend für das ganze System des Socialismus“. Freilich giebt er dann zu, dass die „besonnensten Darstellungen“ der Werttheorie, wie sie u. a. Marx und Malon geliefert hätten, die productive Kraft der Natur „nicht völlig“ übersehen, sondern sie nur bei der Bildung des Werts (= Tauschwerts) nicht in Anschlag bringen. Als Motiv für diese Ausserachtlassung des von der Natur Dargebotenen bei der Wertbildung schiebt Nossig den genannten Theoretikern dann aber folgende Erwägung unter: „Ganz so, wie die nützlichsten, unentbehrlichsten Naturelemente, wie Luft und Sonnenlicht, trotz ihrer grossen Nützlichkeit keinen mercantilen Wert haben,

²⁾ Vergl. Vorwärts vom 29. Mai 1901.

³⁾ Vergl. Vorwärts vom 8. Juni 1901.

weil sie gemeinsames Eigentum aller sind, so soll auch alles zur Production notwendige Capital (Grund und Boden, Naturkräfte und sociale Kräfte d. i. Geld, Gebäude und Arbeitsmittel) seiner allgemeinen Notwendigkeit und Nützlichkeit halber gemeinsames Eigentum aller sein und daher (!) bei der Bestimmung des Wertes nicht berücksichtigt werden“. Etwas Confuseres kann man allerdings über die Marx'sche Werttheorie kaum sagen, es seien denn die weiteren Behauptungen Nossigs, der Socialismus Lehre, „der heutige Tauschwert sei das ungerechte Ergebnis einer ungerechten socialen Organisation“ und: „in einer gerechten socialen Organisation sollten Tauschwert und Productionswert nicht differieren“. „Wenn der wahre Wert des Products im Arbeitsaufwande liegt, so sollte der letztere auch für den Preis (!) bestimmend sein“.

Der Marx'sche Tauschwert hat mit der socialen Gerechtigkeit nicht das mindeste zu thun. Er ist ein wissenschaftlicher Begriff, der für das Verständnis des capitalistischen Wirtschaftslebens von grösster Bedeutung ist. Daran, dass der Tauschwert normalerweise niemals gleich dem Preis ist, ist nach Marx nicht die ungerechte sociale Organisation schuld, sondern die verschiedenstufige Capitalzusammensetzung innerhalb der verschiedenen Productionszweige und Betriebe. Da gleich grosse Capitale, einerlei in welchem Verhältnis sie als constantes oder variables Capital functionieren, nach dem gleichen Durchschnittsprofit tendieren, so kommt nicht der in dem individuellen Betrieb erzeugte Tauschwert, sondern der „Productionspreis“ (= Kostpreis plus Durchschnittsprofit) für den factischen Austausch in Betracht. Dieser resp. der aus ihm durch Ausgleich zwischen den concurrirenden Betrieben des gleichen Productionszweiges gebildete „Marktproductionspreis“ bildet die Preisnorm, um die die wirklichen Marktpreise dann nach Massgabe von Angebot und Nachfrage oscillieren. Die marxistische Lehre postuliert hinsichtlich des Verhältnisses von Tauschwert und Preis keinerlei „sollte“. Für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung wäre die erzwungene Gleichheit zwischen beiden ebenso ungerecht wie unmöglich; für eine socialistische Gesellschaft aber entfiel mit dem Begriff der Ware auch der des Preises; und ob der Productenaustausch nach Massgabe des Tauschwertes zu erfolgen hätte, ist eine bis dato nichts weniger als ausgemachte Sache.

Die schwache Seite der Marx'schen Werttheorie liegt in dem zwiespältigen Charakter des Begriffs der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“, der einmal von der technischen Seite aus, das andre Mal von dem für jede Ware begrenzten gesellschaftlichen Bedarfsquantum aus bestimmt wird. Auf diese Achillesferse der Werttheorie hat Bernstein seiner Zeit mit Recht hingewiesen. Hier allein kann unseres Erachtens eine Kritik einsetzen, nicht mit dem Erfolg einer Widerlegung, wohl aber einer bedeutsamen Ergänzung der Marx'schen Theorie. Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit findet in der Nossigschen Darstellung überhaupt keine Beachtung. Ohne seine Heraushebung ist aber das Wesen der Marx'schen Werttheorie überhaupt nicht zu verstehen.

Wertvoller erscheint uns die „anticipierende Excursion auf das kritische Gebiet“, die Nossig in Bezug auf die Marx'sche Concentrationslehre unternimmt. Die Nossigsche Classification der verschiedenen Formen der Concentration bedeutet zunächst eine klare Unterscheidung der sehr verschiedenartigen Erscheinungen, die hier in Betracht kommen. Nossig geht dabei von drei Hauptgesichtspuncten aus. Er unterscheidet erstens zwischen der individuellen und der collectiven Concentration oder Association. Letztere vollzieht sich in der Bildung von Actiengesellschaften, Trusts etc. Je nachdem der Concentrationsprocess sich auf dem Wege normaler Gewinnerzielung resp. Productionserweiterung vollzieht oder durch Annexion kleinerer Capitale auf dem Wege des Concurrrenzkampfes, unterscheidet er zweitens zwischen der Accumulation und der Centralisation. Schliesslich betrachtet er die Concentration noch von dem Standpunct aus, ob sie als ein

natürliches Ergebnis des Spiels der wirtschaftlichen Gesetze einen höheren Organisationsgrad der industriellen Production anstrebt, oder ob sie von den Producenten künstlich hervorgerufen wurde, um die freie Concurrenz zu hemmen und die Preise der Waren zu erhöhen. Von diesem Gesichtspunct aus stellt er drittens die „natürliche, normale industrielle Concentration“ der „künstlichen Concentration“ gegenüber, wie sie sich in den Trusts, Cartellen und wucherischen Aufkäufen manifestiert.

Marx begnügte sich bekanntlich mit der Unterscheidung zwischen Accumulation, die die Neubildung von Capital voraussetzt, und Centralisation, die sich als blosse „veränderte Verteilung schon bestehender Capitale“ charakterisiert. Hinsichtlich der letzteren erklärt er: „Vollziehe sich die Centralisation auf dem gewaltsamen Weg der Annexion — wo gewisse Capitale so überwiegende Gravitationscentren für andere werden, dass sie deren individuelle Cohäsion brechen und dann die vereinzelt gebildeten resp. in sich ziehen — oder geschehe die Verschmelzung einer Menge bereits gebildeter resp. in der Bildung begriffener Capitale vermittelst des glatteren Verfahrens der Bildung von Actiengesellschaften — die ökonomische Wirkung bleibt dieselbe.“⁴⁾

Dagegen geht Nossig nun scharf los, indem er darlegt, dass die ökonomische Wirkung der gewaltsamen Capitalannexion und der friedlichen Capitalassociation keineswegs dieselbe ist. Das ist durchaus richtig. Nur sollte er nicht übersehen, dass es sich in dem citierten Marx'schen Satz mehr um eine etwas saloppe Anwendung des Ausdrucks „ökonomische Wirkung“, als um eine gänzliche Verkennung der verschiedenartigen Wirkung beider Concentrationsweisen für die Eigentumsentwicklung handelt. Marx sagt sofort im nächsten Satz, was er hier als „ökonomische Wirkung“ speciell im Auge hat: „Die gewachsene Ausdehnung der industriellen Etablissements bildet überall den Ausgangspunct für eine umfassendere Organisation der Gesamtarbeit vieler, für eine breitere Entwicklung ihrer materiellen Triebkräfte d. h. für die fortschreitende Umwandlung vereinzelter und gewohnheitsmässig betriebener Productionsprocesse in gesellschaftlich disponierte Productionsprocesse.“ Es handelt sich also hier um die unmittelbare Wirkung auf die technische Produktionsentwicklung. Da macht es allerdings keinen Unterschied, ob die gewachsene Ausdehnung der industriellen Etablissements auf Grund der gewaltsamen Centralisation oder der friedlichen Association zur Actiengesellschaft zu stande gekommen ist.

Was freilich die Association zu blossen Trusts, Ringen oder Aufkäufen betrifft, so ist deren „ökonomische Wirkung“ auch im engeren productionstechnischen Sinne eine ganz andere, wie die der natürlichen Concentration. Statt sie zu fördern, legt sie die Produktionsentwicklung oft geradezu lahm. Hier hat Nossig völlig recht. Seine Darlegung der Wirkungen der Trusts etc. ist sehr interessant und ein wertvoller Beitrag zur Naturgeschichte dieser neuesten Concentrationserscheinungen, deren eingehendes Studium eine dringend notwendige Aufgabe für die socialistischen Wissenschaftler ist.

Alfred Nossig ist ein vielseitig belesener Schriftsteller. So sehr wir seine letzten allgemeinen Ideen über die ökonomische und politische Zukunftsgestaltung abweisen müssen, so wenig wollen wir den Wert des beigebrachten Materials verkennen. Diese Seite seiner Arbeit dürfte bei der Behandlung der Specialfragen in den weiteren Teilen seines Werkes noch mehr zur Geltung kommen, als in der systematischen Uebersicht des vorliegenden Buches. Man darf darum den folgenden Bänden mit Interesse entgegen sehen.

⁴⁾ Karl Marx: Das Capital, Bd. I, 4. Aufl., pag. 592.

Der Anteil der Gewerkschaftsbewegung an der materiellen Hebung der Arbeiterklasse.

Von
Robert Schmidt.
(Berlin.)

So vielgestaltig die Aufgaben der Gewerkschaften sind, immer wird das Streben nach Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vordergrund treten; denn die Interessengegensätze zwischen Capital und Arbeit werden den Kampf um die Höhe des Gewinnes auf der einen und den des Lohnes auf der anderen Seite nie zum Schweigen bringen. In der Höhe des Lohnes liegt für die Arbeiterklasse die Bestimmung ihrer Lebenshaltung, ihres culturellen Fortschritts; auch die Gewerkschaft gewinnt erst bei gut entlohten Arbeitern die Grundlage zur Erfüllung ihrer ideellen Aufgaben, zum Gedeihen des Unterstützungswesens. Der starke Anreiz für die Arbeiter, in dieser wirtschaftspolitischen Thätigkeit ihre Organisationen aufgehen zu lassen, sei es durch Einfluss auf die Gesetzgebung oder durch Selbsthilfe, findet eine sehr einfache Erklärung.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland konnte natürlich erst dann einen nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse gewinnen, als sie aus ihrer irrenden Vereinszersplitterung heraus, von den Drangsalierungen des Socialistengesetzes befreit, in gekläarter Anschauung einen bestimmten Weg in ihrer Entwicklung einschlagen konnte. Die Zeit der Irrungen und Verirrungen wird deshalb weniger fruchtbar für die Beantwortung des gestellten Themas sein, umso mehr aber wird die Periode von 1890 bis 1900 interessante Aufschlüsse geben. Jedoch wäre es unrecht, wollte man die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung vielleicht als gänzlich erfolglos in ihrer Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse bezeichnen. In den Zeiten guten Geschäftsganges gelang es den Gewerkschaften auch in ihrem ersten Entwicklungsstadium, durch schnell zusammengeraffte Arbeitermassen siegreiche Lohnbewegungen durchzuführen; aber bei den geringen Mitteln zur Unterstützung der Strikenden und der losen Organisation verschwanden die Erfolge des Lohnkampfes sehr bald, da der Widerstand gegen eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse mit der Beendigung der Lohnbewegung aufhörte. Die Tarifverträge, die eine Gleichmässigkeit der Löhne von längerer Dauer festlegen, waren doch erst möglich mit dem Erstarren der Gewerkschaftsbewegung.

Dabei würden die Bemühungen, aus der Zeit vor 1890 statistisches Material darüber zu erlangen, inwieweit die Gewerkschaften zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse beigetragen haben, erfolglos sein. Die Gewerkschaften selbst haben ihre Statistiken erst im Laufe des verflossenen Jahrzehnts gepflegt, und auch das amtliche Material, das in Verbindung mit der Versicherungsgesetzgebung geschaffen ist, reicht nicht weiter zurück.

Allerdings fällt in diese Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung, der für die Gewerkschaftsbewegung eine kräftige Anregung bot. Aber gerade hier muss die Gewerkschaft den Nachweis führen, wie weit sie im stande war, die Situation auszunützen.

Der günstige Einfluss der hochgehenden Conjunctur in den Jahren 1895 bis 1900 zeigt sich besonders in der Zunahme der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften. Im Jahre 1891 gab die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften auf 287 659 an; im Jahre 1899, der letzten Veröffentlichung, stieg die Zahl auf 596 419. Daneben

zählen die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900 162 000 und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine rund 90 000 Mitglieder.

Machen die Gewerkschaften auch weiterhin diese Fortschritte, dann wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die Zahl der organisierten Arbeiter in Deutschland eine Million erreicht. Nach der Berufszählung vom Jahre 1895 betrug die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 60 Jahren 5 621 841. Das sind die Industriearbeiter, die für die Gewerkschaftorganisation in Betracht kommen. Ihre Zahl ist in den folgenden Jahren nicht unbedeutend gestiegen und ergibt immer noch ein schlechtes procentuales Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern; aber es geht vorwärts, das bringt uns die wachsende Zahl der Organisierten zum Bewusstsein. Einige Gewerkschaften sind bereits weit vorausgeeilt: die Buchdrucker haben 64,2 % und die Bildhauer sogar 68,3 % ihrer Berufsangehörigen organisiert.

In demselben Verhältnis, wie die Mitgliederzahl wuchs, steigerten sich die Erfolge der Lohnkämpfe. Die höhere Beitragsleistung gesattete die Unterstützungssätze zu erhöhen. So lässt sich hoffen, dass auch während der Krise nicht wieder eine grosse Fahnenflucht der Mitglieder eintritt, wie es in den Jahren 1891 bis 1894 geschah, sondern dass die Gewerkschaften in der Lage sein werden, die Wirkungen eines wirtschaftlichen Niederganges auf die Arbeiterklasse abzuschwächen.

Die Aufwärtsbewegung in Handel und Verkehr in den Jahren 1895 bis 1900 hatte nicht nur durch die günstige Entwicklung der Gewerkschaften die Machtmittel im Lohnkampf der Arbeiter gestärkt, sondern auch auf einen Ausgleich in den Lohnverhältnissen hingewirkt, und zwar geschah das durch die Verschiebung grosser Arbeitermassen.

Der Zug vom Lande in die Industriezentren war in mächtigem Anschwellen begriffen, der höhere Lohn in der Industrie lockte zum Aerger der ländlichen Grundbesitzer die Arbeitermassen in die Fabriken. Besonders der Osten mit seinen elenden Arbeitsverhältnissen bot fortgesetzt ein reiches Rekrutierungsfeld für den Bedarf der Industrie. Und so sehr die ostelbischen Junker über den Zuzug nach der Stadt fluchen und mit Ingrimme ihre besten Arbeitskräfte auswandern sehen, — es giebt kein anderes Mittel für sie, diesen „Notstand“ zu beseitigen, als den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen und ihnen bessere Behandlung angedeihen zu lassen. Ganz hat man sich dieser Einsicht auch in der Landwirtschaft nicht verschliessen können, aber man sträubt sich dagegen, nach dieser Richtung hin die Lösung zu suchen. Die Unterdrückung der Freizügigkeit erscheint den Agrariern noch immer als die einzige Lösung der ländlichen Arbeiterfrage.

Was würde es aber den Junkern nützen, wenn sie wirklich die Beschränkung der Freizügigkeit und die Bestrafung des Contractbruches durchsetzten? Sie vereiteln dann dem ländlichen Arbeiter nur noch mehr seine sociale Stellung und rufen das Verlangen, diesen Verhältnissen zu entfliehen, um so reger wach. Schliesslich werden die Zustände selbst für die Galizier und russischen Polen unerträglich, und die agrarische Borniertheit verschliesst sich auch diese Hilfsquelle des Arbeiterzustroms. Schon heute zeigt sich bei diesen Arbeiterschichten auf den deutschen Gütern so viel Unzufriedenheit, dass nicht viel fehlt, um ihnen das Hinüberkommen nach Deutschland gänzlich zu verleiden.

Dieses Wegziehen der Arbeitermassen aus Gegenden mit niederen Löhnen und schlechten Arbeitsverhältnissen in Districte mit besseren Erwerbsverhältnissen musste demnach trotz allen Sträubens die Löhne der Landarbeiter günstig beeinflussen. Wollten die Interessenten der Landwirtschaft sich nicht gänzlich

die Möglichkeit nehmen, leistungsfähige, geschickte einheimische Arbeiter in ihren Diensten zu behalten, so mussten sie Lohnerhöhungen eintreten lassen, die Gegensätze zu den Arbeitsverhältnissen in der Industrie verringern. Aber diese Gegensätze sind immer noch so gross, dass die ländliche Arbeiterklasse eine starke Neigung zur Abwanderung behält.

Dieselben Gegensätze haben auch in den rückständigen Industriebezirken Lohnerhöhungen zur Folge gehabt. Die schlesischen Bergwerksbesitzer und Eisenindustriellen, die in diesem Industriezweige die niedrigsten Löhne zahlen, sahen plötzlich ihre Arbeiter von Agenten für die Hütten- und Bergwerksbetriebe in Rheinland und Westfalen angeworben. Die Folge war, dass sie, um einen befähigten Arbeiterstamm zu erhalten, kleine Lohnaufbesserungen eintreten lassen mussten. Dasselbe wiederholte sich in anderen Industrien. Allerdings kann die geschilderte Wirkung nur dann eintreten, wenn ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

Trotz des Heranziehens dieser Arbeitermassen hat die Industrie ihren Bedarf im Inland nicht voll gedeckt, vielmehr gleichfalls zur Anwerbung anspruchloser ausländischer Arbeiter gegriffen. Besonders im Bergbau und in der Eisenindustrie ist der Zuzug polnischer und czechischer Arbeiter übermässig gestiegen.

Der Knappschaftsverein in Essen giebt in seinem Bericht für das Jahr 1898 an, dass im Ruhrrevier 25 % der Bergleute fremdsprachigen Ursprungs seien. Einen ungefähren Anhalt für die gesteigerte Inanspruchnahme der Arbeiter in der Industrie giebt die Mitgliederzahl der Krankencassen: Die Zahl der Versicherten ist im Jahre 1894 mit 7 282 609 angegeben, sie stieg im Jahre 1899 auf 8 770 057, das bedeutet eine Zunahme von 1 487 448. In dieser Zahl sind die Hausgewerbetreibenden nur zum Teil enthalten, daneben ist zu beachten, dass eine Anzahl doppelt Versicherter wiederkehrt. Immerhin wird der Kreis der Versicherungspflichtigen seit 1894 ziemlich derselbe geblieben sein, und insofern geben die Zahlen Aufschluss über eine kolossale Steigerung der Arbeiterzahl in der Industrie. Tritt nun der Rückschlag in der Industrie ein, dann ist das Zurückfluten der Arbeitermassen weit schwieriger. Der Capitalismus entledigt sich mit rücksichtsloser Härte der überflüssigen Arbeitermassen, die er seiner Zeit mit allen Mitteln herbeigezogen hatte. Die aus dem Auslande Herbeigezerrten fallen dann auf einmal „lästig“, wie der polizeitechnische Ausdruck lautet, und werden über die Grenze geschoben.

Für die Gewerkschaften ist es nicht bedeutungslos, wie der Mehrbedarf auf dem Arbeitsmarkt gedeckt wird. Vor allem macht sich mit Recht ein starker Widerwillen dagegen geltend, dass die Unternehmer vom Ausland billige und fügsame Arbeitskräfte heranziehen. Aber selbst im Inland giebt es Districte, in denen die Unternehmer auf eine von der Arbeiterbewegung fast völlig unberührte und schwer zugängliche Arbeiterschicht zurückgreifen können, wenn grösserer Bedarf an Arbeitskräften sich einstellt. Man spielt die „Genügsamen“ gegen die „Begehrlichen“ aus. Dieser Trick gelingt nur zu gut. Unsere Bergarbeiterbewegung, die so schon mit einer rückständigen Arbeiterbevölkerung zu rechnen hat, wird fortgesetzt auf das Schwerste gehemmt durch den Zufluss von Leuten, die der Gewerkschaft geradezu feindlich gegenüberstehen, deren Bedürfnislosigkeit vom Standpunct der Arbeiterbewegung als keine empfehlenswerte Eigenschaft betrachtet werden kann. Für diesen Zustrom aus Gegenden mit zurückgebliebener Arbeiterbevölkerung bedeutet das neue Arbeitsverhältnis eine Besserung der Lebensverhältnisse, aber für die ansässigen Arbeiter bildet es zugleich ein Hemmnis in ihrem Fortschritt.

*

*

*

Um nun zu untersuchen, wie gross der Nutzen der Lohnkämpfe für die Arbeiterklasse ist, kann man auf eine sehr reichhaltige Statistik der einzelnen Berufsorganisationen zurückgreifen und aus der Bearbeitung derselben, die die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands jährlich herausgibt, eine Gesamtübersicht gewinnen. Aus der letzten Publication sei folgendes wiedergegeben:

Zahl, Umfang, Dauer, Kosten und Resultate der Strikes von 1890 bis 1899.

Jahr	Anzahl d. Gewerbe, in d. Strikes vorkamen	Anzahl der Strikes	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Strikes in Wochen	Gesamt- ausgabe Mk.	Zahl d. Strikes, üb. d. Ausg. bericht. wurde	Resultate dieser Strikes							
							Anzahl				In Procenten			
							Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos	Erfolg unbekannt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos	Erfolg unbekannt
1890—91	27	226	38536	1348	2094922	226	67	89	55	15	29,7	39,4	24,3	6,6
1892	21	73	3022	507	84638	73	25	15	32	1	34,2	20,5	43,9	1,4
1893	26	116	9356	568	172001	116	51	25	38	2	44,0	21,6	32,7	1,7
1894	27	131	7328	879	354297	129	36	37	51	5	27,8	28,7	39,5	4,0
1895	29	204	14032	1030	424231	194	87	30	75	2	45,0	15,4	38,6	1,0
1896	40	483	128808	1923	3042950	483	232	122	106	23	48,0	25,3	21,9	4,8
1897	37	578	63119	1921	1257298	578	272	146	154	6	47,1	25,3	26,6	1,0
1898	44	985	60162	4848	1345302	763	413	165	169	16	54,1	21,7	22,1	2,1
1899	40	976	100779	3976	2627119	976	524	205	213	34	53,7	21,0	21,8	3,5
Summa	3772	425142	17000	11402758	3538	1707	834	893	104	48,2	23,6	25,2	3,0	

Bemerkst sei, dass in den Angaben für das letzte Jahr die Tapezierer und die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) fehlen.

Die statistischen Angaben der Generalcommission sind leider nicht vollständig, sie geben uns keine erschöpfende Auskunft über den Verlauf der Strikes. Die Einteilung und die Berechnung der erfolglosen und erfolgreichen Strikes musste nach der Zahl der an einem Strike beteiligten Arbeiter geschehen, die Gegenüberstellung nach der Zahl der Strikes kann irreführen. Besser wäre es, wenn, wie in der englischen Statistik, nachgewiesen werden könnte, welchen Einfluss die Strikes oder die Gewerkschaften überhaupt auf die Lohnsätze ausübten. Es ist wiederholt, und auch gerade in diesen Blättern, der Wunsch nach einer grösseren Würdigung der Statistik von seiten unserer Gewerkschaften ausgesprochen worden. Viele Organisationen behandeln die Anfertigung ihrer Aufzeichnungen immer noch mit zu grosser Nonchalance. In dieser Hinsicht sollten die deutschen Gewerkschaften von den Erfahrungen der englischen lernen. Auch die Trade-Unions haben in ihren Anfängen wenig Wert auf genaue Aufzeichnungen gelegt. Später erst haben sie eingesehen, von welcher Wichtigkeit für den wirtschaftlichen Kampf die Statistik ist. Heute kann über ihren Nutzen eigentlich nicht mehr debattiert werden. Es ist auch anzuerkennen, dass in unseren Gewerkschaften das Bedürfnis nach ihr ein weit grösseres ist, als in früheren Jahren. Aber es fehlt vielfach an der richtigen Kenntnis der Technik einer Statistik, sowie auch an der richtigen Scheidung zwischen Wesentlichem und weniger Wesentlichem. Jedenfalls ist hier ein Mehr immer noch besser als ein Weniger. Die Gewerkschaften müssen sich bemühen, ihre statistischen Aufzeichnungen zu ergänzen, damit die Generalcommission in der Lage ist, Besseres zu liefern. Giebt uns nun auch die Statistik nicht zahlenmässig an, wie gross die Vorteile der Arbeiter in ihren Lohnkämpfen waren, so dürfen wir doch die Schlussfolgerung ziehen, dass in sehr erheblichem Umfange Lohnaufbesserungen eingetreten sind. In der Statistik ist aber die grosse Zahl der Vereinbarungen nicht enthalten, die durch Vermittelung des Gewerbe-

gerichts oder auch durch die Gewerkschaft ohne Strikes ihre Erledigung fanden und eine Lohnerhöhung zur Folge hatten.

Interessantes statistisches Material giebt uns die englische Gewerkschaftsbewegung. In den letzten 8 Jahren stellten sich dort die Erfolge der Lohnkämpfe nach der Labour Gazette wie folgt:

Jahr	Arbeiter, welche von Lohnschwankungen betroffen wurden		Reinergebnis auf den Wochenlohn der von Schwankungen Betroffenen. Erhöhung (+), Verringerung (-)	
	Anzahl (einzelne Personen)	Annähernder Procentsatz der Gesamtzahl der Beschäftigten	Gesamtbetrag Mk.	Durchschnittlich auf jede Person der Betroffenen Mk.
1893	549 977	7,0	+ 248 520	+ 0,45
1894	670 386	8,5	- 901 820	- 1,35
1895	436 718	5,6	- 564 220	- 1,29
1896	607 654	7,7	+ 531 840	+ 0,88
1897	597 444	7,6	+ 630 140	+ 1,02
1898	1 015 169	12,9	+ 1 616 300	+ 1,58
1899	1 175 576	14,9	+ 1 818 100	+ 1,54
1900	1 088 300	13,8	+ 4 064 800	+ 3,72

Hier ist der erlangte Nutzen ziffernmässig erbracht, das Ergebnis ist für die Gewerkschaftsbewegung ein geradezu glänzendes.

Nicht minder beachtenswert sind die Statistiken der einzelnen Gewerkschaften in Deutschland. Obwohl die Erhebungen sich nur auf einen bestimmten Kreis der Berufsangehörigen erstrecken, verlieren sie damit nicht ihre Bedeutung. Alle Gewerkschaften mit ihren Lohnstatistiken aufzuzählen, würde zu weit führen, es mögen einige der grösseren genügen.

Beginnen wir mit den Buchdruckern, die von den grösseren Berufen procentual die Höchstzahl der Organisierten stellen. Ihr Tarif, der im Jahre 1896 mit den Principalen abgeschlossen wurde, brachte die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ auf 9 Stunden. Der Minimalwochenlohn wurde von 20,50 auf 21 Mk. erhöht, ebenso wurde eine entsprechende Zulage für Accordarbeit erzielt und der Tausendpreis gegen früher um 2 Pfg. erhöht.

Wichtiger jedoch für die Beurteilung der Lage der Arbeiter dieses Berufs ist die sehr starke Zunahme in der Einführung des Tarifs. Der Tarif wurde anerkannt:

im September	1896	von	895	Firmen	an	265	Orten
"	Mai	1897	"	1631	"	"	469 "
"	"	1898	"	2030	"	"	647 "
"	"	1899	"	2704	"	"	880 "
"	"	1900	"	3115	"	"	1002 "

Aehnlich den Buchdruckern, nur nicht in gleichem Umfange, haben auch die Buchbinder im Jahre 1900 einen Tarif mit ihren Principalen abgeschlossen. Der Tarif gilt vom 15. November 1900 und läuft am 31. August 1903 ab. Vorläufig erstreckt er sich auf die Orte Berlin, Leipzig und Stuttgart, die Hauptsitze dieses Berufes. Er legt eine 9 stündige Arbeitszeit fest. Der Minimalwochenlohn für Gehilfen wurde von 21 Mk. auf 24,30 Mk. und der der Arbeiterinnen von 13,50 Mk. auf 14,58 Mk. erhöht. (Die Bruchteile ergeben sich aus der Berechnung des Stundenlohnes.) Daneben hat in sehr umfangreicher Weise, bis ins einzelne ausgearbeitet, der Accordlohn eine Festsetzung erfahren, der je nach den vorher bezahlten Preisen in den einzelnen Fabriken eine entsprechende Erhöhung erfuhr. Für die ungeübten Arbeiterinnen wurde

bestimmt, dass sie bereits im ersten Jahr mindestens 17 Pfg.-Stundenlohn erhalten müssen. Von da an steigt der Lohn in den nächsten drei Monaten auf 20 Pfg., dann in den folgenden auf 22 Pfg., um nach einem Jahr das vereinbarte Minimum von 27 Pfg. zu erreichen.

Für diese beiden Organisationen, die Buchdrucker und Buchbinder, bietet der Tarif die sicherste Grundlage der Lohnvergleiche. Zu beachten ist dabei nur, dass die wirklich verdiente Lohnsumme hierbei nicht genannt ist, denn es ist sicher, dass bei der Accorarbeit in Zeiten eines regelmässigen Geschäftsganges bedeutend mehr verdient wird als in Zeiten der Geschäftsstockungen, wo in den Betrieben nicht genügende Aufträge einlaufen. Die Arbeiter müssen dann stunden- und oft tagelang feiern, ohne Entschädigung zu bekommen.

Der deutsche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1897 eine Statistik aufgenommen, die im Vergleich mit den im Jahre 1893 erfolgten Erhebungen allgemein einen Mehrverdienst der Arbeiter constatirt. In dem Bericht über diese Statistik heisst es:

„Die Angaben über den Arbeitslohn lieferten folgendes Resultat. Der durchschnittliche Wochenverdienst des männlichen Arbeiters beträgt 19,96 Mk., nach dem Familienstand getrennt: für den Verheirateten 21,08 Mk. und für den Ledigen 18,35 Mk., und zwar konnten für diese Feststellungen die Angaben von 36 004 Arbeitern verwendet werden.

Im Jahre 1893 betrug der Gesamtdurchschnittsverdienst 18,69 Mk., getrennt: für Verheiratete 19,69 Mk., für Ledige 17,20 Mk. Es ist somit in diesen vier Jahren eine Erhöhung des Durchschnittslohnes um 1,27 Mk. wöchentlich für den einzelnen eingetreten — ein weiteres Zeugnis von dem nützlichen Wirken unserer Organisation, die es den Collegen ermöglichte, auch für sich einen bescheidenen pecuniären Vorteil aus dem industriellen Aufschwung zu erlangen!

In den einzelnen Berufen stellt sich der durchschnittliche Wochenverdienst wie folgt:

	1897	1893		1897	1893
	Mk.			Mk.	
Bürstenmacher	17,63	15,78	Tischler	20,36	18,98
Drechsler	18,80	16,77	Diverse	20,03	—
Korbmacher	17,54	—	Hilfsarbeiter	17,02	—
Stellmacher	19,69	18,43			

Das Einkommen des verheirateten Arbeiters übersteigt in allen Berufen dasjenige des ledigen, bei den Drechslern um 9%, Korbmachern und Stellmachern je um 10%, Tischlern und Diversen je um 15%, bei den Hilfsarbeitern um 16% und den Bürstenmachern sogar um 19%, bei den männlichen Arbeitern insgesamt um 15%.

Die Arbeiterinnen verzeichnen einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 8,38 Mk. gegen 7,40 Mk. im Jahre 1893, also ein Mehr von 98 Pfg. gleich 13%, gegen nur ca. 7% Steigerung bei den männlichen Arbeitern. Der Verdienst der verheirateten Arbeiterin übersteigt den der ledigen um 22%.“

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in den einzelnen Berufen der Holzbranche ergab folgende Zusammenstellung.

Es arbeiteten: Stunden pro Woche:

	1897	1893
Bürstenmacher	59,8	62,1
Drechsler	59,3	62,5
Stellmacher	61,4	63,1
Tischler	59,1	61,4

Eine vortreffliche Statistik hat der Verband der Maurer im Jahre 1898 aufgenommen. Sie besitzt deshalb so grossen Wert, weil die Umfrage sich auf 61,6% der in der amtlichen Gewerbezahlung ermittelten Maurer (Poliere, Gesellen und Lehrlinge) erstreckte. Dieser Procentsatz muss für eine private Statistik als ein sehr hoher bezeichnet werden. Zudem ist die Ermittlung der Löhne bei den Maurern sicherer, als in anderen Berufen, weil hier immer mehr die Lohnarbeit eingeführt wird und somit der Stundenlohn all-

gemeiner bekannt ist. Die Statistik vergleicht die Jahre 1898, 1895, 1890 und 1885 mit einander. Durchschnittszahlen für den ganzen Beruf sind nicht berechnet, es sind nur die Ergebnisse aus 673 Orten tabellarisch geordnet. Sie alle hier zu wiederholen, wäre unmöglich; es seien deshalb nur aus einigen Grossstädten die Angaben über den Lohn und die Arbeitszeit wiedergegeben.

O r t	1898		1895		1890		1885	
	Durchschnittl. Stdn.-lohn in Pfg.	Arbeitszeit in Stdn.	Durchschnittl. Stdn.-lohn in Pfg.	Arbeitszeit in Stdn.	Durchschnittl. Stdn.-lohn in Pfg.	Arbeitszeit in Stdn.	Durchschnittl. Stdn.-lohn in Pfg.	Arbeitszeit in Stdn.
Augsburg	37	10	37	10	41	10	29	10
Barmen	40	10 ¹ / ₂	36	10 ¹ / ₂	34	10 ¹ / ₂	30	11
Berlin und Vororte	59 ¹ / ₂	9	52 ¹ / ₂	10	55	9—10	47 ¹ / ₂	10
Braunschweig	42 ¹ / ₂	10	41	10	42	10	32	10
Bremen	50	10	48	10	50	10	33	10 ¹ / ₂
Breslau	40 ¹ / ₂	10 ¹ / ₂	34	11	35	11	29	12—13
Cöln	41	10 ¹ / ₂	38	10 ¹ / ₂	40	10 ¹ / ₂	36	10 ¹ / ₂
Dortmund	42	10 ¹ / ₂	37	10 ¹ / ₂	40	10 ¹ / ₂	34	11
Dresden	45	11	36	11	40	11	31	11
Düsseldorf	45	10	40	10 ¹ / ₂	40	10 ¹ / ₂	38	10 ¹ / ₂
Elberfeld	40	10 ¹ / ₂	?	?	38	10 ¹ / ₂	?	?
Frankfurt a. M.	45	10	37	11	37	11	30	11
Frankfurt a. O.	40	10	32 ¹ / ₂	10	35 ¹ / ₂	10	22	10
Gera	34	10 ¹ / ₂	29	11	31	11	24	11
Gotha	32 ¹ / ₂	10	28	10	28	10	23	10
Halle	42	10	38	10	40	10	30	10
Hamburg	60	10	60	10	60	10	50	10
Hannover	44 ¹ / ₂	10	41	10	45	10	28	10 ¹ / ₂
Karlsruhe	35	11	33	11	29	11	29	11
Kiel	52	9 ¹ / ₂	50	10	50	10	38	10
Königsberg i. Pr.	43	10	40	10	35	11	31	11
Leipzig	52 ¹ / ₂	9 ¹ / ₂	42	10	45	10	35	10
Magdeburg	43	10	34	10	37	10	34	10
Mannheim	43	10	35	10—10 ¹ / ₂	32	10 ¹ / ₂ —11	29	11
München	49 ¹ / ₂	10	47	10	45	10	50	10
Nürnberg	44 ¹ / ₂	10	38	10	36	10	27	10
Potsdam	43	10	38	10	45	10	30	10
Rostock	42	10	42	10	42	10	35	10
Stettin	47 ¹ / ₂	10	35	10	45	10	30	10
Strassburg i. Els.	37	10 ¹ / ₂	34	11	31	11	28	11
Stuttgart	40 ¹ / ₂	10	35	11	35	11	35	11

Die Statistik documentiert recht deutlich eine Besserung in den Erwerbsverhältnissen der Maurer, sie zeigt aber auch andererseits den starken Zusammenhang der Lohnfrage mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. So weisen die Löhne vom Jahre 1895 vielfach einen tieferen Stand auf, als die vom Jahre 1890. Man wird sich diese Erscheinung nur damit erklären können, dass in der Periode des wirtschaftlichen Niederganges von 1890—94 die Löhne gedrückt wurden und 1895 noch die niederen Löhne trotz der besseren Geschäftsconjunctur wiederkehrten, weil die Arbeiter in ihren Organisationen noch nicht den nötigen Vorstoss wagen konnten.

Eine gute Uebersicht der Lohnverhältnisse steht uns von den Zimmerern zur Verfügung. In dem Bericht des Vorstandes über die Lohnbewegung in den Jahren 1897 und 1898 auf der Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer, abgehalten am 22. bis 25. März 1899 in Berlin, sind die Erfolge der Lohnbewegungen in den einzelnen Städten zusammen-

gestellt. Danach wurde im Jahre 1897 in 140 Orten eine Lohnzulage erreicht, die zwischen 1 Pfg. und 8 Pfg. pro Stunde schwankt, und in 30 Orten erlangte man eine Herabsetzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ bis 1 Stunde. 1898 brachte die Lohnbewegung in 215 Städten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 bis 7 Pfg. und in 58 Städten wurde eine Verminderung der täglichen Arbeitszeit um $\frac{1}{4}$ bis 1 Stunde erzielt. In dem Bericht für die Generalversammlung in Nürnberg im März 1901 ist in der Uebersicht der Lohnbewegungen der Jahre 1899 und 1900 constatirt, dass eine Verbesserung der Löhne oder eine Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1899 in 248 Zahlstellen eingetreten ist, während 1900 von 276 Zahlstellen derartige Erfolge mitgeteilt werden.

Die Berliner Arbeiterschaft, die in den letzten Jahren ganz erfreuliche Fortschritte in ihren Gewerkschaftsorganisationen machte, hat eine ganze Anzahl günstig verlaufener Lohnbewegungen durchgeführt, deren Bedeutung für die Lage der Arbeiter nicht zu unterschätzen sind. Die folgende Zusammenstellung ist den Berichten der Gewerkschaftscommission entnommen:

Maurer. Im Jahre 1894 bestand ein Stundenlohn von 50 Pfg. 1895 wurde die 9stündige Arbeitszeit und $52\frac{1}{2}$ Pfg. Stundenlohn erreicht. 1896 Abschaffung der Accordarbeit und 55 Pfg. Stundenlohn. 1897 und 1898 stieg der Lohn auf 60 Pfg., 1900 auf $62\frac{1}{2}$, später 65 Pfg., die durch Vereinbarung vor dem Gewerbegericht im Jahre 1901 aufs neue bis zum 31. März 1902 festgelegt wurden.

Die Zimmerer haben genau dieselbe Lohnbewegung mitgemacht.

Sodann wurde von der Gewerkschaft ein Tarif der Putzer ausgearbeitet und den Bauhilfsarbeitern gleichfalls entsprechende Lohnerhöhungen zugestanden. Daneben sind eine Reihe wichtiger Abmachungen von grosser Bedeutung, so die Errichtung von Aborten, heizbaren Baubuden u. s. w.

Die Dachdecker erreichten im Jahre 1899 die 9stündige Arbeitszeit und einen Lohnzuschlag von 5 Pfg. pro Stunde.

Die Klempner setzten im Jahre 1896 die 9stündige Arbeitszeit und 45 Pfg. Stundenlohn durch.

Die Stuccateure führten im Jahre 1896 für die auf Bauten Beschäftigten einen Minimallohn von 7 Mk. pro Tag, für Werkstattarbeiter und Zieher 5 Mk., für Former 4,50 Mk. und für Giesser 4 Mk. ein. Die Arbeitszeit betrug 9 Stunden.

Die Gipsbildhauer erreichten 1896 die $8\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit, 27 Mk. Minimalwochenlohn, 7 Mk. Mindestverdienst für Antragearbeiten des Stucks, ferner einen Minimallohn von 30 Mk. für Ziehen und Zusammensetzen.

Die Steinarbeiter hatten 1899 die Herabsetzung der $8\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit auf 8 Stunden, 70 Pfg. Stundenlohn und Erhöhung des Accordtarifs durchgesetzt.

Die Maler haben 1896 die 9stündige Arbeitszeit und die Einführung eines Tarifes errungen, der einen 53 Pfg.-Stundenlohn festlegt.

In der Holzindustrie sind es zunächst die Tischler, die 1896 die Arbeitszeit auf 52 Stunden die Woche herabsetzen und die Minimalabschlagszahlung von 18 Mk. auf 21 Mk. erhöhten. 1900 wurde der Minimallohn auf 24 Mk. heraufgesetzt. Daneben sind ein Steigen der Accordpreise und einige andere Verbesserungen zu verzeichnen.

Die Möbelpolierer setzten 1896 die 9stündige Arbeitszeit und 27 Mk. Minimallohn durch.

Den Arbeitern an Holzbearbeitungsmaschinen gelang es, die 9stündige Arbeitszeit im Jahre 1896 mit einem Aufschlag von 10 Pfg. für Ueberstunden einzuführen.

Die Holzbildhauer verkürzten die wöchentliche Arbeitszeit auf 51 Stunden im Jahre 1896 und erzielten einen Minimallohn von 21 Mk. 1899 wurde von einem Teil derselben eine 10procentige Lohnerhöhung und ein Minimallohn von 24 Mk. durchgesetzt

Die Böttcher führten die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf $9\frac{1}{2}$ Stunden und die Erhöhung des Wochenlohnes von 27 Mk. auf 30 Mk. herbei.

Von den übrigen Berufen erreichten:

die Mechaniker 1896 die 9stündige Arbeitszeit und 24 Mk. Minimallohn;

die Lackierer 1896 die 9stündige Arbeitszeit und 24 Mk. Minimallohn;

die Schuhmacher (mechanische Fabriken) 1896 die 9stündige Arbeitszeit und procentuale Lohnerhöhung;

die Buchbinder 1896 die 9stündige Arbeitszeit und 21 Mk. Minimallohn, für weibliche Arbeiterinnen 13,50 Mk. Minimallohn und Erhöhung der Accordsätze. 1900 durch den Tarif 24,30 Mk. Minimallohn für männliche Arbeiter und 14,58 Mk. Minimallohn für Arbeiterinnen.

Die Steinsetzer verminderten 1899 die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und erhöhten den Stundenlohn um 5 Pfg.; für Rammer und Hilfsarbeiter erfolgten Lohnzuschläge von $12\frac{1}{2}\%$ bis 15% . 1900 stieg der Stundenlohn auf 65 bis 70 Pfg., teilweise sogar auf 75 bis 80 Pfg.

Die Bäcker vereinbarten im Jahre 1900 vor dem Gewerbegericht, dass mit dem 1. Juli 1900 nachstehender Vergleich in Kraft treten sollte:

„1. In Betrieben mit 3 bis 4 Gesellen werden dem Werkmeister, in Betrieben mit 5 und mehr Gesellen werden dem Werkmeister und den Knetern Wohnung und Mittagessen im Hause des Meisters vom 1. Juli 1900 ab nicht mehr gewährt. Als Ersatz für den Fortfall dieser bisherigen Leistungen der Meister wird den genannten Arbeitnehmern ein Zuschlag von 6 Mk. pro Woche auf den Lohn gezahlt. Alle übrigen Mahlzeiten werden den Arbeitnehmern wie bisher von den Meistern geliefert.

2. Durchschnittlich betragen die Löhne für die Gesellen mit Ausnahme derer der Werkmeister und Knetter pro Woche 10 Mk. (ausschliesslich Kost und Logis). Für Werkmeister und Knetter sind entsprechend höhere Löhne zu zahlen.

3. Bestehende Arbeitsverträge, welche den Arbeitnehmern höhere Löhne als vorstehend zusichern und nach welchen Kost und Logis von den Meistern nicht zu entnehmen sind, werden durch die Bestimmungen zu 1 und 2 nicht berührt.

4. Ueberstunden, welche in der Woche vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten, sowie an diesen Feiertagen selbst geleistet werden, sind den Werkmeistern mit je 50 Pfg., den Knetern mit je 40 Pfg., den übrigen Gesellen mit je 35 Pfg. zu vergüten. Ueberstunden, welche in der übrigen Zeit des Jahres behufs Bewältigung etwaiger Mehrarbeit notwendig werden, sind gleichfalls nach den vorstehenden Lohnsätzen zu vergüten. Das Backgeld fällt in Zukunft dem Meister zu.

5. Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist jedem Gesellen je eine freie Nacht zu gewähren.

6. Darüber, ob die unter 1 nicht benannten Gesellen noch fernerhin in Kost und Logis beim Meister bleiben sollen, sind sofort seitens der beiden Innungen mit den entsprechenden Gesellenausschüssen gemeinschaftliche Erhebungen anzustellen und über die Zweckmässigkeit und Unzweckmässigkeit der bisherigen Einrichtungen — ob bezw. inwieweit das Kost- und Logiswesen beizubehalten — Beschluss zu fassen. Ferner sind durch die Innungen samt den Gesellenausschüssen Ermittlungen über den bisherigen Arbeitsnachweis und über die bezüglich desselben eingegangenen Beschwerden anzustellen, sowie über die eventuell zweckentsprechende Umgestaltung des Arbeitsnachweises zu beschliessen. — Zu diesen gemeinschaftlichen Sitzungen sind drei bei nicht den beiden Innungen angehörigen Meistern in Arbeit stehende Gesellen mit Sitz und Stimme zuzuziehen.

7. Massregelungen wegen der Lohnbewegung der Bäckereiarbeiter dürfen nicht stattfinden.“

Die Brauer vereinbarten im Jahre 1900 vor dem Gewerbegericht die 10stündige Arbeitszeit, einen Minimalwochenlohn von 30 Mk., zuzüglich 2 Mk. Wohnungsentschädigung.

Die Herrenmassschneider führten 1900 einen Tarif ein, der eine 10- bis 25procentige Lohnerhöhung enthielt.

Die Tapezierer schlossen 1900 einen Vergleich ab, nach welchem der Stundenlohn von 50 auf 60 Pfg. erhöht wurde.

Die Erfolge, die grössere und kleinere Werkstattstrikes und kleinere Berufsgruppen hatten, sind hier nicht aufgezählt, zum Teil auch von den Berichten nicht erwähnt. Hunderte von gütlichen Vergleichen, freiwilligen Lohnerhöhungen scheiden natürlich gänzlich aus.

Das Hamburger Gewerkschaftscartell veröffentlicht in seinem Bericht für das Geschäftsjahr 1900 die Ergebnisse einer Umfrage und stellt in demselben fest, in welchem Verhältnis die Löhne gegenwärtig im Vergleich zu den im Jahre 1890 gezahlten stehen. Die Aufgabe war eine für die Gewerkschaftsbewegung sehr verdienstvolle und konnte in so umfassender Weise gelöst werden, weil Hamburg in der Gewerkschaftsorganisation immer mit an der Spitze gestanden hat. Die meisten Gewerkschaften haben die an sie gerichteten Fragen beantworten können, und es ergaben sich im Jahre 1900 gegen 1890 folgende Lohnerhöhungen in den einzelnen Berufen:

Lohnerhöhungen in der Hamburger Industrie:

Barbiere	+ 2 M. p. Woche,	Lederarbeiter . . .	+ 3 M. p. Woche,
Bauarbeiter . . .	+ 0,15—0,20 " " Stunde,	Maler	+ 3—4 " " "
Bäcker	+ 3 " " Woche,	Marmorarbeiter .	+ 3 " " "
Bildhauer	+ 8—10 ⁰ / ₀ ,	Maurer	+ 0,05 " " Stunde,
Binnenschiffer . .	+ 15 " " Monat,	Sattler	+ 15 ⁰ / ₀ ,
Böttcher	+ 3 " " Woche,	Schauerleute . . .	+ 7 ⁰ / ₀ ,
Brauer	+ 5 " " "	Schiffsmaler . . .	+ 0,10—0,40 " " Tag,
Buchdrucker . . .	+ 2 " " "	Schiffsreiniger . .	+ 0,75 " " "
Buchbinder	+ 6 " " "	Schiffszimmerer .	+ 0,02 " " Stunde
Dachdecker	+ 0,05 " " Stunde,	Schmiede	+ 2 " " Woche
Eisenbahner	+ 0,20 " " Tag,	Schneider	+ 15 ⁰ / ₀ ,
Gemeindearbeiter	+ 0,15—0,20 " " "	Schuhmacher . . .	+ 6—8 ⁰ / ₀ ,
Getreidearbeiter .	+ 1,80—3,90 " " Woche,	Segelmacher . . .	+ 0,20 " " Tag,
Glaser	+ 3 " " "	Speicherarbeiter .	+ 0,40 " " "
Kesselreiniger . .	+ 0,20—0,25 " " Tag,	Steinsetzer	+ 0,13 " " Stunde,
Kütscher	+ 1,50—4,50 " " Woche,	Tapezierer	+ 2 " " Woche,
Kürschner	+ 10 ⁰ / ₀ ,	Textilarbeiter . .	+ 2—3 " " "
Lackierer	+ 3 " " "	Vergolder	+ 10 ⁰ / ₀ .

Die noch fehlenden Berufe konnten keine bestimmten Angaben machen; ein Herabgehen des Lohns ist nirgends gemeldet. Hinzugefügt sei noch, dass von 93 aufgeführten Berufen in 26 Tarifgemeinschaften bestehen.

An amtlichem Material ist zunächst die Statistik über die Löhne im preussischen Bergbau zu erwähnen:

Der Durchschnittslohn für Bergleute betrug	im Jahre 1895	im Jahre 1900	Zunahme
	Mk.	Mk.	Mk.
Oberschlesien	675	877	202
Niederschlesien	697	910	213
Ruhrgebiet	968	1 332	364
Saarbecken	929	1 044	115
Wurmbecken	868	1 194	326
Halle (Braunkohlen)	749	931	182
Halle (Salzberg)	988	1 142	154
Mansfeld	785	1 013	228
Oberharz	603	665	62
Siegen (Nassau)	620	996	376
Rechtsrheinisch (Erzbergbau)	643	870	227
Linksrheinisch (Erzbergbau)	616	728	112

Schliesslich beansprucht auch die Statistik der Berufsgenossenschaften bei dieser Untersuchung Beachtung. Wenn auch die er gewonnenen Zahlen nicht die wirkliche Lohnsumme genau wiedergeben, so können sie dennoch zum Vergleich gegen einander benutzt werden. In der Statistik der Berufsgenossenschaften werden die Löhne der jugendlichen

Arbeiter nicht in ihrer wirklichen Höhe in Anrechnung gebracht, sondern für alle diese Arbeiter gilt der ortsübliche Tagelohn erwachsener Arbeiter. Ferner wird bei allen Arbeitern, die über 4 Mark pro Tag verdienen, die darüber hinaus-schiessende Lohnsumme nur mit einem Drittel in Ansatz gebracht. Während also hier der wirklich gezahlte Lohn niedriger in Ansatz kommt, wird er bei den jugendlichen Arbeitern vielfach höher erscheinen, da gewiss viele derselben den ortsüblichen Tagelohn Erwachsener nicht erreichen. Wie gross diese Differenzen sind, ist schwer zu sagen, es kommt aber bei unserer Betrachtung mehr darauf an, zu zeigen, in welchem Verhältnis die Löhne gestiegen sind.

Ergebnisse der gewerblichen Berufsgenossenschaften über den anrechnungsfähigen Lohn und die ermittelte durchschnittliche Zahl der Versicherten

Jahr	Durchschnittliche Zahl der Versicherten	Gesamtlohnsumme in je 1000 Mk.	Durchschnittslohn pro Versicherten Mk.
1894	5 243 965	3 431 714,4	654
1895	5 409 218	3 577 395,2	661
1896	5 734 680	3 922 996,4	684
1897	6 042 618	4 253 620,6	703
1898	6 316 834	4 643 468,9	766
1899	6 590 767	5 008 881,6	759

Das gesamte statistische Material deutet darauf hin, dass sich die Lage der Arbeiterklasse relativ gebessert hat. Den Hauptanteil an der Erreichung dieser Fortschritte darf die Gewerkschaftsbewegung in Anspruch nehmen: ohne ihr thatkräftiges Eintreten wäre die Aufbesserung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit nicht in dem Masse eingetreten.

Es könnte sein, dass die Ergebnisse eines solchen statistischen Vergleichs gerade aus Unternehmerkreisen lebhaft begrüsst werden, dass daraus gefolgert wird: es sei nunmehr bewiesen, wie unrecht die Arbeiter hätten, sich über ihre Lage zu beklagen, da doch die Besserung der Erwerbsverhältnisse unzweifelhaft dargethan sei.

Dass eine Aufwärtsbewegung stattfand, soll in der That nicht bestritten werden. Aber von dieser Constatierung bis zum Aufhören berechtigter Klagen der Arbeiter ist noch ein weiter Weg. Die Statistik giebt neben der Erhöhung der Löhne doch auch einen ausserordentlichen Tiefstand derselben an. Wir erkennen, wie überaus dürftig in manchen Arbeiterkreisen die Lebenshaltung sein muss. Dort immer wieder die Hebel anzusetzen, ist Aufgabe der Gewerkschaft.

Aber der Arbeiter muss auch aus jenem Pessimismus heraus, der ihn befällt, wenn er sich dem Glauben hingiebt, seine Lebenshaltung werde immer weiter herabgedrückt, er könne nicht gegen die Uebermacht des Capitals ankämpfen. Das Aufwärts geht nicht ruckweise vor sich, es stellen sich mit dem Erklimmen einer höheren Stufe auch Bedürfnisse ein, die auf Erfüllung drängen und so wieder einen Zustand des Unbefriedigtseins herbeiführen, der den Eindruck hervorrufen kann: wir sind nicht weiter gekommen!

Zum Werke, das wir fördern sollen, gehört Vertrauen, siegesfrohe Stimmung. Nicht das Lamento: es ist alles immer e l e n d e r geworden — kann uns anspornen, immer wieder in Reih und Glied an den grossen Culturaufgaben mitzuarbeiten, sondern das Gefühl: es geht vorwärts, wir haben etwas erreicht, unsere Arbeit war nicht vergebens! Das ist es, was uns die Zuversicht auf Gelingen und Erfolg unserer schweren Arbeit verleiht.

Nun könnte es scheinen, als ob die oben zusammengestellte Lohnerhöhung in den einzelnen Berufen wieder ausgeglichen sei durch hohe Mieten und Lebensmittelpreise. Für die Mieten trifft eine nicht unbedeutende Erhöhung zu, für die Lebensmittelpreise nicht. Nach den amtlichen Ermittlungen über die Grosshandelspreise einiger wichtiger Lebensmittel und Industrieerzeugnisse erhält man folgende Uebersicht über die letzten 10 Jahre:

	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Roggen 1000kg (Danzig) unverzollt	159,4	208,1	174,2	123,4	110,4	116,2	111,8	119,3	142,3	139,5	133,0
Weizen 1000kg (Danzig) unverzollt	145,1	178,1	158,1	125,8	102,6	107,9	117,9	131,5	148,7	117,2	142,8
Gerste 1000kg (Danzig)	153,5	156,5	149,3	131,0	122,6	110,7	119,1	134,1	144,2	131,9	133,2
Kartoffeln 1000kg (Berlin)	36,4	63,8	54,7	38,3	37,1	41,6	34,4	43,3	42,8	37,6	45,0
Schlachtvieh, Doppelctr. (Berlin) Rinder	119,2	120,3	117,1	108,0	118,3	119,0	112,2	113,1	113,3	115,9	119,0
Schweine	115,7	102,2	110,0	109,0	101,8	90,1	86,2	105,0	111,3	94,8	95,5
Kälber	112,0	110,6	103,0	103,4	107,5	112,8	107,8	115,3	119,7	132,5	128,5
Hammel	115,7	106,7	97,0	87,1	104,7	109,5	102,6	104,8	108,4	110,0	112,2
Heringe, Tonne zu 150 kg (Stettin)	34,5	37,3	32,7	29,6	23,7	29,0	28,5	38,9	33,5	38,3	43,2
Kaffee, Doppelcentner (Hamburg) Santos, unverzollt	175,6	162,7	149,7	165,4	163,4	157,3	131,4	85,0	67,0	62,5	80,35
Reis, Doppelctr. (Hamburg)	18,3	19,1	19,8	16,3	15,0	14,1	14,5	17,7	18,9	18,1	17,6
Zucker, Raffinade, Doppelctr. (Magdeburg)	56,3	56,8	57,7	57,6	49,4	45,0	49,2	46,5	47,6	48,9	53,1
Schmalz, raff. americ., Doppelcent. (Bremen)	69,1	69,9	77,5	103,1	79,4	68,6	51,1	46,8	58,0	?	73,1
Wolle, Doppelcentner (Berlin)	287,8	272,9	247,9	232,2	215,9	223,1	234,9	220,6	234,4	302,9	280,8
Baumwolle, Doppelctr. (Bremen)	90,1	76,6	67,8	76,6	60,6	59,4	67,2	63,6	53,2	54,8	83,1
Rohseide (Crefeld) 1 kg	54,5	44,6	47,9	59,0	39,3	44,3	42,3	40,4	41,1	50,3	47,8
Roheisen (Bresl.), Puddel-Giessereiisen	66,6	48,2	48,9	50,2	49,3	48,3	57,9	61,3	59,7	72,1	?
.	74,4	54,8	52,6	52,5	50,3	49,2	57,5	61,7	61,6	75,5	90,6
Blei, Doppelctr. (Berlin)	28,1	26,2	23,1	21,3	20,8	22,3	24,4	26,1	27,5	32,1	37,1
Kupfer, „	129,8	119,5	107,4	101,6	90,3	98,8	105,9	107,2	114,0	160,4	160,1
Zink, „ (Breslau)	45,1	45,0	40,5	33,6	29,9	28,3	31,6	33,9	39,5	48,1	39,4
Zinn, „ (Frankfurt)	193,8	186,3	191,9	181,3	144,4	132,3	124,6	126,6	146,9	251,8	271,0
Steinkohlen (Essen)											
Magerkohlen	11,00	9,73	7,75	7,50	7,50	7,50	7,67	8,32	8,59	8,88	9,50
Petroleum, Doppelctr. (Bremen)	13,3	12,6	11,1	9,5	9,7	13,5	12,4	10,7	12,1	14,3	14,8

Es sind nur die Preise einiger wichtiger Lebensmittel und Industrieerzeugnisse wiedergegeben. Bei einigen erstreckt sich die Preisberechnung in der amtlichen Statistik auf mehrere Sorten. Der Einfachheit wegen ist diese umfangreiche Specialisierung fortgelassen, da sie die Uebersicht erschwert, ohne eine Aenderung der Schwankungen zu zeigen.

Die Detailpreise der Waren müssen sich eng im Verhältnis an die Grosshandelspreise angefügt haben, denn die Concurrenz in den Grossstädten lässt heute nur einen bestimmten Procentsatz des Gewinnes im Zwischenhandel zu. Dieser Procentsatz dürfte sogar durch die Concurrenz der grössen Waren-

häuser und Specialgeschäfte fortgesetzt heruntergesetzt sein, so dass dem Consumenten auch hieraus noch ein Vorteil erwachsen ist.

Die Preistabelle giebt im allgemeinen für 1890 und 1891 hohe Preise an, die sich dann abwärts bewegen, um 1894—95 wieder allmählich zu steigen. Dabei erreichen die Lebensmittelpreise mit ganz wenigen unbedeutenden Ausnahmen (Kalbfleisch und Heringe) nicht die Höhe von 1890—91, einige Artikel weisen sogar einen recht bedeutenden Rückgang auf.

Gehen wir 10 Jahre zurück auf das Jahr 1880, so finden wir bei unseren wichtigsten Gebrauchsartikeln Roggen, Weizen, Heringe, Zucker, Reis, Schmalz, Wolle, Baumwolle und Petroleum eine noch höhere Preislage, die allerdings in dem Jahrzehnt 1880—90 auch verschiedenen Schwankungen unterworfen ist. Wir haben also eine Anzahl der wichtigsten Gebrauchsartikel vor 10 und 20 Jahren teurer eingekauft als in der Zeit einer so bedeutenden Hochconjunctur zu Ende des letzten Jahrzehnts.

Die schwere wirtschaftliche Krise zu Anfang dieses Jahrzehnts hat bei niederen Löhnen hohe Lebensmittelpreise gebracht, und in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs finden wir eine nur mässig erhöhte Preislage bei steigenden Löhnen.

Nicht die gleiche Mässigung in der Preisbildung ist bei der Erzeugung der Metalle wahrzunehmen: hier sind ganz erhebliche Preiserhöhungen festgestellt.

Aus dem Vergleich der Preise ersehen wir, dass die Landwirtschaft viel weniger an dem grossen Raubzug in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs participiert hat, als die Industrie. In diesem durch die Concurrenz des Auslandes erzwungenen Masshalten der Landwirtschaft liegt ein grosser Vorteil für die Arbeiterklasse.

Vergegenwärtigen wir uns, was geschehen wäre, wenn die Preise landwirtschaftlicher Produkte procentual so gestiegen wären wie Eisen, Blei, Kupfer und Zinn. Unmöglich wäre die Arbeiterklasse im stande gewesen, die Löhne in Einklang mit solchen Preisen zu bringen, und der wirtschaftliche Aufschwung hätte den Arbeitern überhaupt keinen Vorteil gebracht.

Neben dem hier benutzten statistischen Material lässt sich auch aus der Bevölkerungsstatistik der Einfluss einer besseren Lebenshaltung der Bevölkerung wahrnehmen. So kamen im Jahre 1898 auf 1000 Einwohner in Deutschland 21,8 Gestorbene, — eine so geringe Zahl, wie sie bisher in der deutschen Statistik nie wiederkehrt. Im Jahre 1872 betrug die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner 30,6. Sie sinkt dann fortgesetzt, um 1898 den Tiefstand zu erreichen. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird es nicht allein sein, die diesen günstigen Einfluss ausgeübt hat. Da sind zunächst die besseren sanitären Zustände in den Städten, der Ausbau des Versicherungswesens für die Industriearbeiter, die besseren Wohnungen, — alles hat dazu beigetragen, den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben. Wäre es uns erst möglich, mehr hygienischen Schutz für die Arbeiter in den Fabriken zu erreichen, dann würde die Sterblichkeitsziffer noch um ein ganz Bedeutendes herabgehen.

Auch die Zahl der Eheschliessungen weist für das Jahr 1898 die hohe Ziffer von 8,4 auf 1000 Einwohner auf; wir müssen bis auf das Jahr 1876 zurückgehen, um eine gleich grosse Verhältniszahl zu finden. Unstreitig hat hier das Gefühl einer besseren sicheren Lage in Arbeiterkreisen die Neigung zur Gründung eines eigenen Hausstandes gefördert, während die Zeiten schlechter Erwerbsverhältnisse es von selbst mit sich brachten, dass in diesem Punkte Zurückhaltung geübt wurde.

Wiederholt sei noch einmal, dass nicht zu verkennen ist, welche Rolle der

wirtschaftliche Aufschwung bei dieser Hebung der Lage der Arbeiterklasse spielt. Aber es muss auch betont werden, dass hier die Gewerkschaften die Aufgabe erfüllen, den möglichst erreichbaren Vorteil für die Arbeiter herauszuschlagen.

Könnte in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht auch gleichzeitig ein Aufsteigen der Arbeiterklasse nachgewiesen werden, stellte es sich nur heraus, dass die Arbeiterklasse nicht die Kräfte besitzt, um innerhalb der capitalistischen Gesellschaft selbst ihre Lage zu bessern, dann wäre ihr Kampf auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Kraftverschwendung. Es bedarf kaum eines besonderen Hinweises darauf, dass die Hebung der Lage der Arbeiterklasse keinen Vergleich aushält mit den gewaltigen Gewinnanteilen der Capitalisten — von den hohen Preisen der Fabrikate ist leicht ein Rückschluss auf die gesteigerte Profitrate in der Industrie möglich —, aber es wäre auf der anderen Seite falsch, den Anteil der Arbeiterklasse an der Aufwärtsbewegung leugnen zu wollen. Es ist dies ein Anteil, der erhöht und schliesslich auch bis zu einem bestimmten Grade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges erhalten werden kann, je nach der Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften.

Rundschau.

Oeffentliches Leben.

Politik.

Am 4. und 5. Juni haben sich die zuständigen Minister Preussens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Hessens auf Einladung des Reichskanzlers zu einer zollpolitischen Konferenz in Berlin eingefunden. Was sie beraten, beschlossen oder abgemacht haben, darüber haben die klugen Herren sich gegenseitiges Stillschweigen zugesichert. Was also trotzdem darüber in der Presse verlautet, beruht, sofern man nicht beleidigend werden will, auf blossen Vermutungen. Man kann sich höchstens die Frage vorlegen, wieso Graf Bülow mit einem Male auf den Gedanken einer solchen Ministerkonferenz gekommen ist. In der Ansprache, die er vor Beginn der Verhandlungen an seine Ministercollegen hielt, sprach er von der Notwendigkeit eines guten Einvernehmens unter den Bundesregierungen. Je vollständigere Uebereinstimmung hinsichtlich der wichtigsten Grundzüge der Tarifvorlage in der Konferenz erreicht werde, um so mehr werde diese den wahren Bedürfnissen des deutschen Volkes dienen. Es ist eine sehr hohe Meinung von dem guten Einvernehmen der Bundesregierungen, der hier der Reichskanzler Ausdruck gegeben hat. Die Bedürfnisse des deutschen Volkes werden von den Regierungen im allgemeinen mangelhaft,

aber erst recht unzureichend in den zur Entscheidung gelangenden zollpolitischen Fragen erkannt und vertreten. Denn bei einer so einseitigen und unvollkommenen, wenn auch vielgeschäftigen Vorbereitung der Handelsverträge, wie sie unter der Leitung des Grafen Posadowsky erfolgt ist, werden ja die Herren Minister von vornherein schon unzulänglich über die Bedürfnisse des deutschen Volkes informiert. Hat man doch die gesamte Arbeiterklasse bei den Vorbereitungen gänzlich unberücksichtigt gelassen, die Landwirtschaft und die protectionistische Richtung innerhalb unseres gewerblichen Lebens dafür einseitig bevorzugt! Dass also die Herren Minister den wahren Interessen des deutschen Volkes durch ihre Beschlüsse ohne weiteres dienen würden, hört sich ja in einer Ansprache sehr schön an, stimmt aber mit der Wirklichkeit schlecht überein. Wozu wäre dann überhaupt noch eine Volksvertretung nötig? Nein, der Reichskanzler sucht eine breite Deckung für seine Tarifvorlage, und darum wünscht er eine weitgehende Uebereinstimmung. Es hat sich in letzter Zeit gar manches ereignet, was die Reichsregierung in einen Gegensatz zu den handelspolitischen Forderungen der agrarischen Reichstagsmajorität bringen kann. Das Ausland hat ernstlich bekundet, dass es um den Preis der agrarischen Forderungen zu Handelsverträgen nicht geneigt sei; der Niedergang

der gewerblichen Conjunctur lehrt weiter, mit ganz besonderer Eindringlichkeit den Nutzensicherer und ständiger Auslandsmärkte. Dazu kommt in allerjüngster Zeit die unerfreuliche Aussicht einer Missernte, die Deutschlands Abhängigkeit vom Ausland im Getreidebezug unwiderleglich macht. Alle diese Thatsachen müssen auch bei der Reichsregierung Bedenken gegen die einseitig auf die agrarischen Interessen zugeschnittenen zollpolitischen Forderungen erwecken. Zwar hat sich der Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus zu einer Concession an die Agrarier hinreissen lassen, ohne den erhofften Dank dafür zu ernten, indessen wird der diplomatische Reichskanzler immer noch Mittel und Wege finden, eine veränderte Haltung mit seinen Worten in Einklang zu bringen. Mag man nun aber in der zollpolitischen Ministerconferenz ein Abrücken von den agrarischen Forderungen erblicken oder nicht, jedenfalls darf in der Arbeiterbevölkerung die Agitation gegen die Erhöhung der Getreidezölle, den Doppeltarif etc. nicht ruhen. Weht doch gerade, seit Bülow Reichskanzler ist, in der zollpolitischen Frage die Wetterfahne bald in mehr agrarischer, bald in mehr Siemenscher Richtung.

*

Der Militairstrafprocess Krosigk hat mit einer Freisprechung der Angeklagten geendigt. Das Verfahren war öffentlich, soweit es sich um unwesentliche Dinge handelte, geheim, sobald die für die Beweiserhebung wichtigen Beziehungen des Rittmeisters von Krosigk zu seinen Untergebenen erörtert wurden. Voller Ausschluss der Oeffentlichkeit wäre dem in Gumbinnen beliebten Doppelverfahren vorzuziehen gewesen. Denn die Oeffentlichkeit wird zur Farce, wenn ihr die wesentlichen Vorgänge vorenthalten bleiben. Man kann über die hinter verschlossenen Thüren verhandelten Teile nur Vermutungen anstellen, aber die gesamte Presse bis zum Reichsboten hinüber ist sich darüber einig, dass diese Vermutungen sehr zum Nachteil der Autorität und der Disciplin in der Armee ausgefallen sind. Man neigt nach allem, was inzwischen über den ermordeten Rittmeister bekannt geworden ist, der Ansicht zu, dass die moralische Verantwortung für den bedauerlichen Vorfall die Vorgesetzten des Rittmeisters trifft, vorausgesetzt dass sie, was äusserst wahrscheinlich, das Verhalten des ermordeten Officiers seinen Untergebenen gegenüber genau gekannt haben. Einen solchen Officier im Dienste zu belassen, dafür giebt es keine Entschuldigung. Der

an sich schon höchst charakteristische Process hat aber noch ein Nachspiel erhalten, welches zeigt, bis zu welchem Grade offener Auflehnung gegen das Gesetz sich die privilegierte Stellung der Officiere hervorwagt. Nach dem klaren Wortlaut des § 179 der Militairstrafprocessordnung ist der freigesprochene Beschuldigte aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Trotzdem hat der Divisionscommandeur Generallieutenant von Alten als Gerichtsherr den freigesprochenen Angeklagten Hicckel wieder in Untersuchungshaft setzen lassen. Der Verteidiger hat bis jetzt trotz aller Vorstellungen und Beschwerden die Freilassung des Hicckel nicht erreicht. Dieser Fall ist geradezu classisch für die Ueberhebung des Militairs über Gesetz und Recht. Wenn militairfromme Blätter diesen Fall damit zu entschuldigen suchen, dass sie behaupten, der Gerichtsherr handle hier unter dem Zwange einer höheren Pflicht, die den formalen Verstoff gegen den Wortlaut des Gesetzes rechtfertige, so begeben sie sich damit auf eine schiefe Ebene. Denn schliesslich giebt es auch im bürgerlichen Leben zahlreiche Zwangslagen, wo ein Mensch oder eine politische Partei zwischen Gesetz und höherer Pflicht zu entscheiden haben. Erachtet man beim Officier den Verstoff gegen das Gesetz für gerechtfertigt, so wird man consequenterweise auch im civilen und ganz besonders im politischen Leben den nämlichen Rechtfertigungsgrund für alle Auflehnungen gegen Recht und Gesetz gelten lassen müssen. Will man sich aber zu dieser Consequenz nicht verstehen, so thut eine energische Bekämpfung des Geistes in der Armee not, der zu solchen Ueberhebungen über Recht und Sitte neigt. Dieser Geist äussert sich in der Duellsitte, er äussert sich in dem überspannten Ehrbegriff des Officiers, der den civilen Beleidiger auf der Stelle blutig abstrafte, er äussert sich in der Nichtachtung des Civilisten, die soweit geht, dass eine militairgerichtlich erwiesene Beleidigung eines Civilisten durch einen Officier für straffrei erachtet werden kann. Einen abgeschlossenen Militairstaat im Staate braucht sich ein Volk, das den gesamten Unterhalt seiner Armee mehr als reichlich bezahlet, nicht gefallen zu lassen. Und es ist kein gutes Charakteristicum für das deutsche Volk und für seine Wehrkraft, dass es sich gegen diesen Geist der Ueberhebung, nicht kräftiger und erfolgreicher wehrt. General z. D. von Blume sagt in seiner Schrift: Die Grundlagen unserer Wehrkraft: „Menschen und Volksschichten, die Unbill über sich ergehen lassen, ohne sie zu empfinden und gegen

sie anzukämpfen, haben geringen Wert für die Cultur und für die Wehrkraft des Landes. Sie beugen den Nacken geduldig auch unter fremdes Joch.“ Das Heer soll ein Volk in Waffen sein, keine Caste in Waffen über dem Volk.

*

Wie lange wird die **Centrumpartei** die wirtschaftspolitisch einander widerstrebenden Wählermassen unter ihrer Flagge zusammenhalten? Der Bund der Landwirte ist in die Domaine des Centrums, in die Rheinlande, eingebrochen und wird sich selbst durch anfängliche Misserfolge nicht abhalten lassen, den politischen Einfluss des Centrums in ländlichen Kreisen nach Möglichkeit zu schwächen. Der Bund kommt in unpolitischem Gewande, aber gerade das macht ihn so gefährlich, um so mehr, als hinter diesem Gewande doch der politische Feind steckt. „Wir kennen dich, Spiegelberg!“ ruft die Cölnische Volkszeitung aus angesichts der Haltung des Bundes bei der Reichstagsersatzwahl im Königreich Stumm. Hier verhielt sich der Bund der Landwirte politisch gar nicht neutral, sondern verhalf dem nationalliberalen Candidaten Bergrat Prietze gegen den Centrumsandidaten zum Sieg. Das ist hart für das bis in die Knochen agrarische Centrum. Aber von anderer Seite her wird gleichfalls Bresche in den Turm des Centrums gelegt. Die Arbeiterbevölkerung, die bisher dem politischen Banne des Centrums folgte, fängt an, die Gefährlichkeit einer Erhöhung der Getreidezölle zu erkennen. In einer Versammlung im Landkreise Aachen, in der der Centrumsabgeordnete Dasbach referierte, ging die Rebellion so weit, dass eine Resolution gegen die Getreidezölle angenommen wurde. Auch in Oberschlesien regt sich gleichfalls die Arbeiterschaft gegen eine beabsichtigte Brotverteuerung. So gerät das Centrum angesichts der Zolltarifvorlage zwischen zwei Feuer, die ihm grossen Schaden thun können. Eine Beeinträchtigung der Position des Centrums resultiert aber auch aus seiner schwächlichen Haltung der Regierung gegenüber. Was könnte das Centrum nicht alles von der Reichsregierung erreichen, wenn es auch nur einmal einen energischen Willen bekundete. Von grossen Dingen wollen wir gar nicht reden: aber noch nicht einmal die Beseitigung des Jesuitengesetzes hat es durchzusetzen vermocht. Alle Ausreden wegen dieser Machtlosigkeit sind hinfällig. Eine ausschlaggebende Partei, die nicht den Mut findet, ihren parlamentarischen Einfluss auf die Regierung in nachdrücklichem Ernste geltend

zu machen, verscherzt immer mehr beim Volke das Anrecht auf die Rolle der führenden Partei.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Die unerfreulichen Erscheinungen haben sich wieder einmal in beängstigender Weise gehäuft. Am 18. Mai erfuhr man die Verhaftung der beiden Directoren der **Pommerschen Hypothekenbank** wegen Verstosses gegen die §§ 312 und 314 des Handelsgesetzbuches, die Gefängnis androhen, wenn jemand im Vorstand oder Aufsichtsrat „absichtlich zum Nachtheile der Gesellschaft handelt“ oder „in Darstellungen, Uebersichten über den Vermögensstand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwarhaft darstellt oder verschleiert“. Der Eindruck der Nachricht, war um so niederschmetternder, als die Bank sich wegen ihrer Beziehungen zu hohen und höchsten Kreisen den Namen Hofbank hatte beilegen können. Sehr bald schlossen sich neue Enthüllungen auf der Generalversammlung der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank an, sodass, wie beim Spielhagenkrach, sogar die Börse nach straffer staatlicher Aufsicht zu rufen begann.

*

Dann wurden die Aprilzahlen des **deutschen Aussenhandels** bekannt. Sie waren ziemlich unerquicklicher Art, da man gerade über die schlechte Zeit durch Steigerung der Ausfuhr sich hinüberzuhelfen gedachte. Die Ausfuhr zeigt jedoch fast überall einen Rückgang — allerdings mit Ausnahme der wichtigen Eisenindustrie, ferner auch der Zuckerproduction (bei der jedoch rasch vorübergehende günstige Umstände stark in Rechnung zu setzen sind), der Glas- und Glaswarenproduction, der Holzausfuhr. Gegen das Vorjahr erlitt die Ausfuhr im April eine Abnahme: bei Blei und Bleiwaren von 67 969 Doppelcentnern auf 35 376 Doppelcentner, bei Kupfer und Kupferwaren von 94 818 auf 66 823 Doppelcentner, bei Kohle von 1 157 602 auf 1 085 640 Tonnen. Ebenso bei der Ausfuhr baumwollener Waren; es gingen aus gefärbte oder bedruckte Gewebe 1 182 Doppelcentner (gegen 14 511 im Vorjahre), Strumpfwaren 6272 (gegen 7890). Die Ausfuhr von Wollwaren hat sich gegenüber dem Vorjahre kaum verändert. Kurzwaren, Kleider, Wäsche, Kunstgegenstände, Papier und Pappwaren weisen meist ein Abbröckeln auf. Thonwaren sind nur 309 871 Doppelcentner ausgeführt gegen 370 422 im Vorjahre u. s. f. Insgesamt steht die Aprilausfuhr um 1 Million Doppelcentner oder 4% niedriger, wie im

Vorjahre. In den vier Monaten von Januar bis April hat die Einfuhr die vorjährige um über 7 Millionen Doppelpcentner übertroffen, die Ausfuhr blieb um ebensoviel zurück.

Unterdes waren auch die letzten Zweifel über den zu erwartenden starken **Ernteausfall in Deutschland** gehoben worden. Am 25. Mai gab der Reichsanzeiger die Ergebnisse der amtlichen Ermittlungen bekannt. 1 471 200 Hektar von der im landwirtschaftlichen Betriebe befindlichen Bodenfläche seien in diesem Frühjahr umgepflügt worden. Die Provinz Westpreussen hatte unter sämtlichen Landstrichen am meisten gelitten. Von den 25 ländlichen Kreisen der Provinz haben nicht weniger wie 19 die fast vollständige Vernichtung der Winterung zu beklagen; der Schaden beträgt hier bei der Oelfrucht — immer nach den amtlichen Ermittlungen — 98%, bei dem Weizen 93, bei dem Roggen 75 und bei dem Klee 88%. Das gilt freilich nur für den am schlimmsten heimgesuchten Landstrich des Ostens. Aber die Productionsschädigung durch Frost und Trockenheit war sicher eine enorme. Dass der Graf von Schwerin-Löwitz für Weizen und Roggen in Preussen gleich einen Verlust von über $\frac{1}{4}$ Milliarde Mark herausrechnete, war zwar eine arge Uebertreibung, da der Vorsitzende der ständigen Commission des Preussischen Landesökonomiecollegiums dabei von der Annahme ausging, dass das Getreide, wenn es einmal in die Halme geschossen ist, auch ohne weitere Arbeit und Ausgabe seinen Weg bis zum Markt als mahlfähiges Korn macht. Doch ist, soweit wir sehen können, das Eingreifen des Staates unter diesen Umständen überall gebilligt worden. Während wir dies schreiben, treten soeben die nächstbetheiligten preussischen Minister eine Informationsreise durch die Notstandsdistricte an, um weitere Vorschläge und Massnahmen vorzubereiten.

Zuletzt kam der **Elektricitätskrach**, zunächst in Sachsen. Das erste Opfer waren die Elektricitätswerke (vormals O. L. Kummer & Co.) in Dresden. Diese rissen wiederum in ihren Sturz mit hinab die Dresdener Creditanstalt für Industrie und Handel, die an den Elektricitätswerken und deren Tochteranstalten mit einem grossen Actienbesitz und grossen Crediten interessiert war. Das Institut hat weiter nicht nur fast sein gesamtes Capital und seine Reserven in den Actien der in grosser Zahl von ihm gegründeten industriellen Gesellschaften angelegt, sondern es hat diesen Gesellschaften auch bedeutende Credite eingeräumt, die mit Hilfe ausgedehnter Wechseltransactionen aufrecht erhalten worden sind.

Der Fall der Creditanstalt wird nun wahrscheinlich auch diese abhängigen Unternehmungen arg ins Wanken bringen. Doch sind die grossen Banken auch hier, wie bei den Hypothekenbanken, bereits wieder zu einer „Sanierungsaction“ zusammengetreten, die vielleicht eine übertriebene und übertreibende Panik verhütet und auf jeden Fall den freundlichen Helfershelfern in der Not ganz erkleckliche Gegenwarts- und Zukunftsprofite verspricht.

Diese neue Erfahrung war für die Börse um so schmerzlicher, als der Ausdehnung und dem Aufschwung der Elektricitätsindustrie noch vor gar nicht zu langer Zeit keine Grenzen gezogen schienen, während nunmehr auch hier die „Ueberproduction“ überall zu Tage tritt. Gewiss wird die Umbildung der Kraft- und Lichtversorgung, des Transportwesens ihren Fortgang haben, und immer neue Felder werden sich der Elektricität erschliessen. Was aber zur Befriedigung des nächsten Bedarfes an allen Ecken und Enden Deutschlands und des Auslandes — auch im Ausland massenhaft wieder mit Hilfe deutschen Capitals — gegründet worden ist, ist zunächst reichlich und ueerrüchlich genügend. Dazu kommen im einzelnen auch stets wieder ungünstige Verschiebungen: auf dem Gebiete der Beleuchtung hält man die neuen Fortschritte der Gasausnutzung für bedrohlich; der Herstellung elektrischer Maschinen, die bisher als Specialität betrieben wurde, widmet sich die allgemeine Maschinenindustrie, die ihren Ausfall an anderweitiger Thätigkeit so zu ersetzen sucht.

Erfreulich könnte für die Geschäftswelt die immer grössere Geldflüssigkeit sein, wenn — die Geldabundanz eben nicht eine Folge der geringen Nachfrage nach Leihcapital, wenigstens der credit-„würdigen“ Nachfrage, wäre. Selbst die Bank von England hat nunmehr am 6. Juni ihre Rate von 4 auf $3\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt. Man hatte in London lange gezögert, zuletzt noch, weil die russische Anleihe in Paris (424 Millionen Francs) zu einer plötzlichen Zurückziehung der französischen Gelder führen konnte, die vorteilhafte Anlage in englischen Disconten und Schatzscheinen gefunden und dem englischen Geldmarkt in der Zeit der Kriegsansprüche gute Dienste geleistet hatten. Dieser Rückstrom ist jedoch unterblieben. Die deutsche Reichsbank ist trotzdem bei ihrem alten Discontsatz von 4% (seit dem 22. April) geblieben, vielleicht schon in Rücksicht auf die grossen Ansprüche, die durch die notwendige grosse Getreidezufuhr vom Auslande an ihre zahlungsvermittelnde Thätigkeit entstehen müssen.

Ueberaus bedeutsam — freilich nicht in ihrer sofortigen Wirkung auf das wirtschaftliche Leben — sind die Fortschritte der deutschen Rhederei. Die Hamburg-America-Gesellschaft hat nicht nur eine englische Schifffahrtlinie zwischen den Vereinigten Staaten und Westindien erworben, sie hat auch eine deutsche Schifffahrtsverbindung von San Francisco nach Shanghai gesichert und zudem durch ein Abkommen mit der Atchison-Topekabahn die Ueberleitung des Verkehrs über den amerikanischen Continent ihren Interessen entsprechend geordnet. Eine neue Weltlinie Hamburg-Peking ist so unter deutsche Controle gelangt. Was P. Morgan durch Ankauf der Leylandlinie (zwischen England und den Vereinigten Staaten), durch die Kämpfe um die grosse continentale Eisenbahn-Durchgangslinie, in Verbindung mit der Dampferlinie nach Osten, die bisher schon von den Northern-Pacific-Interessen beherrscht wurde, für die Vereinigte Staaten-Capitalisten anstrebte, das hat nun auch die deutsche Callin-gruppe in ihrer Weise in Angriff genommen. Das mag heute schon der nationalen Eitelkeit des deutschen Capitals schmeicheln, aber es hat heute näherliegende Sorgen, um sich eines solchen Erfolges besonders zu freuen.

*

Die Syndikate geraten mehr und mehr in eine kritische Lage. Ihr Zusammenschluss lockert sich in vielen Zweigen, da viele Unternehmer gerade in bedrängter Zeit Wert darauf legen, jede Gelegenheit nach freiem Belieben ausnutzen zu können und in ihren Dispositionen durch Cartellvorschriften nicht gehemmt zu sein. Das mag kurzfristig sein, aber es ist erklärlich. Das schlesische Roheisensyndikat ist noch nicht lange und nur mit Mühe und Not zu stande gekommen, und heute soll es bereits wieder vor dem Zusammenbruch stehen. Trotz der angestrengtesten Bemühungen, hat man die Kaliwerke noch nicht wieder unter einen Hut bringen können. Mit der Zinkconvention steht es nicht besser. Das Roheisensyndikat hat wenigstens Entgegenkommen betreffs der Abnahmefristen bekunden müssen. Im Gussröhrenverband haben starke Preisunterbietungen und Betriebseinschränkungen stattgefunden. Der Süddeutsche Walzwerksverband hat den Stabeisenpreis ermässigt. Der Verein Deutscher Eisengiessereien empfahl seinen Mitgliedern Betriebseinschränkungen. Die Lagerbestände bei den Mitgliedern betrugen am 1. April 33 046 Tonnen gegen 2196 Tonnen im Vorjahr. Nur der Trägerverband erhöhte seine Preise um 2½ Mk.

Der Kohlenring weiss durch seine Einschränkungspolitik noch immer seine Stellung zu wahren; freilich ist die Feindschaft der

Industrieabnehmer stetig im Wachsen. Der Erfolg des Syndikats ist um so beachtenswerter, als die Kohlenausfuhr ebenfalls im Rückgange ist. Sie betrug im April 1 085 640 Tonnen gegen 1 157 602 im Vorjahre und in den vier Monaten Januar bis Ende April 4 713 769 gegen 5 203 152 Tonnen. Der Ausfall betrug hiernach gegenüber dem Vorjahre im April rund 72 000 Tonnen oder 6½/₁₀ und in den vier Monaten 490 000 Tonnen oder 9½/₁₀. Nach den Hauptabnahmeländern gestaltete sich die Steinkohlenausfuhr in den vier Monaten vom Januar bis April in Tonnen folgendermassen:

	1901	1900
Oesterreich-Ungarn	1 865 499	2 189 200
Niederlande	1 125 658	1 163 046
Belgien	468 310	541 237
Schweiz	333 482	365 730
Russland	306 625	298 033
Frankreich	248 926	256 459

Ausser Russland zeigen also alle Länder eine Abnahme des Bezugs deutscher Kohlen, die am beträchtlichsten war in Oesterreich-Ungarn und Belgien. Die Coaksausfuhr ist im April d. J. gegenüber dem Vorjahre ebenfalls von 184 996 auf 174 915 Tonnen gesunken, betrug aber in den vier Monaten d. J. immerhin noch 734 336 gegen 690 953 im Vorjahre.

Max Schippel.

Socialistische Bewegung.

Die Einigung der französischen Socialisten hat sich auf dem in Lyon während der Pfingstfeiertage stattgefundenen Congress vollzogen, — aber mit Ausschluss des Parti ouvrier français (Guesdisten), der Blanquisten und der Alliance communiste. Die beiden letztgenannten „Schulen“ verliessen demonstrativ den Saal bei Verkündung der Ablehnung der Resolution des Blanquisten de la Porte, welche auf Ausschliessung Mille-rands aus der Partei abzielte. Den Kern der nunmehr „geeinigten“ Partei bilden die Unabhängigen Socialisten unter Jaurès' Führung. Der Rumpfcongress setzte seine Beratungen fort und genehmigte im grossen und ganzen den Organisationsplan des Generalcomités. Danach würden zwar die centralen Organisationen der alten „Schulen“ vorläufig fortbestehen können, indessen liegt das Schwergewicht in der departementalen oder regionalen Verbindung. Diese soll die Mitglieder aller Gruppen des betreffenden Bezirks umfassen, und man hofft von ihnen, dass sie die Ausgleichung der Gegensätze erzielen werden. Wie diese Föderativ-organisationen in Wirklichkeit functionieren werden, bleibt abzuwarten.

Bedauerlicherweise hat die nochmalige Spaltung unserer französischen Genossen

einen weiteren „Erfolg“ gezeitigt: die Auflösung der äusserlich einigen socialistischen Parlamentsfraction. Acht ihrer Mitglieder übersandten ihre Demission; es sind dies die Blanquisten A. Groussier, M. Allard, Walter, Coutant, Vaillant, Dejeante, Létong und der Guesdist Zévaès. Aber dieses Vorgehen entbehrt nicht der Tragikomik; denn die Tinte, mit welcher die Austrittserklärung geschrieben, war noch nicht getrocknet, als schon Vaillant den „Ministeriellen“ friedliche Verständigung und einmütiges Zusammenhalten bei den nächsten Kammerwahlen vorschlug. Der Wahlopportunismus scheint doch mächtiger zu sein, als manche „Principien“.

Oskar Petersson.

*

Eine Reorganisation der schweizerischen Socialdemokratie vollzieht sich jetzt. Seitdem im Jahre 1892 der Schweizerische Grütliverein sich ausdrücklich auf den Boden der Socialdemokratie gestellt hat, ist diese eigenartige bodenwüchsige Organisation, schon vorher ein Sammelpunct der politisch vorgeschrittensten Elemente unter den einheimischen Schweizer Arbeitern, vollends zur Kerntruppe des schweizerischen Socialismus geworden. Obwohl auch seine Mitgliederzahl in den letzten Jahren keineswegs im Wachsen ist, so übertrifft er doch die schweizerische socialdemokratische Partei bei weitem an Zahl und Actionsfähigkeit. Daraus ergab sich eine Art „Zweikammersystem“, wie Genosse Lang es gelegentlich nannte; dieselben Vorschläge gelangten jeweilen erst im Grütliverein und dann in der Partei zur Verhandlung. Die leitenden Personen der letzteren gehören übrigens in der Regel auch dem Grütliverein an, ebenso ein grosser Teil der Mitglieder. Der jetzt zur Beratung stehende Reorganisationsentwurf hat nun den Zweck, den Grütliverein auch formell der socialdemokratischen Partei einzufügen, als ihr wichtigstes und einflussreichstes Glied. Kommt das Project zu stande, so bedeutet es eine weitere Etappe zur Schaffung eines specifisch schweizerischen Socialismus, der mit den heimischen demokratischen Traditionen der Eidgenossenschaft organisch verwachsen wäre. Eine solche Entwicklung könnte uns in der Zukunft noch manches Interessante bringen.

Bei den Grossratswahlen im Canton Neuchâtel hat die Socialdemokratie fünf Sitze neu erobert, so dass nunmehr unter 36 Grossräten nicht weniger als 16 Genossen sind.

Einen Sieg der österreichischen Socialdemokratie bedeutet die Annahme

der Vorlage, welche für die Bergarbeiter in den Kohlengruben den neunstündigen Maximalarbeitstag festsetzt. Der opfervolle Massenstreik in den österreichischen Kohlengruben, an welchem im Winter 1899 bis 1900 gegen 70000 deutsche, czechische und polnische Bergleute teilnahmen, hat nun doch seine Frucht getragen — trotz aller Wohnungskündigungen und sonstigen Kriegsthaten des Unternehmertums, trotz aller Willkürstreiche unternehmerfreundlicher Beamten, trotz aller parlamentarischen Verschleppungskomödien. Ohne die Socialdemokratie, welche von Anfang an bis zum letzten Augenblick die Saumigen drängte und schob, den Böswilligen derb auf die Finger klopfte, hätten die Bergleute diesen Erfolg keinesfalls erreichen können. Nur eine unermüdete, umsichtig geleitete Agitationsarbeit draussen, im Verein mit einer nicht minder unermüdeten und umsichtigen parlamentarischen Arbeit drinnen, konnte dem faulsten und allotriasüchtigsten aller Parlamente diese That abtrotzen. Dass dies geschah, ist ein neuer Beleg dafür, dass überall, wo nur eine Volksvertretung vorhanden ist, und sei sie auch noch so unvollkommen und rückständig, Mithun besser ist, als Schmollen. Das Gesetz, das binnen Jahresfrist in Kraft treten wird, setzt den Neunstundentag unter Einrechnung der Ein- und Ausfahrtszeit fest; somit wird die effective Arbeitszeit in den meisten Gruben gegen 8 $\frac{1}{4}$ Stunden, in den übrigen 8 Stunden oder noch etwas darunter betragen. Das darf natürlich die Bergleute nicht abhalten, nach wie vor den Achtstundentag unter Einrechnung der Ein- und Ausfahrtszeit anzustreben.

*

Man erinnert sich daran, dass im Februar 1900 zu Lodz die Geheimdruckerei für Russisch-Polen in die Hände der russischen Gendarmen fiel, (vgl. Socialistische Monatshefte, 1901, No. 2, pag. 142). Heute darf es gesagt werden: der damals verhaftete Redacteur des Robotnik, Genosse Josef Pilsudzki, ist sechs Jahre hindurch die Seele der socialistischen Agitation im Königreich Polen gewesen. Die ausserordentliche Selbstbeherrschung, die er im gefährvollen Dienst der Geheimorganisation so oft bethätigt hatte, verliess ihn auch in der Gefangenschaft nicht. Pilsudzki stellte sich wahnsinnig. Monatelang setzte er diese nervenaufreibende Verstellung fort: bis die Schergen dran glaubten und er aus der Warschauer Citadelle nach einem Petersburger Irrenhaus transferiert wurde. Auch dort noch wurde er scharf bewacht. Kurz

darauf aber gelang es einem Mitgliede der polnischen socialistischen Partei, dem Genossen Mazurkiewicz, in eben jenem Irrenhaus Zum heiligen Nikolaus, dem Wunderthäter, als Arzt angestellt zu werden. Diesmal war die Reihe des Wunderthuns aber nicht an Sanct Nikolaus. „Am 1. Mai alten Stiles“, so berichtet der Przedswit, das Londoner Centralorgan der polnischen socialistischen Partei, „liess Genosse Mazurkiewicz, der gerade du jour war, den Genossen Pilsudzki behufs Untersuchung seines Gesundheitszustandes heraufrufen und schickte den Wärter aus dem Zimmer. Genosse Pilsudzki zog die Kleider an, die ihm Genosse Mazurkiewicz gebracht hatte, und verliess zusammen mit diesem das Spital. Erst einige Stunden später, als der Wärter den Arzt zu vermissen begann und auf sein Klopfen an die verschlossene Thür des Zimmers keine Antwort erhielt, alarmierte er den Director, und dieser telegraphierte an die Gendarmerie. Ganze Rudel von Spionen und Gendarmen liefen zusammen, man suchte hin und her, aber — umsonst. Zur Zeit weilt Genosse Pilsudzki schon unter uns (d. h. in Leytonstone bei London) und rüstet sich, nachdem ihm über ein Jahr lang „Ferien“ gegönnt waren, von neuem zur Arbeit im Dienst der Partei.“

*

Die Gazeta Robotnicza, das Organ der polnischen socialistischen Partei in Preussen, übersiedelt mit dem 1. Juli von Berlin nach Kattowitz in Oberschlesien; in der Person der Genossin Dr. Golde wurde ein tüchtiger Redacteur für das Blatt gewonnen. Schon am 1. April hat ferner die Partei in Königshütte ein ständiges Secretariat für Oberschlesien errichtet; als Secretair fungiert Genosse Georg Haase. Aus den Debatten des Ende Mai abgehaltenen Parteitags (der nach Gnesen einberufen war, aber infolge behördlichen Verbotes nach Berlin verlegt werden musste) will ich an dieser Stelle nur das meines Erachtens wichtigste Ergebnis hervorheben, nämlich die Annahme einer Resolution zu gunsten der gewerkschaftlichen Centralverbände.

*

Der jüdische socialdemokratische Arbeiterbund berichtet in einem Communiqué über das grauenhafte Schicksal eines jüdischen Arbeiters Namens Jacob Leiser Pachkin aus Lodz, der im Gefängnis von russischen Gendarmen zu Tode gemartert wurde. Als der Vater des Ermordeten den Gendarmeriechef von Lodz zur Rede stellte, erhielt er die Antwort: „Bis zu seinem

zwölften Jahre gehört dein Sohn dir, nach zwölf Jahren ist er unser, und du hast nicht danach zu fragen, was man mit ihm gemacht hat!“ Es wäre naïv, sich über diese Antwort zu wundern; sie ist typisch für das Czarentum.

*

Ueber den Anteil der Socialisten an den denkwürdigen **Studenten- und Arbeiterunruhen in Russland** lässt sich Bestimmtes bis jetzt nicht aussagen. Noch ist für die Beurteilung dieser Frage der Augenblick nicht gekommen. Ihrer grossen Mehrzahl nach waren die Teilnehmer an den Demonstrationen schwerlich principielle Gegner des Capitalismus oder gar des Czarentums. Ein Student braucht nicht Socialist zu sein, sondern eben nur Student, um das stumpfsinnig-brutale Bogolepowsche Casernenregime unerträglich zu finden; und auch ein Arbeiter braucht nicht Socialist zu sein, sondern eben nur ein einigermaßen geweckter, denkender und fühlender Mensch, um sich aufzulehnen angesichts kannibalischer Scenen, wie jene vor der Kasanschen Kathedrale zu Petersburg, wo eine Rotte betrunkenener Kosaken sich damit amüsierte, junge Mädchen zu peitschen, bis sie niedersanken, und die am Boden Liegenden mit ihren schmutzigen Stiefeln zu zertreten, — während der Oberregisseur des ganzen Schauspiels, Kleigels, der Liebling des Czaren, gemächlich rauchend zu Pferde sass und zusah!

Immerhin kann so viel behauptet werden: wo immer sich Socialisten unter den Demonstranten befanden, dürften sie die energischsten und zielbewusstesten Elemente gewesen sein, vielleicht auch da und dort vorübergehend die Führung an sich gerissen haben. Von da bis zur dauernden Herrschaft über die öffentliche Meinung, sei es der akademischen Kreise, sei es der Arbeiterschaft, ist's freilich noch sehr weit.

Deutlich und charakteristisch prägt sich dagegen schon heute die Rückwirkung der Unruhen auf den russischen Socialismus aus. Socialdemokratische Gruppen, die bisher einer einseitig gewerkschaftlichen Taktik huldigten und geneigt waren, den politischen Kampf als vorläufig aussichtslos auf die lange Bank zu schieben, sprechen sich jetzt in heftigen Worten gegen ihre eigene bisherige Taktik aus und zeigen sich von politisch-revolutionärem Eifer beseelt. So wie die Dinge heute in Russland liegen, dürften die Folgen dieser Schwenkung überwiegend günstige sein.

*

Im Süden des russischen Staatsgebiets, in der Ukraine, ist eine ruthenische social-

demokratische Partei begründet worden. Bisher existierte eine socialdemokratische Partei ruthenischer Zunge nur in Ostgalizien. Man wird gut thun, die Neugründung im Auge zu behalten. Sie hat ein sehr ausgedehntes Recrutierungsfeld vor sich. Die Zahl der Ruthenen im russischen Staatsgebiet wird auf 30 Millionen geschätzt; das ruthenische Sprachgebiet umfasst wichtige Industriestädte, wie Kijew und Odessa, sowie fast die ganze Nordküste des Schwarzen Meeres. Dabei sagen sich neuerdings immer grössere Massen des ruthenischen Volkes offen oder heimlich von der russischen Staatskirche los, um sich dem Stundismus zuzuwenden, d. h. dem ursprünglich durch deutsche Ansiedler ins Land gebrachten Protestantismus.

Ladislaus Gumpłowicz.

*

Kurze Chronik. Zu Delegierten am internationalen socialistischen Secretariat sind ernannt worden von Oesterreich: Dr. Adler, F. Skaret; von Norwegen: Olaf Kringen, A. Hazeland; von Spanien: P. Iglesias, A. G. Quejido; von den Vereinigten Staaten: Eugen Dietzgen (S. D. P.); von Australien: Ch. Eyre als Correspondent. Das Secretariat fordert die Mitglieder des Internationalen Secretariats auf, zu einer Sitzung in Brüssel zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung dieser Conferenz steht u. a. noch: Bericht des Secretariats, Beitragsleistung, Herausgabe eines internationalen Bulletins seitens des Secretariats; internationale Demonstration der Arbeiterschaft gegen den Militarismus u. s. w. — Gegen das dänische Ministerium fand anlässlich der Grundgesetzfeier in Kopenhagen eine von der Socialdemokratie veranstaltete imponierende Massendemonstration statt. — Zum Präsidenten des Generalrats des Seinedepartements wurde mit 49 Stimmen Genosse Veber gewählt, der Nationalist Galli wurde geschlagen. — Aus Tiflis kommt die verspätete Nachricht von einer Strassendemonstration georgischer und armenischer Arbeiter am 1. Mai, bei welcher zum erstenmal die rote Fahne entfaltet wurde. Als die russische Polizei die Demonstranten angriff, verteidigten sich diese mit Stöcken, Säbeln und Revolvern. Nun rückte Militair auf; etwa fünfzig Arbeiter wurden verhaftet. — Unsere auf Puerto Rico lebenden Genossen waren gezwungen, mit Rücksicht auf die gegen ihr Organ El Poverin social (Sociale Zukunft) so häufig angestregten Prozesse den Erscheinungsort desselben zu verlegen. Es wird nunmehr in New-York herausgegeben werden.

Oskar Petersson.

Gewerkschaftsbewegung.

Im Anschluss an den im Mai-Hefte (pag. 382 ff.) gegebenen Bericht über die **Berufscongresse und Generalversammlungen bezw. Verbandstage** möge auch diesmal ein Ueberblick gegeben sein über die gewerkschaftlichen Veranstaltungen dieser Art in den letzten Wochen.

Wir beginnen mit dem Auslande und teilen die wichtigsten Beschlüsse aneuentungsweise mit. Die Alpenländischen Bergarbeitervereinigungen hielten eine Conferenz in Leoben ab und beschlossen Anschluss an den österreichischen Berg- und Hüttenarbeiterverband. Der dritte Verbandstag der Schumacher Oesterreichs tagte in Wien. Beschlossen wurde, eine einheitliche Centralorganisation für ganz Oesterreich zu schaffen, ferner die Erhöhung der Reiseunterstützung.

Die Rotgerber Oesterreichs hielten ihren Fachcongress und Verbandstag ab und beschlossen Erhöhung der Reiseunterstützung und den Abschluss von Cartellverträgen mit verwandten Gewerken.

Die Landesconferenz der böhmischen Buchbinder in Prag beschloss einen Protest gegen die localistische Bewegung, ferner Massnahmen gegen Lehrlingszüchtereien, endlich die Ansammlung eines Dispositionsfonds. Die böhmischen Steinarbeiter beschlossen auf ihrer Landesconferenz Beitragserhöhung, Durchführung eines Normaltarifs und Verlegung der Landescentrale von Stenowitz nach Prag.

Der französische Bergarbeitercongress wurde in Lens abgehalten. In einer Resolution wurde eine Alterspension für Bergleute verlangt. Dieselbe soll nach 25 Dienstjahren ohne Rücksicht auf das Lebensalter des Bergmanns 2 Frs. pro Tag betragen. Die gesetzliche Regelung von Strikes und die Einführung des Achtstundentages wurde ebenfalls gefordert. Es wurde beschlossen, diese Forderungen eventuell mit dem Generalstrike durchzusetzen.

Der XII. internationale Bergarbeitercongress fand am 26.—29. Mai in London statt. Vertreten waren England (54 Delegierte, 699 000 Bergarbeiter), Frankreich (4 Delegierte, 160 000 Bergarbeiter) und Belgien (7 Delegierte, 120 000 Bergarbeiter). Die deutschen Bergarbeiter waren diesmal fern geblieben, weil sie gegen die alljährliche Abhaltung internationaler Congresses sind. Die englischen Bergarbeiter, besonders die Gegner des Achtstundentages, waren übrigens auch nicht alle vertreten. Eine Resolution für den Achtstundentag wurde mit 864 000 gegen 115 000 (nordenglische) Stimmen angenom-

men. Ferner wurden Resolutionen zu gunsten folgender Forderungen angenommen: Minimallohn, Unfallentschädigung, Alterspensionen und Verstaatlichung der Bergwerke.

Von den skandinavischen Congressen sind zu erwähnen der Congress der norwegischen Landesorganisation (72 Organisationen und 110 Delegierte). Zur Betreibung einer planmässigen Agitation wurde beschlossen, das Land in Districte zu teilen, mit einem Vertrauensmann für jeden District. Durch ein geordnetes System sollen ferner statistische Aufnahmen durch Vermittelung der Gewerkschaftsvorstände vorgenommen werden. Zum Geschäftsführer wurde Genosse A. Pedersen mit einem Jahresgehalt von 1800 Kr. gewählt. Die Organisation hat nach dem Geschäftsbericht im letzten Jahre recht erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Der schwedische Bund der Arbeiterleute beschloss auf seinem Congress (6000 Mitglieder durch 64 Delegierte vertreten) Beitragserhöhung, Aenderung der Verbandsfirma in: Svenska Grof och Fabriksarbetare förbundet und Anstellung dreier ständiger Agitatoren. Die schwedischen Eisenbahner hielten in Stockholm einen Congress ab. Ein Verband der Angestellten der Privatbahnen besteht bereits, und handelte es sich hier um die Schaffung einer gemeinsamen Organisation aller Angestellten der Staatsbahnen. Eine spätere Verschmelzung beider Organisationen erscheint nicht ausgeschlossen. Der Vorstand des neuen Verbandes, welcher den Namen Svenska Järnvägs personalförbundet führt, hat seinen Sitz in Stockholm. Sämtliche auf dem Congress vertretenen Vereine schlossen sich dem Verbands an. — Der schwedische Steinhauerverband hielt seinen IV. Congress ab (110 Zahlstellen, 5300 Mitglieder). Beschlüsse: Beitragserhöhung, eine gewisse Neutralitätserklärung, Sympathieerklärung für Mässigkeit und Temperenzbestrebungen.

Die dänischen Textilarbeiter erhielten einen Congress zu Norsens ab (51 Delegierte, darunter 5 weibliche). Beschlossen wurde, für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Die Fachpresse soll verklünnert werden. — Der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften hielt seine Generalversammlung in Kopenhagen ab (300 Delegierte, 42 Central- und 19 Localorganisationen). Es kam u. a. zur Sprache, dass die Centralleitung der schlechten Conjunction wegen in mehreren Fällen ihre Zustimmung zu geplanten Lohnbewegungen zu versagen genötigt war. Das hatte den Austritt der Klempner und Zimmerer aus dem Gesamtverband zur Folge.

Von den Gewerkschaften der Schweiz hielten die Schmiede und Wagner und das Eisenbahnzugpersonal Generalversammlungen ab. Die Schmiede und Wagner klagen sehr über karge Löhne und lange Arbeitszeit.

Mit dem verfassungsmässig garantierten Vereins- und Versammlungsrecht scheint es auch in der freien Schweiz mitunter zu hapern, denn die Generalversammlung nahm u. a. auch eine Protestresolution gegen die in einem Falle vorgekommene Vergewaltigung dieses Rechtes an.

Die Verhandlungen des Verbandes der Zugführer lenkten die Aufmerksamkeit auf die misslichen Verhältnisse im Innern der schweizerischen Eisenbahnerbewegung.

Die schweizerischen Eisenbahner sind zunächst in centralisierten Branchenorganisationen vereinigt, welche wiederum in dem Eisenbahnerverbande, an dessen Spitze der Generalsecretair Dr. Sourbeck steht, zusammengeschlossen sind. Dr. Sourbeck wird als ein charakterschwacher Schaukelpolitiker und Streber bezeichnet, der den Eisenbahnverwaltungen gegenüber keine Energie mehr bethätigt, die Schweizerische Eisenbahnzeitung mangelhaft redigiere und ausserdem im Verbands eine persönliche Dictatur etabliert habe. Daher seit einigen Jahren grosse Unzufriedenheit in Eisenbahnerkreisen, die schon zu Sonderorganisationen führte (Werkstättenarbeiter).

In der Delegiertenversammlung des Zugpersonals, in der Dr. Sourbeck anwesend war, trat diese Misstimmung ebenfalls stark hervor, und es wurde mit 40 gegen 36 Stimmen der Austritt aus dem Eisenbahnerverband beschlossen. Das bedeutet nicht nur den Verlust von 1800 Mitgliedern für den Verband, sondern auch gleichzeitig den Anfang vom Ende des jetzt unerquicklichen Zustandes.

Wir kommen nun zu den letzten Generalversammlungen der deutschen Gewerkschaften. Es tagten Pfingsten und folgende Tage die Bergarbeiter in Cassel, Glasarbeiter in Fürth, Bildhauer in Dresden, Metallarbeiter in Nürnberg, Töpfer in Magdeburg und Rauchwarenzurichter in Lindenu bei Leipzig. Zur selben Zeit tagten auch andere Richtungen, so die Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereine in Cöln, die christlichen Gewerkvereine in Crefeld und die evangelischen Arbeitervereine, welche auf ihrem Delegiertentage besonders die Gewerkschaftsfrage behandelten, in Speyer. In ihrer Gesamtheit machten all diese Generalversammlungen auf die Oeffentlichkeit einen tiefen Eindruck, so dass man allgemein von der Gewerkschaftswoche sprach.

Die Generalversammlungen der freien Gewerkschaften leisteten Erhebliches in Bezug auf den inneren und äusseren Ausbau ihrer Organisationen. Es wurden Beitragserhöhungen und Neueinführung von Unterstützungs-zweigen beschlossen (Krankengeldzuschüsse, Sterbegeld etc.). Die Metallarbeiter nahmen zwar nach dieser Richtung hin keine Aenderungen oder Neuerungen vor, beschlossen aber organisationstechnisch weitgreifende und bedeutende Massnahmen. Die Verbandsleitung wird mehr decentralisiert werden, indem 10 Gaue oder Bezirke geschaffen werden. Jeder Bezirk erhält einen besoldeten Bezirksleiter, welcher die Agitation zu leiten hat, bei Lohnbewegungen und Differenzen eingreifen soll, Cassen und Bücher der einzelnen Geschäftsstellen zu revidieren und sonstwie in jeder Weise die Verbandsinteressen wahrzunehmen hat. Dem Bezirksleiter wird eine viergliederige Commission beigegeben, welche alljährlich erneuert wird. Die Bezirksleiter, der jeweilige Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin und die besoldeten Mitglieder des Vorstandes bilden den ergänzenden Ausschuss des Vorstandes, welcher nach Bedarf zusammengerufen wird und näher bestimmte wichtige Angelegenheiten zu erledigen hat.

Weitere Bestimmungen sind getroffen worden über die Abhaltung von Bezirks- und Berufsconferenzen.

Die Gehaltsfrage wurde für alle Verbandsbeamte in folgender Weise reguliert: Das Anfangsgehalt beträgt im Minimum Mk. 160 pro Monat und steigt in den ersten 5 Jahren um Mk. 100 jährlich und später um Mk. 75 jährlich bis zum Höchstbetrage von Mk. 3000. Gelegentlich der Gehaltsfestsetzungen kam es in einigen Gewerkschaften zu recht hässlichen Aeusserungen, die da zeigten, dass in diesen Dingen Kurzsichtigkeit, Neid und Scheelsucht noch immer nicht ganz verschwunden sind.

Die Neutralitätsfrage wurde in dieser Gewerkschaftswoche ebenfalls behandelt, und zwar bei den Bergarbeitern, Metallarbeitern, sowie auch in Cöln, Speyer und Crefeld. Der Bergarbeiterverband und dessen Leiter, Genosse Hué, beobachteten bisher stricte Neutralität. Hué wurde wegen seiner „auf die Spitze getriebenen“ Neutralität ganz überflüssigerweise angegriffen. Die Mehrheit der Delegierten stellte sich indessen auf den, in diesem Falle durchaus correcten, Standpunkt der Verbandsleitung.

Im Metallarbeiterverbande scheint man in diesem Punkte etwas nervös zu werden, wenn es sich um Nichtsocialdemokraten handelt. Die Berliner Verwaltungsstelle wählte

bekanntlich zum zweiten Bevollmächtigten seiner Zeit den angeblichen Anarchisten Pawlowitsch, aber der Hauptvorstand versagte dieser Wahl seine Bestätigung. Soviel hierüber bekannt geworden ist, unterblieb die Bestätigung aus dem Grunde, weil Pawlowitsch sich nicht zu dem Amte eigne, und der Mangel an guter Eigenschaft zum Verbandsamt soll vorwiegend in der wenig vorschriftsmässigen Gesinnung begründet gewesen sein. Wenn die Sache thatsächlich so liegt, wäre das sehr schlimm, denn darin käme genau dieselbe reactionäre Tendenz zum Durchbruch, die wir in den Hirsch-Dunckerschen Reverspraktiken oder auch in den officiellen Massnahmen der heutigen Staatsweisen den Socialdemokraten gegenüber nachdrücklich bekämpfen. Bei den Hirsch-Dunckerschen in Cöln zeigte sich, wie zu erwarten war, offene Rebellion. Um den berüchtigten Revers wurde heiss gestritten. Es ist offensichtlich, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder eine gesunde und schneidige Gewerkschaftspolitik will und dass das Bremswerk der alten Herren immer mehr versagt. Die Beibehaltung des Reverses (Nichtaufnahme von Socialdemokraten) wurde diesmal noch mit 27 gegen 21 Stimmen beschlossen. Die Majoritäten werden immer kleiner. Die christlichen (katholischen) Gewerkschaften konnten mit ihrem Compromissierenden Eindruck erzielen. Immerhin hat sich aber das Streben nach selbständiger und energischer Gewerkschaftspolitik in diesen Kreisen stärker geltend gemacht, wie eine in diesem Sinne beschlossene Resolution beweist. Im übrigen sprach man sich für stricte Neutralität aus. Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen seien erwähnt: Unterstützungs-wesen, Verleihung der Corporationsrechte, Krankenversicherungsgesetz, Gesetz, betr. die Gewerbegerichte etc. Was endlich die in Speyer vertretenen ewigen evangelischen Arbeitervereine anbetrifft, so sind dieselben hier zwar nicht im gewerkschaftlichen Sinne zu nehmen, aber doch hat die Gewerkschaftsfrage eine Krisis in ihren Reihen erzeugt. Herr Naumann trug nicht ohne Erfolg die Idee der Pflicht gewerkschaftlicher Organisation und gleichzeitig die Idee der neutralen Gewerkschaft in diese Vereine. Dadurch kam es zum Bruch mit der sogenannten Bochumer Richtung oder, was vielleicht noch verständlicher ist: mit den Harmonieduslern und den getreuen Capitalsschildknappen dieser Färbung. Ob dieser Vorgang für die deutsche Gewerkschaftsbewegung wirklich so belanglos ist, wie mehrfach behauptet worden ist, bleibt abzuwarten, und es hängt ganz von dem

Eifer und der Geschicklichkeit ab, mit welcher die gewerkschaftliche Agitation betrieben wird, ob resp. wann diese Arbeitermassen für die freien Verbände zu gewinnen sind.

Kurze Chronik. Nach den Mitteilungen des Correspondenzblattes der Generalcommission ergibt sich über die inländische Strikebewegung der Berichtsperiode das folgende etwas unvollständige Bild (die eingeklammerten Zahlen bedeuten Strikes bezw. Aussperrungen): Bergbau (1), Steine und Erden (12), Metalle, Maschinen (12), Textilindustrie (4), Leder (3), Nahrungsmittel (11), Bekleidung (9). Eine Zusammenstellung der Kämpfe des Maurerverbandes nach dem Grundstein ergibt 30 Strikes, ausserdem auf 23 verschiedenen Stellen Sperrungen und Differenzen, und in 11 Fällen sind die Maurer durch Strikes anderer Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Holzarbeiterverband ist nach den zusammengestellten Berichten der Holzarbeiterzeitung in der Berichtsperiode (Mitte Mai bis Mitte Juni) in 38 Fällen mehr oder minder stark engagiert gewesen. Ausserdem sind noch 15 Strikes verschiedener Gewerke zu verzeichnen, worunter nicht einbegriffen ist die Aussperrung in Cöslin. Von grösseren und bemerkenswerten ausländischen Strikes sind in Italien 5, Frankreich 1, Russland 3, Schweiz 3, Skandinavien 4, Nordamerika 4 und etliche in Ungarn und Spanien zu zählen. Ein Boycott, der die gesamte deutsche Arbeiterschaft angeht, ist infolge der Aussperrung der Tabakarbeiter Nordhausens über die Nordhäuser Rolltabakfabricate verhängt worden. *Heinrich Bürger.*

Genossenschaftsbewegung.

Einen recht interessanten Vorschlag zur genossenschaftlichen Selbsthilfe der Frauen, durch die Gründung von **Wirtschaftsgenossenschaften**, macht Lily Braun in ihrer kleinen Broschüre: **Frauenarbeit und Hauswirtschaft** (Verlag des Vorwärts in Berlin). Die wirtschaftliche Entwicklung — so führt die Verfasserin aus — hat im Laufe der Jahrhunderte der Frau eine hauswirtschaftliche Thätigkeit nach der anderen aus der Hand genommen. Zu gleicher Zeit hat sie ihr aber auch — insbesondere der Proletarierin — in immer steigendem Masse die Notwendigkeit einer Erwerbsarbeit aufgedrängt und so einen Zustand geschaffen, in dem selbst das Wenige, was ihr heute an Handarbeit geblieben ist, noch ein Zuviel ist. Die verheirateten Fabrikarbeiterinnen, (deren es jetzt etwa eine halbe Million in Deutschland giebt), gehen an dieser

Pflichtenüberbürdung physisch und seelisch zu Grunde, ohne dabei, selbst beim besten Willen, im stande zu sein, ihren häuslichen Aufgaben, insbesondere der Erziehung und Pflege der Kinder, gerecht zu werden. Aehnliche, wenn auch nicht ebenso grosse Schwierigkeiten und Conflicte ergeben sich für die bürgerliche eine wissenschaftliche, künstlerische oder sonstige Thätigkeit ausübende Frau, die meist auch vor der Wahl steht, entweder darauf zu verzichten, in ihrem Berufe etwas Tüchtiges zu leisten oder ihren Haushalt zu vernachlässigen. Alles, was bisher gegen diese schlimmen Begleiterscheinungen der Erwerbsthätigkeit der Frau angewandt resp. angepriesen wird, (Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, Einschränkung der Arbeitszeit in den Fabriken, Kindergärten, Volksküchen, gemeinsame Waschküchen etc.) ist teils undurchführbar, teils durchaus unzulänglich. In der Anwendung der Genossenschaftsform auf die Hauswirtschaft glaubt nun Lily Braun das Mittel gefunden zu haben, das es der verheirateten Hand- und Kopfarbeiterin ermöglichen soll, ohne Schädigung des Hauswesens ihrem Berufe nachzugehen. Geben wir ihr zur Schilderung ihrer Wirtschaftsgenossenschaft selbst das Wort:

„In einem Häusercomplex, das einen grossen, hübsch beplantzten Garten umschliesst, befinden sich etwa 50 bis 60 Wohnungen, von denen keine eine Küche enthält . . . An Stelle der 50 bis 60 Küchen . . . tritt eine im Erdgeschoss befindliche Centralküche, die mit allen modernen, arbeitssparenden Maschinen ausgestattet ist. Vorratsraum und Waschküche, die gleichfalls selbstthätige Waschmaschinen enthält, liegen in der Nähe; ebenso ein grosser Esssaal, der zu gleicher Zeit Versammlungsraum und tagsüber Spielzimmer der Kinder sein kann. Die ganze Hauswirtschaft steht unter einer erfahrenen Wirtschafterin; ein oder zwei Küchenmädchen stehen unter ihrer Aufsicht . . . Die Mahlzeiten werden, je nach Wunsch und Neigung, im gemeinsamen Esssaal eingenommen oder durch besondere Speiseaufzüge in alle Stockwerke befördert. Die Erwärmung der Wohnungen erfolgt durch Centralheizung, so dass auch hier 50 Oefen durch einen ersetzt werden. Während der Arbeitszeit der Mütter spielen die Kinder, sei es im Saal, sei es im Garten, wo Turngeräte und Sandhaufen allen Altersclassen Beschäftigung bieten, unter Aufsicht der Wärterin.“ Abends dient dann der Saal als Zusammenkunftsort für die Eltern, wo sie sich die Unterhaltung nicht durch Alkoholgenuss zu erkaufen brauchen.

Man sieht ein ganzes Stück Zukunftsstaat und doch keins, das nicht in all seinen einzelnen Teilen bereits Vorbilder im heutigen Wirtschaftsleben aufwies. Die Schwierigkeiten, die sich seiner Wirklichkeit entgegenstellen, scheinen uns daher auch keineswegs auf wirtschaftstechnischem Gebiete zu liegen. Ebenso wenig bestehen in ökonomischer Beziehung unüberwindliche Hindernisse. Die nötigen Capitalien wären durch die Bildung von Anteilen und die Aufnahme von Darlehen, die für derartige Zwecke von den Versicherungsanstalten etc. zu mässigem Zinsfusse zu haben sind, zu beschaffen. Auch die Rentabilität des Unternehmens würde nach den Berechnungen von Lily Braun ausser Zweifel sein. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen vielmehr auf der psychologischen Seite. Zunächst dürfte es eine sehr schwere Aufgabe sein, speciell die Arbeitermassen, die gerade in dieser Beziehung ziemlich starr am Gewohnten festhalten, zu einer so vollständigen Umwälzung ihrer ganzen Lebensführung zu veranlassen. Vergegenwärtigen wir uns ferner die unendliche Summe von Reibungsmöglichkeiten, die durch ein so enges Zusammenleben, durch die gemeinsamen Mahlzeiten, das Zusammenspielen der Kinder, die Notwendigkeit einer Verständigung über die Principien der Wirtschaftsführung gegeben sind, denken wir an die geringe Aussicht, die Köchin und Kindergärtnerin haben werden, es allen recht zu machen. Diese Schwierigkeiten würden u. E. genügen, um die Verwirklichung des Planes in der Form, dass eine sonst noch nicht wirtschaftlich organisierte Anzahl von Familien sich eigens zu diesem Zwecke zusammenthäte, zu einem so gut wie aussichtslosen und, da es sich bei einem Fehlschlagen um die gänzliche oder teilweise Vernichtung ziemlich hoher ökonomischer Werte handeln würde, für die Beteiligten auch höchst gefährlichen Unternehmen zu gestalten. Günstiger liegt die Sache, wenn, wie die Verfasserin es ja auch in Vorschlag bringt, schon bestehende grössere Genossenschaften die Errichtung zunächst einmal eines derartigen Wirtschaftscomplexes in die Hand nähmen. Dabei würde sich zunächst das Risiko auf eine viel grössere Zahl von Personen verteilen. Dieser grössere Personenkreis würde zugleich aber auch als Rekrutierungsfeld für die durch das Ausscheiden unzufriedener Mitglieder aus der Wirtschaftsgemeinschaft frei werdenden Stellen dienen, die Aussicht auf ein Gedeihen des Unternehmens also eine viel grössere sein.

Solche Genossenschaften sind die Baugenossenschaften, dann aber auch vor

allem die Consumvereine der Grossstädte mit ihrer grossen, gerade die ärmeren Teile der Bevölkerung umspannenden Mitgliedschaft. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Verwaltungen der grossen und kapitalkräftigen Consum- und Baugenossenschaften den Vorschlag der Frau Braun einer lebhaften Discussion unterziehen würden.

*

Wir berichteten im Juni-Heft (pag. 453) von dem Beschlusse des Revisionsverbandes Vorwärts, sich im Interesse eines gemeinsamen Handels aufzulösen und den einzelnen Vereinen den Anschluss an den Allgemeinen Verband zu empfehlen. Auf die inzwischen erfolgte Anmeldung hin haben diese Vereine nun die höchst merkwürdige Antwort erhalten, dass der engere Ausschuss des Allgemeinen Verbandes beschlossen habe, ihre Aufnahme von der Unterzeichnung folgender Erklärung abhängig zu machen:

„Wir erklären hiermit, dass wir im Falle unserer Aufnahme in den Allgemeinen Verband Deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die wirtschaftlichen Grundsätze beethätigen werden, die bisher für die Beschlüsse des Allgemeinen Genossenschaftstages massgebend gewesen sind und dass wir die genossenschaftliche Organisation weder mittelbar noch unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke gebrauchen werden.“

Materiell ist diese Forderung ja insofern bedeutungslos, als eine politische Thätigkeit der Consumvereine ohnehin durch das Genossenschaftsgesetz untersagt ist und auch der Verband Vorwärts sowohl statutarisch als auch praktisch sich nur der Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke gewidmet hat. Die sächsischen Consumvereine könnten den Revers also ruhig unterschreiben, ohne sich in ihrer bisherigen Thätigkeit irgend welche Beschränkungen auferlegen zu müssen. Um so mehr aber ist der Beschluss des engeren Ausschusses formell eine Ungehörigkeit und angesichts des versöhnlichen Engagements der Vorwärtsvereine eine Unfreundlichkeit, die scharf gerügt werden muss und gegen die, wie wir hoffen, auf dem nächsten Genossenschaftstage energisch Protest erhoben werden wird.

*

Wie wir seiner Zeit mitteilten, hatte der Genossenschaftstag in Hannover beschlossen, bei den Consumvereinen eine Statistik über den Warenverbrauch der wichtigsten Warengattungen, insbesondere solcher, die durch Ringe und Cartelle verteuert werden, aufzunehmen. Das Resultat dieser Erhebungen

ist jetzt in einer Nr. 19 der Blätter für Genossenschaftswesen beigefügten grossen Tabelle veröffentlicht worden. Es konnten dabei berücksichtigt werden die Angaben von 339 Vereinen, die auf die an 607 Vereine geschickten Anfragen rechtzeitig geantwortet hatten. Dr. Crüger bemerkt zu dem Ergebnisse, dass das hier gesammelte reichhaltige Material, wenn es auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen könne, doch „dem, der sich für die Sache interessiert, willkommen sein und ihm die Möglichkeit bieten werde, auf dieser Grundlage der eigentlich bewegenden Frage näher zu treten, welche Warenartikel sich zur Eigenproduction durch die Consumvereine besonders geeignet erweisen.“

Nach den Zahlen der Tabelle dürften es vor allem die folgenden, sich durch eine hohe Verbrauchsziffer auszeichnenden Artikel sein, die für eine gemeinsame Production der Consumvereine in Betracht kämen: Zucker (12 422 728 kg), Seife (3 694 477 kg), Lichte (263 476 kg), Margarine (1 895 181 kg), Cigarren (78 281 984 Stück) und Streichhölzchen (3 206 851 Pack.); vielleicht auch Blousen, Hemden, Beinkleider, für die bei vielen Vereinen ein recht bedeutender Absatz ist. — Auch auf den meisten in letzter Zeit abgehaltenen Unterverbandstagen ist die Frage der Eigenproduction angeschnitten und stets in sympathischer Weise behandelt worden. Wir dürfen daher wohl mit Recht für die nähere Zukunft eine Fortentwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung in dieser Beziehung erwarten.

*

Zu unserer im Mai-Heft (pag. 387) gebrachten Notiz über die Normierung der Gehälter der Comptoir- und Lagerangestellten werden wir von Genossen Max Josephsohn im Auftrage des Centralverbandes der Handlungsgehilfen Deutschlands ersucht, berichtend hinzuzufügen, dass „die der Versammlung der Vereinsvertreter vorgelegte Gehaltsscala nicht den Forderungen der Angestellten entsprach, die vielmehr in der — bedeutend weitergehenden — Haller Resolution niedergelegt sind. Die Leipziger Scala entstand durch einen

Compromiss, den die Angestellten in der Hoffnung eingingen, damit eine friedliche Erledigung ihrer Forderungen zu erreichen. Diese Hoffnung ist fehlgeschlagen, da die Versammlung in Leipzig die Scala abgelehnt hat.“ — Des weitern spricht die Zuschrift ihren schärfsten Tadel aus gegen „diejenigen Vereinsverwaltungen, die um einer für sie geringfügigen Differenz einen Kampf der Angestellten gegen die Genossenschaften provocieren.“

Wir bemerken zu dieser Berichtigung, dass sie unsere Notiz nur insofern trifft, als wir in derselben nicht der ursprünglichen Forderungen der Angestellten Erwähnung gethan hatten, die aber für die Leipziger Verhandlungen auch gar nicht mehr in Betracht kamen, da sie, wie die Berichtigung ja selbst zugiebt, zu gunsten einer neuen „Compromiss“scala zurückgezogen waren. Die in der letzteren niedergelegten Mindestforderungen differierten aber, wie wir gleichfalls mittheilten, mit den von der Commission der Consumvereine der Leipziger Versammlung gemachten Vorschlägen, die wohl auch einen „Compromiss“ darstellten, eben in jenem einem Punkte (bez. des Höchstgehaltes in den Grossstädten). Leider ist es den verhandelnden Parteien auch weiterhin nicht gelungen, sich, wie wir hofften, auf einer Mittellinie zu vereinigen, so dass jetzt ein durch eine sehr scharfe Resolution der Angestellten eingeleiteter Kampf entbrannt ist. Auf welcher Seite die grössere Schuld, der grössere Mangel an Entgegenkommen liegt, vermögen wir von hier aus nicht zu beurteilen; wir können nur unser Bedauern über das der Genossenschaftsbewegung schädliche Resultat aussprechen.

*

Der dem Genossenschaftscongress in Middlesborough vorgelegte Bericht des Centralausschusses enthält wiederum eine umfassende und wohlübersichtliche Statistik der englischen Genossenschaftsbewegung. Wir können dieselbe hier natürlich nicht in extenso wiedergeben, müssen uns vielmehr darauf beschränken, einige der wichtigsten Zahlen im nachstehenden mitzuteilen:

	1899	1900
Zahl der Genossenschaften	1651	1634
Zahl der berichtenden Genossenschaften	1613	1602
Mitgliederzahl	1 729 976	1 827 653
Anteile Mk.	427 630 540	462 074 580
Umsatz „	1 396 700 000	1 545 537 160
Reingewinn „	156 465 440	171 476 000
Angelegtes Capital „	269 386 708	284 338 640

Die einzelnen Genossenschaftsarten || participieren an diesen Zahlen, wie folgt:

	Genossen- schaften	Mitglieder	Anteile Mk	Umsatz Mk.	Gewinn Mk.	
Engl. Grosseinkaufsgesell.	1899	1	1079	16 424 480	288 247 500	6 5. 2 660
" "	1900	1	1078	17 675 820	320 877 800	6 6. 7 260
Schott. Grosseinkaufsges.	1899	1	601	4 840 180	100 283 780	4 5. 2 120
" "	1900	1	609	5 082 260	109 272 620	5 9. 1 540
Consumgenossenschaften	1899	1473	1 613 460	378 680 440	900 948 920	140 5. 4 960
" "	1900	1464	1 709 371	411 724 620	1 001 071 340	154 9. 6 760
Productivgenossenschaften	1899	153	32 987	16 494 180	54 518 700	3 5. 7 420
" "	1900	149	33 149	16 521 760	56 449 320	3 6. 0 200
Darlehncassen	1899	15	80 986	10 856 540	56 160 140	1 2. 7 160
" "	1900	11	82 252	10 784 240	57 205 180	1 3. 2 800
Besondere Genossenschaft.	1899	8	1 201	334 720	540 960	76 120
" "	1900	8	1 242	321 880	660 900	-6 440

Diese Tabellen zeigen, verglichen mit den dem vorjährigen Congress vorgelegten (siehe Socialistische Monatshefte, 1900, pag. 428 ff.), dass das rapide Entwicklungstempo, insbesondere der Consumgenossenschaften, auch in diesem Jahre angehalten hat. Der kleine Rückgang in der Zahl der Vereine ist fast oder ganz ausschliesslich auf die im letzten Jahre besonders häufig vorgenommene Verschmelzung von Consumvereinen, die sich bei zu grosser Ausdehnung gegenseitig ins Gehege kamen, zurückzuführen. Dagegen sehen wir, dass die Mitgliederzahl der Consumvereine um 6 $\frac{1}{2}$ %, Umsatz und Reingewinn sowohl dieser Vereine als auch der beiden Grosseinkaufsgesellschaften um rund 10% gestiegen sind, ein Tempo, das in 10 Jahren zur Verdoppelung der jeweiligen Grösse führt.

Der Wert der von den verschiedenen Genossenschaften hergestellten Erzeugnisse belief sich insgesamt auf 129 508 860 Mk. Den grössten Umfang darin hatte die Schuhfabrication mit 19 302 100 Mk., dann folgt die Weberei mit 14 551 660 Mk. Landwirtschaftliche Production wurde in folgendem Umfange betrieben: Areal 6994 Acres, Capital 2 558 720 Mk., Gewinn 77 560 Mk., Verlust 30 420 Mk.

Soweit das statistische Material; auf die Verhandlungen des Congresses werden wir in nächster Nummer zu sprechen kommen.

*

Kurze Chronik. Die Einladung zum 42. Genossenschaftstage des Allgemeinen Verbandes ist ergangen. Derselbe wird vom 1. bis 7. September in Baden-Baden stattfinden. Auf der allgemeinen Tagesordnung steht ein Antrag betr. Förde-

rung von Bildungsvereinen. Unter den besonderen Angelegenheiten der Consumvereine sollen Berichte über die Ergebnisse der Einkaufsvereinigungen, über die Taranquète sowie die Eigenproduction zur Besprechung gelangen. Consumvereinsgründungen stehen in Aussicht in: Neumünster, Lüneburg, Sangershausen, Hall in Württemberg. Definitiv constituirt wurden Vereine in: Heidelberg, Crefeld, Vosswinkel, Meuselwitz, Rathenow, Stollberg, Uslar, Eisenach, Frohburg, Adorf i. Voigtl., Münster, Waldkirch und in einer weiteren Anzahl kleinerer Orte. — Der Schweizer Bundesrat hat in einer in Sachen des Verbots der Teilnahme der Zoll- und Postbeamten an den Consumverwaltungen (vgl. Mai-Heft pag. 387) gegebenen Audienz den Vertretern des schweizerischen Genossenschaftsbundes versprochen, die Angelegenheit in Wiedererwägung zu ziehen. — Der Spinnereibesitzer Zai-Kappeler in Torgin in der Schweiz hat seine Fabrik den von ihm beschäftigten 120 Arbeitern zum Geschenk gemacht, die sie als genossenschaftlichen Betrieb weiterführen sollen. Er selbst hat sich die unentgeltliche Oberleitung vorbehalten. — Dem von den schottischen Genossenschaften errichteten Reconvalescentenheime an der schottischen Seeküste werden demnächst eine Reihe weiterer, die die Nord-, die Nordwest- und die Midland-Section des englischen Genossenschaftsbundes zu gründen beabsichtigen, folgen. Die Grosseinkaufsgesellschaft unterstützt die Bewegung dadurch, dass sie sich bereit erklärt hat, in denjenigen Districten, wo die Vereine 50% der Kosten eines Heims auf-

gebracht haben, den übrigen Betrag hinzu-zusteuern.

Gertrud David.

Sociale Communalpolitik.

Das Erbbaurecht hat in dem vergan-genen Berichtsmonat wiederum Eroberungen gemacht. Den beiden Pionieren auf diesem Gebiete, den Städten Frankfurt a. M. und Halle, schliesst sich nunmehr Leipzig an. Seit langen Jahren herrscht hier ein chronischer Mangel an kleinen Wohnungen. Anfang 1891 gab es in der Stadt 5396 leerstehende Woh-nungen, wovon 399 mit 1, 683 mit 2 heiz-baren Zimmern; Ende 1899 waren von 1152 leerstehenden Wohnungen nur 106 mit 1 und 234 mit 2 Zimmern. Wie in anderen Grossstädten, so ist auch in Leipzig ein grosser Teil dieser trotz acutester Wohnungs-not nicht besetzten Wohnungen einfach un-bewohnbar, so dass nach Abzug derselben die Zahl der brauchbaren Wohnungen ver-schwindend klein ist. Die starke Besetzung der Exmittiirtenhäuser beweist am besten, wie hoch die Not gestiegen ist. Mit dem Mangel an Wohnungen haben sich natürlich die Mietpreise erhöht, um 50% und mehr, so dass sie für ein Arbeiterbudget fast un-erschwinglich sind. Allerdings sind diese Mietpreise, wie der Vicevorsteher der Leip-ziger Stadtverordnetenversammlung bemerkte, das „natürliche Ergebnis aller uns umgebenden Factoren“, aber aus dieser natürlichen Eigen-schaft schöpft der Arbeiter nur wenig Trost. Für ihn ist es ebenso gleichgiltig, ob die Mietpreise aus bitterer Not oder aus Lust am Steigern erhöht werden. Um der unerträg-lichen Wohnungsnot in etwas abzuhelpfen, schloss der Rat der Stadt Leipzig mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft einen Ver-trag und überliess ihr ein Areal von 125000qm auf die Dauer von 100 Jahren. Nach Ab-zug des Landes für die Strassen- und Platz-anlagen bleiben 79500 qm für die Bebauung übrig. Der jährliche Pachtzins wurde auf 12 Pf. per Quadratmeter festgesetzt. Die Gesellschaft beabsichtigt nun, von der Ver-sicherungsanstalt Sachsen eine 3procentige Hypothek für die Errichtung der Wohnhäuser aufzunehmen. Im Laufe der Pachtdauer sind diese Hypotheken zu amortisieren, so dass am Ende derselben die sämtlichen Gebäude und Anlagen unentgeltlich in den Besitz der Stadt kommen. Um zu verhüten, dass die Gebäude am Ende der Pachtdauer in Verfall geraten, behält sich die Stadt das Recht vor, während der letzten 20 Jahre vor Ablauf des Vertrages die Instandhaltung der Gebäude zu überwachen. Die Stadt übernimmt der Ver-sicherungsanstalt gegenüber die Garantie für die Verzinsung und Amortisation der Hypo-

theken. Die Kosten der auf 471000 Mk. veranschlagten Strassenanlagen werden von der Stadt gedeckt, sind aber von der Gesell-schaft mit 4⁰/₁₀ zu verzinzen. Auf dem Areal sollen in offener Bauweise 140 Wohnhäuser mit kleinen Wohnungen errichtet werden. Unnötig zu sagen, dass die Hausbesitzer-partei des Stadtverordnetencollegiums dem agnzen Project in bitterster Feindschaft gegen-überstand. Es war vor allem der niedrige, ganz „unangemessene“ Pachtzins, der ihren Zorn erregte. Die Stadt würde ihren Be-rechnungen nach jährlich an der Pacht die horrende Summe von 20000 Mk. einbüßen. Gerade der niedrige Pachtsatz wird aber eine Verbilligung der Wohnungen ermöglichen, daher die Anträge, ihn zu verdoppeln und auch von dem Strassenareal zu erheben. Nur mit 3 Stimmen Mehrheit wurde die Rats-vorlage mit einigen unwesentlichen Abände-rungen angenommen. Damit ist ein Anfang gemacht — und es wäre zu wünschen, dass die Stadt nunmehr selbst den Bau von kleinen Wohnungen in grösserem Umfange in An-griff nimmt.

*

Auch auf dem **Hannoverschen Städte-tage**, der am 10. Juni in Celle zusamen-trat, hat das Erbbaurecht im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden. Der Oberbürger-meister von Emden, einer der wenigen deut-schen Städte, die selbst Arbeiterwohnungen gebaut haben, Herr Fürbringer, hielt ein erschöpfendes Referat über disse Institution, dessen Inhalt er in einer Reihe von Leit-sätzen zusammenfasste. Wir citieren hier den Teil IV derselben, weil er zeigt, wie tief in die bürgerlichen Kreise der Gedanke einer Expropriation des städtischen Bodens durch die Gemeinden eingedrungen ist. Der Ab-schnitt lautet:

„Um das Erbbaurecht in weiterem Um-fange nutzbar zu machen, zur Verhütung ungesunder Bodenspeculation und zur Er-leichterung der Erbauung möglichst vieler kleiner, billiger und gesunder Wohnungen ist durch Vorstellung bei der königlichen Staatsregierung anzustreben:

1. die gesetzliche Erweiterung des Ent-eignungsrechtes für die Stadtgemeinden in Bezug auf den Erwerb geeigneter Bauterrains zur Herstellung solcher Wohnungen auf Erb-baurecht, deren dauernder gemeinnütziger Charakter gewährleistet ist;

2. die Begünstigung und Erleichterung der Veräusserung fiscalischer Grundstücke an die Stadtgemeinden zu billigen Bedin-gungen.“

Das ist ein sehr fruchtbarer und richtiger Gedanke. Die wenigsten Gemeinden sind im

Besitz grosser, zur Bebauung geeigneter Terrains. Da hilft dann das schönste Statut über die Vergebung von Erbbaurechten nichts. Haben aber die Gemeinden das Recht, Grund und Boden zu Bauzwecken zu enteignen, so können sie, falls sie nicht selbst bauen wollen, in Verbindung mit gemeinnützigen Baugesellschaften und mit der Anwendung des Erbbaurechts sehr hübsche Resultate auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues erzielen. Wir brauchen kaum noch hinzuzufügen, dass Herr Oberbürgermeister Fürbringer für seine socialpolitisch so fortgeschrittenen Gedanken wenig Verständnis auf dem Städtetage fand. Brachte es doch ein Bürgermeister fertig, den Bau billiger Wohnungen als nicht im Interesse der hannoverschen Städte liegend zu bezeichnen. Und dieser Herr stand nicht allein!

*

Den übrigen süddeutschen Staaten schliesst sich nunmehr auch Württemberg mit einer Verfügung des Ministeriums des Innern über die Wohnungsaufsicht an. Danach muss in sämtlichen Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern eine ortspolizeiliche Wohnungsaufsicht eingerichtet werden; in Gemeinden mit 3000 oder weniger Einwohnern bleibt es der Gemeindeverwaltung überlassen, ob sie von ihrem Recht Gebrauch machen will. Der Inspection unterliegen alle aus drei oder weniger Wohnräumen bestehenden Wohnungen, alle Wohnungen, in denen Schlafgänger gegen Entgelt aufgenommen werden, alle zur gewerbsmässigen Beherbergung von Fremden bestimmten Räume, alle Schlafelassen der im Hause des Arbeitgebers oder der Dienstherrschaft wohnenden Arbeiter, Lehrlinge und Dienstboten. Die Küchen gelten als Wohnräume. Der Umfang der Inspectionobjecte muss als durchaus zutreffend bezeichnet werden; sind es doch überall einmal die kleinen Wohnungen, und auf der anderen Seite die Räume der Schlafgänger, Gewerbsgehilfen und Dienstboten, in denen die ärgsten Uebelstände angetroffen werden. Die Wohnungen sind nach Bedarf, mindestens aber alle zwei Jahre einmal zu besichtigen. Die Organe der Wohnungsaufsicht sind von der Gemeindeverwaltung anzustellen. Dieselben können entweder besondere Inspectoren mit der Wohnungsaufsicht beauftragen oder die Mitglieder der Ortsfeherschau und deren Stellvertreter, aber auch andere geeignete Persönlichkeiten dazu heranziehen. Leider gestattet die Verfügung auch die Verwendung von Schutzleuten und Polizeidienern, anstatt gerade diese am wenigsten geeigneten Sicherheitsorgane auszuschliessen. Es liegt infolgedessen die Gefahr vor, dass

gerade die kleineren Gemeinden sich darauf beschränken werden, die Wohnungsaufsicht den Schutzleuten zu übertragen. Die Grundsätze, nach denen die Inspection vorgenommen werden soll, bieten wenig Neues und bleiben in verschiedenen Punkten hinter den hygienischen Mindestforderungen zurück. So werden für jeden Bewohner nur 10 cbm Luftraum, für jedes Kind unter 14 Jahren nur 5 cbm gefordert. Dabei fehlt es an jeder Bestimmung über die erforderliche Bodenfläche. Anzuerkennen ist das Verbot von Kellerwohnungen überhaupt und das Verbot, Räume zum Schlafen zu benutzen, in denen für den Handel und Verkehr bestimmte Nahrungsmittel verarbeitet oder aufbewahrt werden. Selbstverständlich soll die Wohnungsaufsicht in schonendster Weise gehandhabt werden, polizeiliche Auflagen erst dann gemacht werden, wenn eine Herbeiführung geordneter Zustände auf anderem Wege aussichtslos ist. Auch diese Fürsorge für die Hausbesitzer ist charakteristisch. Ein Paragraph, der den Polizeibehörden energisches Eingreifen in allen Fällen baulicher Verfallens und gewissenloser Ausschachtung der Gebäude vorschreibt, wäre bei der so wie so recht starken Tendenz der Gemeindeverwaltungen, die Hausbesitzer zu schonen, eher am Platze gewesen. Trotz dieser und anderer Mängel bedeutet die ministerielle Verfügung einen beträchtlichen Fortschritt; allerdings wird alles auf die Ausführung ihrer Bestimmungen ankommen.

*

Die socialdemokratische Partei, das dürfen wir kecklich und mit Stolz aussprechen, ist die einzige Partei, die ein Verständnis für die Aufgaben und die Bedeutung der Gemeindeverwaltung im Rahmen der fortschrittlichen Entwicklung des Gemeinwesens hat. Sie ist den Problemen derselben näher getreten und hat ihre Lösung energisch und zielbewusst in Angriff genommen. Sie allein hat umfassende Programme für die Thätigkeit ihrer Genossen aufgestellt. Wo sie daher in die Gemeindevertretungen eingedrungen ist, hat sie Leben in die alte Stagnation gebracht und mit ihren Ideen das brache Land der Gemeindeverwaltung befruchtet. Mit ihrer rastlosen Arbeit hat sie sich einen tiefgehenden Einfluss errungen, dem sich auch die alten bejahrten Parteien nicht entziehen können. Wohl oder übel müssen diese, wollen sie nicht ihren Halt und ihren Anhang in den Wählermassen gänzlich verlieren, ihren ablehnenden, rein manchesterlichen Standpunct aufgeben, ihrerseits zu den communalen Fragen Stellung nehmen und sich ein Communalprogramm geben. Man

kann nicht länger gänzlich im Sumpfe versumpfen. Das hat nun endlich auch der freisinnige Communaliberalismus Berlins begriffen, dessen einziges Princip bisher die vollendetste Thatenlosigkeit gewesen ist. Er hat eine Commission gewählt, und diese hat Grundsätze für die Communalwahlen, ein freisinniges Communalprogramm aufgestellt. Es ist ein Programm, so prächtig, „zeitgemäss“, wie es eben nur der Communalfreisinn fertig bringt. Schon gleich der Eingang: Unbedingtes Eintreten für die Selbstverwaltung nach den Bestimmungen der Städteordnung von 1853! Also das Ideal des Freisinns eine Städteordnung aus der Zeit der grimmigsten Reaction mit einer Selbstverwaltung, die auch nicht der Schatten einer Selbstverwaltung ist. Höher wagt sich der politische Gedanke der Freisinnshelden nicht. Dann weiter: Beseitigung der Classenwahlen und Einführung des geheimen Wahlrechts für die Stadtverordnetenversammlung, aber beileibe kein allgemeines Wahlrecht! In der Unterrichtsverwaltung wird Ausgestaltung des Schulwesens nach den „Anforderungen der Jetztzeit“ gefordert, worunter sich jeder denken kann und darf, was er will; Unabhängigkeit der Schule von der Kirche, aber natürlich Religionsunterricht in der Schule, „zeitgemässe“ Organisation der Volksschule, möglichste Beseitigung der fliegenden Classen, d. h. soweit dies ohne zu starke Belastung des steuerzahlenden Philisters möglich, Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel an bedürftige Kinder, damit ihnen ja das Armenbrandmal aufgedrückt bleibt, „zeitgemässer“ Ausbau des Fortbildungsunterrichts — das ist im wesentlichen das Schulprogramm des Communalfreisinns. Aehnlich „zeitgemäss“ ist seine Stellung gegenüber den anderen Fragen der Communalpolitik. In der Steuerverwaltung kennt er nur das Ideal, den Einkommensteuersatz von 100% nicht zu überschreiten. Das ist das A und O seiner Steuerpolitik; ihr Gedankenreichtum wird die Wähler nicht gerade verblüffen. Das Verkehrswesen soll ausgebaut werden — von wem wird nicht gesagt, wahrscheinlich aber von der privaten Unternehmung, da die zweite Forderung dieses Abschnittes die „Erringung eines massgebenden Einflusses der Stadtgemeinde auf dasselbe“ ist und die Stadt doch auf selbstgebaute und betriebene Linien keinen Einfluss zu erringen braucht. Die beiden grossen und wichtigen Gebiete des Armenwesens und der Krankenpflege werden von der Commission sehr glatt erledigt: „Zeitgemässe Einrichtungen und Verbesserungen in der Armen- und Gesundheitspflege“. Warum hat sich die Commission ihre Auf-

gabe nicht noch weiter vereinfacht? Warum schrieb sie nicht: „Einzigster Paragraph. Zeitgemässe Einrichtungen und Verbesserungen in der Communalverwaltung“ und sparte somit Tinte, Feder und Papier? Die im öffentlichen Interesse errichteten Unternehmungen sollen sociale Musteranstalten werden, für ihre Leistungen nicht übermässige Preise genommen werden — ein köstlicher Passus. Aber die Perle des ganzen Programms ist doch: 7. die Wohnungsfrage. Hier zeigt sich der Communalfreisinn im vollsten Glanze. Für ihn löst sich die ganze Wohnungsfrage in der Förderung — der Bauspeculation auf. Eine Wohnungsfrage giebt es nicht für die Mieter, aber für die — Bauunternehmer. Rechtzeitige Erschliessung von Terrains zur Bebauung, Beseitigung der der Bebauung entgegenstehenden Hindernisse und Anlage neuer Verkehrswege nach diesen Bau Terrains — das verlangt das freisinnige Communalprogramm unter Wohnungsfrage. Und nun, ihr Herren Bauunternehmer, das Terrain ist geebnet, Strassen und Strassenbahnen sind angelegt, alles ist bereit, gehet hin und türmt eure vielstöckigen Mietscasernen, treibt die Mietpreise zu schwindelnder Höhe und schindet den Berliner Mieter bei lebendigem Leibe. Freisinnige Wohnungsreform sub specie der Bauspeculation und des Grundrentenwuchers! Das ist also das neue freisinnige Kommunalevangelium, verkündet im Jahre des Heils 1901! Und eine solche Partei mit solchem Programm hat noch die Stirn, existieren zu wollen!

*

Kurze Chronik. Der Bürgerausschuss von Freiburg i. B. hat die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter neu geregelt. — München-Gladbach beschloss die Errichtung eines städtischen Gaswerkes, um die Dessauer Gasgesellschaft zum Verkauf ihrer Anstalt zu zwingen. — Die Mainzer Stadtverordneten beschlossen, den Vertrag mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft zu kündigen und die Strassenbahn in eigene Regie zu übernehmen. *C. Hugo.*

Wissenschaft.

Socialwissenschaften.

Unter den vielen Einzeldisciplinen, die in letzter Zeit das Prädicat social sich zugelegt haben (sociale Ethik, Socialpädagogik etc.) scheint die sociale Hygiene die meisten Aussichten auf eine gesicherte Stellung und eine regelmässige Entwicklung zu haben.

Und dies nicht nur wegen der Wichtigkeit der in ihr Fach einschlagenden Probleme, sondern auch darum, weil ihr Material em-

pirischer Natur ist und ihre, freilich noch nicht ganz festgestellten, Arbeitsmethoden in erster Linie auf die Induction angewiesen sind. Dank diesem Umstande ist die Bewertung der socialen Hygiene im System der Wissenschaften seitens der modernen Gesellschaft eine ganz andere, als z. B. die der socialen Ethik oder der socialen Aesthetik. Während diese zu den rein ideologischen, „brodlosen“ Fächern gehören, lehnt sich die sociale Hygiene an die „zahlungsfähigen“ Forschungen des Arztes, des Psychiaters, des Statistikers und vorab des Moralstatistikers an.

Aus dieser ihrer sozusagen socialen Lage im Systeme der von der modernen bürgerlichen Gesellschaft bezahlten Wissenschaften resultiert der schwankende, zweideutige Charakter der Endergebnisse, zu denen die meisten socialhygienischen Untersuchungen gelangen. Die sociale Hygiene hat diejenigen pathologischen Erscheinungen im Leben der Individuen zu untersuchen, die massenhaft vorkommen; sie hat die socialen Ursachen dieser pathologischen Erscheinungen zu erforschen und Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie diese zu beseitigen. Die socialhygienischen Forschungen suchen auch allen drei Aufgaben gerecht zu werden, aber mit verschiedenem Grade der Klarheit und Deutlichkeit. Rücksichtslos und resolut in der Schilderung der socialpathologischen Erscheinungen selbst, aber schon minder sicher in der Aufdeckung der sie hervorrufenden socialen Ursachen, wird die moderne Forschung völlig haltlos bei der Aufstellung socialhygienischer Postulate. Das heisst: die Antworten, die die sociale Hygiene in diesem Punkte ertheilt, sind an sich richtig, wie auch die Vorschrift des Arztes an sich richtig ist, die er etwa einem schwindstüchtigen Proletarier zukommen lässt: wenig Arbeit, frische Luft, gute Nahrung. Der sociale Hygieniker fügt dem noch ein paar allgemeine Redensarten hinzu über die Notwendigkeit „eingreifender“ socialer Reformen, die den Lebensstand und das Culturniveau der Massen heben sollen. Aber welche Reformen sind zu diesem Behufe durchzuführen? Nach welcher Richtung und wie weit muss „eingegriffen“ werden, um die pathologischen Erscheinungen aus der Welt schaffen zu können? — Ueber diese Fragen schweigt sich der Socialhygieniker meist vollkommen aus.

Umsonst würde er sich dabei auf die wissenschaftliche Arbeitsteilung berufen, die es erheische, dass die socialpolitische Seite der Frage dem Gesellschaftswissenschaftler von Fach zugewiesen werde. Wir wollen hier nicht die Frage aufrollen, ob

und in wiefern eine solche auf der organologischen Theorie beruhende Arbeitsteilung gerechtfertigt sein kann. Selbst, wenn wir ihre Notwendigkeit zugeben sollten, muss doch hervorgehoben werden, dass das Prädicat social dem Forscher gewisse Pflichten auferlegt. Sociale Hygiene ist nicht bloss Volkshygiene. Sie bedeutet nicht nur die Lehre von der Sanierung der Gesellschaft überhaupt, sondern auch eine auf socialwissenschaftlicher Methode beruhende Lehre. Nur in diesem Sinne ist sie ein Zweig der allgemeinen Socialwissenschaft, nur in diesem Sinne darf sie sich social nennen. Die socialwissenschaftliche Methode verlangt aber, dass die zu untersuchenden Erscheinungen sociologisch analysiert werden, will sagen: dass einmal diejenigen Formen gesellschaftlichen Zusammenwirkens aufgedeckt werden, welche die betreffenden Erscheinungen ermöglichen, und dann diejenigen Formen ausfindig gemacht werden, innerhalb welcher die volkshygienischen Postulate sich durchführen lassen. Leider sind die meisten Arbeiten auf socialhygienischem Gebiet weit davon entfernt, ihrem socialwissenschaftlichen Charakter in vollem Umfange Rechnung zu tragen.

Auch die jüngst bei Georg Thome in Leipzig erschienene sehr verdienstliche socialhygienische Studie des Geh. Sanitätsrates Dr. A. Baer in Berlin: Der Selbstmord im kindlichen Lebensalter macht hiervon keine Ausnahme. Auch sie gehört zu jener vorherrschenden Art socialgefärbter Volkshygiene, die die sociologische Seite der Forschung völlig vernachlässigt und daher mit den Vortheilen und Mängeln dieser Art behaftet ist.

Gleich im Eingange seiner Schrift, wo der Verfasser zur Schilderung der That-sachen den Anlauf nimmt, kommen die Vortheile zum Vorschein, wird der richtige Ton getroffen. „Gar nicht selten“, sagt er, „begegnet wir unter andern Neuigkeiten in der Tagespresse einer Mitteilung, dass hier oder dort ein Kind im zarten Alter sich ertränkt, aufgehängt oder durch einen Sturz aus dem Fenster seinem Leben ein Ende gemacht habe. Die allermeisten Leser gehen, wie über so viele andere Mitteilungen, auch über diese gleichgiltig hinweg; wenige empfinden das Betrüben- und Seltene in diesem Ereignisse ernst und schmerzhaft; und nur die allerwenigsten werden zum Nachdenken über die entsetzliche Tragik dieser Thatsache und über ihre schwere Anklage gegen die Gestaltung des modernen Gesellschaftslebens angeregt“. In dem ersten Abschnitt: Von der Häufigkeit der Selbstmorde im kindlichen Lebensalter wird diese Anklage auf Grund zahlreichen statistischen

Materials, in leidenschaftsloser Sprache, wie es einer statistischen Abhandlung geziemt, noch näher dahin präcisirt, dass die kindlichen Selbstmorde bei allen civilisirten Völkern nicht in Ab-, sondern in Zunahme begriffen sind. Hier haben wir vor uns eine Seite der Verelendungstheorie, auf die bei den jüngsten Debatten innerhalb unserer Partei leider zu wenig eingegangen worden ist. In beredten Zahlen und grauenerregenden Einzelfällen spricht hier nicht nur das ökonomische Elend zu uns, sondern die menschliche Verelendung in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, eine Verelendung, die alle Classen in gleicher Weise trifft. Denn, wie vor dem Tode, besteht auch hierin zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Classen kein Unterschied. Das wird u. a. im zweiten Abschnitt: Von den Ursachen zum Selbstmorde im kindlichen Lebensalter des näheren bewiesen: Während die Kinder der Armen von den „Sorgen und Leiden, die das Leben ihnen auferlegt“, zu Grunde gerichtet werden, geschieht dies bei den Kindern der Reichen durch „das Wohlleben, die Ueppigkeit und den Ueberfluss an leiblichen Genüssen“ (pag. 48). Leider ist gerade dieser wichtige zweite Abschnitt eben mit den Mängeln behaftet, die wir hervorgehoben haben. Die sociologische Analyse der ganzen Sache fehlt, und selbst da, wo der grimmige sociologische Untergrund der geschilderten Fälle zum Handgreifen deutlich hervorbricht, wird er vom Verfasser beinahe vollständig ignoriert.

So wird in der Unterabteilung: Ursachen, welche innerhalb des kindlichen Organismus liegen, unter der Rubrik: die minderwertige Organisation folgender Fall mitgeteilt: „Ein Knabe von 15 Jahren. Sein Vater fällt auf durch einen eigentümlichen, starren Blick und ist „unerbittlich streng und stolz“. Auch sonst (!) in der Familie Erscheinungen, welche als psychopathisch aufzufassen sind. Während man von den Geschwistern des Knaben das gar nicht sagen konnte, was dieser immer ein stilles, ausserordentlich braves und frommes und dabei sehr begabtes Kind. Eines Tages entwendet er in bitterem Hunger (die Leute sind sehr arm) seinen Hausleuten einen Laib Brot. Er hat jedoch vom Brote nichts gegessen und den Hausleuten angsterfüllt alles freiwillig gestanden. Und dann hat er sich in der Angst vor der Strenge seines Vaters, von welcher er ebenfalls zu den Hausleuten sprach, die Nacht hindurch versteckt gehalten. Des anderen Tages aber legte er seinen Kopf auf eine Eisenbahnschiene und liess sich von dem heranbrausenden Zug überfahren“ (pag. 33;

Citat aus Strümpells Pädagogischer Pathologie). Wir haben in dieser Schilderung, offen gestanden, keine Spur „von minderwertiger Organisation“ entdecken können. Dieser sehr arme, aber dennoch „unerbittlich strenge und stolze“ Vater mit dem „eigentümlichen, starren Blick“, dieses Seelendrama des „stillen, ausserordentlich braven und frommen und dabei sehr begabten Kindes“, ein Seelendrama, vor dessen Feinheit die ganze Lust und das ganze Feuer eines d'Annunzio als plumpes Machwerk erscheint, — sie sind für uns ganz natürliche, ganz normale Erscheinungen — auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung, und nur von diesem aus zu begreifen.

Oder nehmen wir den Fall, welcher in der Unterabteilung: Ursachen, welche ausserhalb des kindlichen Organismus liegen, unter der Rubrik: Familie angeführt wird.

„Die Eheleute B. in Paris befanden sich im Zustande äusseren Elends. Die zwölfjährige Tochter der Leute litt schwer unter dem Anblick dieses Elends; sie enthält sich, Appetitmangel vorschützend, des Essens, um die Rationen der Eltern nicht zu schmälern. Allmählich nistet sich bei ihr der Gedanke ein, die Eltern würden weniger unglücklich sein, wenn sie ihnen nicht mehr zur Last fielen. Eines Abends zu einer Besorgung ausgeschied, nimmt sie zärtlichen Abschied von den Eltern und stürzt sich in den Fluss. Sie wird gerettet und die Not der Leute wird gehoben“ (pag. 44; Citat aus der Vierteljahrschrift: Zur Statistik des Deutschen Reiches). Auch hier starrt uns der erwähnte Untergrund recht deutlich entgegen. Nicht minder deutlich spricht er zu uns in den allgemeinen Bemerkungen, die der Verfasser über „die übermässige Bedeutung“ macht, „welche das moderne Familienleben dem Fortkommen der Kinder in der Schule beimisst“ und welche für so manchen Schüler verhängnisvoll würde. „Bildet doch in d. r. Familie fast aller Gesellschaftsclassen, in abnorm gesteigertem Grade aber in den mittleren und den oberen, die Censur, der Schulplatz, die Versetzung der Kinder den Mittelpunkt aller Ereignisse, um die sich zeitweise alles dreht. . . Ohne Rücksicht auf die individuelle geistige Fähigkeit wird der Ehrgeiz des Schülers von den Angehörigen oft lediglich aus Eitelkeit und Prahlsucht rücksichtslos angespornt und angestachelt, und so schon in der Jugend die Sucht, die Anderen zu übertreffen, in übertriebener Weise angeregt. Ein ungesunder Keim zum Strebertum wird so in das junge Gemüt des Kindes gelegt, der zu Neid und Missgunst, zur Unzufriedenheit, Unruhe und Sorge führt“ (pag.

58—59). Hier tritt der Einfluss der auf Concurrenz begründeten Gesellschaftsordnung unverhüllt hervor, ohne dass der Verfasser ihn jedoch auch nur eines Wortes für wert gehalten hätte.

Die sociologische Analyse der vom Verfasser angeführten Fälle würde zweifelsohne ergeben, dass die wei-aus grösste Zahl derselben auf die moderne, auf Privatwirtschaft und Concurrenz beruhende Gesellschaftsordnung als auf ihren letzten Grund direct oder indirect zurückzuführen ist. Der Verfasser giebt selbst zu, dass der grösste Teil der Selbstmorde bei Kindern durch die sozialen Verhältnisse bedingt ist (pag. 70). Nur ist bei ihm der Begriff sociale Verhältnisse, mit dem er als Socialhygieniker operiert, nicht näher gekennzeichnet, sociologisch nicht vertieft. Und so ist es nicht zu verwundern, wenn er zum Schlusse seiner lehrreichen Untersuchung nur zu folgendem Postulate gelangt: „Man suche die körperliche und geistige Fähigkeit des Kindes frühzeitig zu erforschen und festzustellen, und nach dieser die Grundsätze der Erziehung einzurichten. Hierzu sind die Eltern, die Lehrer, und in erster Reihe die Aerzte berufen. Gemeinschaftlich müssen sie das Wohl der Jugend überwachen und fördern“ (pag. 72). — Leichte Arbeit, gesunde Nahrung, frische Luft!

Doch seien wir gerecht! Der wissenschaftlich thätige Teil des Aertzestandes hat, namentlich in der letzten Zeit, eine so immense Fülle von Material zur Kritik unserer gesellschaftlichen Zustände zusammengetragen, er hat eine derartige Zahl von Postulaten aufgestellt, die, wie das eben citierte, in der bürgerlichen Gesellschaft unausführbar sind, dass die sociale Hygiene allein im stande ist, die Unentbehrlichkeit des Socialismus nachzuweisen. Wir sind daher diesen Forschern und auch unserem Autor zu Dank verpflichtet. Die letzten Consequenzen aus ihren principiell nicht immer auf der Höhe der Socialwissenschaft stehenden Forschungen wird die socialistische Wissenschaft zu ziehen wissen. Sie wird darthun, wo und wie die gesunde Nahrung, die frische Luft und die rationelle Erziehung für das ganze Volk zu holen seien. *Chajm Schitlowsky.*

Kunst.

Bildende Kunst.

Eine höchst erfreuliche Ueberraschung hat die im allgemeinen so öde Grosse Berliner Kunstausstellung 1901 gebracht: die **Architekturausstellung der Stadt Berlin**. In einer selbständigen Abteilung, die in der grossen Westhalle untergebracht

ist, führt die städtische Hochbauverwaltung den grösseren Teil der Aufgaben vor, die sie in den letzten Jahren bearbeitet hat. Es ist im wesentlichen die Arbeit des neuen Stadtbaurats Ludwig Hoffmann, die hier gezeigt wird. Die wichtigsten Bauten sind das grosse Märkische Museum, eine Anzahl Volksschulgebäude, mehrere Volksbadeanstalten, Krankenhäuser, ein Star-desamt, und dazu kommen noch einige Entwürfe für Denkmäler und Brunnen zum Schmuck öffentlicher Plätze. Sie werden in kleinen Modellen, Grundrissen, Querschnitten und Fassadenzeichnungen illustriert, Einzelheiten sind auch in natürlicher Grösse gezeigt, und der Katalog fügt eine klare Darstellung der Absichten der Entwürfe und der Principien, nach denen verfahren wurde, hinzu.

Der Gesamteindruck, den der Beobachter empfängt, ist der, dass wir vor einer neuen Aera in der Baugeschichte Berlins stehen. An die Stelle des planlosen Darauflosbauens ist eine zielbewusste Arbeit getreten, bei der alle die für die Gestaltung eines öffentlichen Bauwerks zu berücksichtigenden Factoren auch wirklich in Betracht gezogen werden. Das Wesentliche hebt der Katalog selbst hervor. „Bei der Anfertigung der hier zur Ausstellung kommenden Entwürfe wurde vor allem eine einfache, klare und den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragende Grundrissdisposition erstrebt.“ In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich ja um Aufgaben, bei denen ein gewisser Schematismus der Anlage nicht zu vermeiden war. Und doch ist gerade die Klarheit der Grundrisse bewundernswert, und selbst bei so gleichförmigen Aufgaben, wie etwa bei Schulhäusern, finden sich interessante Variationen, die auf die besonderen Bedingungen der Lage berechnet sind. Dass der praktische Zweck für die Gesamtdisposition der Gebäude unter allen Umständen ausschlaggebend gewesen ist und dass der Versuch gemacht wurde, diese Bestimmung auch in der äusseren architektonischen Gestaltung zu zeigen, ist der Hauptvorzug dieser Arbeiten.

Für die Entwicklung des Berliner Stadtbildes ist natürlich auch die Erscheinung der Fassaden solcher öffentlichen Bauten von besonderer Wichtigkeit. „Bei der architektonischen Gestaltung der Entwürfe wurde versucht, sie ungezwungen der Bestimmung des Gebäudes anzupassen und dabei alles zu vermeiden, dessen Vorhandensein nicht praktisch oder ästhetisch zu begründen ist.“ Ueberall findet sich in den Erläuterungen auch das Bestreben ausgedrückt, die localen Verhältnisse des Baues

in Rechnung zu ziehen, für die Wirkung der Fassade zu berücksichtigen, von welchem Standpunkt aus sie gesehen wird, ob sie auf die Ferne wirken muss oder ob ein solcher Blick auf sie nicht möglich ist. Auch der architektonische Charakter der Umgebung wird für die Gestaltung verwertet. So heisst es z. B. bei dem Entwurf zu der mächtigen Turnhalle des Gymnasiums zum Grauen Kloster an der Neuen Friedrichstrasse: „Bei der nahen örtlichen Beziehung des Gebäudes zur Klosterkirche war es geboten, dasselbe im Charakter der alten märkischen Ziegelbauten auszubilden. Der von der Königstrasse Kommende erblickt die Giebelseite in ihrer ganzen Ausdehnung, während die längs der Strasse gelegene Fassade zumeist nur verkürzt zur Erscheinung kommt. Die Giebelseite wurde deshalb besonders geschmückt.“ Oder von den Gebäuden der Feuerwache an der Fischerstrasse und des Standesamts an der Fischerbrücke: „Die Gebäude wurden in einem der ältesten Stadtteile Berlins errichtet. Dies war für die Wahl des Charakters der Gebäude bestimmend . . . Die Fassade des Standesamts ist von weither sichtbar, hier wurde deshalb auf die Silhouette Wert gelegt.“ Man sieht, das sind ausserordentlich wertvolle und interessante Principien, auf die zu achten man bei den städtischen Bauten in Berlin nicht im geringsten gewohnt war. Den Erfolg und den Wert dieser Gesichtspunkte bei den einzelnen Leistungen zu beurteilen, ist natürlich bei einer solchen Ausstellung unmöglich, da man ja nur das Modell für sich sieht.

Es ist eigentlich auch gewagt, über die architektonische Formensprache ein Urteil abzugeben. Ein Architekturmodell wird niemals den Eindruck des wirklichen Monumentes ersetzen können; ganz abgesehen von den farblichen Wirkungen der verschiedenen Materialien — mit denen Hoffmann, wie aus den Erläuterungen hervorgeht, sehr stark gerechnet hat — sind die Masse hier eben von wesentlicher Bedeutung. Aber soviel zeigen auch die Modelle, dass der Künstler sich ganz darauf beschränkt hat, die Formensprachen der früheren Stilepochen zu verwenden; er hat nirgends auch nur eine Fortbildung versucht. Er ist dabei ganz eklektisch verfahren und hat die Formen fast aller Stilepochen benutzt, wie sie für den Gegenstand und die erstrebte Wirkung am passendsten zu sein schienen, wengleich sich eine Bevorzugung der italienischen Renaissance bemerkbar macht. Ein sehr gewagtes Experiment ist in dieser Beziehung das Märkische Museum, das nicht

in einem einheitlichen Stil durchgeführt, sondern in selbständige Bauglieder zerlegt ist, die je nach der Art der aufzunehmenden Sammlung verschieden gestaltet sind. Dabei sind besonders interessante Teile alter märkischer Bauten aus verschiedenen Jahrhunderten zum Vorbilde genommen, so dass „das Gebäude selbst gewissermassen zu einem Museum märkischer Architekturstücke gemacht“ ist. Den in seinen Teilen heterogenen Gebäudecomplex zu einer Einheit zusammenzufassen, ist zwar ein mächtiger, das Ganze beherrschender Turm aufgesetzt; aber erst der fertige Bau wird lehren, ob ein solches Wagnis gelingen kann.

Man wird sich im allgemeinen der Erkenntnis nicht verschliessen können, dass bei dieser unbedingten Anlehnung an alte Formen das zu erstrebende Ziel nicht erreicht ist. Gewiss hat Hoffmann — denn er allein ist für den Geist dieser Schöpfungen verantwortlich, ja die meisten rühren sogar ausschliesslich von ihm her, und seine Mitarbeiter sind durchaus in seinem Sinne thätig — ein sehr feines Gefühl für die Wirkungen der alten Stilformen; wie er seine Fassaden zu gliedern weiss, wie er selbst etwa bei einem Riesenkrankenhaus, bei dem lange Fensterzeilen nicht zu vermeiden sind, die Fassade durch rhythmische Teilung belebt, wie er an anderen Stellen mit grossen Flächen und Linien arbeitet und besonders interessante Dachconstruktionen bietet oder wie er bei der Gruppierung mehrerer Gebäude malerische Wirkungen anstrebt, das giebt ganz ausserordentliche Effecte. Aber es lässt sich doch nicht verkennen, dass es oft nur architektonische Formeln sind, mit denen hier gearbeitet wird. Wenn eine Volksbadeanstalt im Stile eines italienischen Palazzo behandelt wird, so kann man sich nicht darüber hinweghelfen, dass die Architektur mit ihren gewaltigen — und an sich ausgezeichnet behandelten — unbehauenen Quadern ihren ursprünglichen Sinn, den sie bei den trotzig abwehrenden Burgen stolzer florentinischer Geschlechter hatte, völlig verloren hat. Dass das Wesentliche darin die grosse Schwimmhalle — ein prachtvolles Bassin von 27 zu 15 Metern! — ist, wird man dem Palast von draussen kaum ansehen, während doch eine wirklich moderne Architektur davon ausgehen müsste. Genau dasselbe liesse sich noch an einer ganzen Reihe von Gebäuden ausführen.

Sehr viel weniger von Belang ist es, dass der figurliche Schmuck, der im ganzen sehr discret gehalten ist, hier und da spielerisch ausartet. Es waltet darin die

eigentümliche Species des Architektenschweres, der an drolligen Einfällen sein Gefallen findet. Der Bär namentlich muss dazu dienen, alle möglichen Verrichtungen zu symbolisieren; er wird dem Berliner auch vertrauter sein, als die Delphine, die überall ihr Wesen treiben, wo das Wasser in Frage kommt.

Ebenso liesse sich gegen die Denkmäler und Brunnen und ihre Allegorien vieles einwenden; aber das ist alles nur von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem grossen Zuge, der durch diese Ausstellung geht und der für die zukünftige Bauhätigkeit der Stadt Berlin schöne Hoffnungen erweckt. Hier liegt ein weites und fruchtbares Feld. Wenn die frische und kraftvolle Thätigkeit, die Berlin in seinem Bauwesen entfaltet, so planmässig und durchdacht geleitet wird, hat es in der That Aussicht, eine schöne Stadt zu werden.

*

Kurze Chronik. François Haby, der „berühmte“ Friseur, hat sich von Henry van de Velde im Centrum Berlins, nahe den Linden, den Laden einrichten lassen. Der Künstler hat dabei eine kleine Sehenswürdigkeit geschaffen. Die Sache ist gar nicht so unwichtig. Wenn ein so reclamekundiger Herr sich an van de Velde wendet, so ist dies ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, da es zeigt, welche Bedeutung der Künstler und die moderne decorative Kunst in Berlin bereits erlangt haben. — Eine Erste internationale Ausstellung für moderne decorative Kunst ist für April bis October 1902 in Turin geplant. — Die Ausstellung: Die Kunst im Leben des Kindes, die im März d. J. in den Räumen der Berliner Secession veranstaltet war, wird von dem Deutschen Buchgewerbeverein durch eine Reihe deutscher und österreichischer Städte geführt. — Ein „Kunsterziehungstag“ wird am 28. und 29. September d. J. in Dresden stattfinden. In einem geladenen Kreise sollen behandelt werden: das Kinderzimmer, das Schulgebäude, der Wandschmuck, das Bilderbuch, das Zeichnen und Formen, die Handfertigkeit, die Anleitung zum Genuss der Museen und die Vorbildung der Lehrer. Lichtwerk (Hamburg), Jessen (Berlin), Leopold Graf von Kalckreuth (Stuttgart), Konrad Lange u. a. stehen an der Spitze des Unternehmens. — Vom August ab werden bei Teubner & Voigtländer in Leipzig etwa fünfzig Künstler-Steinzeichnungen als Wandschmuck für Schule und Haus erscheinen. Der Preis derselben wird 3 bis 6 Mk. betragen.

Oskar Bernhard.

Litteratur.

Das erste Heft der Blätter für die Kunst, deren fünfte Folge soeben ausgegeben ist, erschien im October 1892. Es hat Jahre gedauert, bis die neue Kunst, die hier zum Ausdruck kam, auch nur in engeren Kreisen bekannt geworden ist. Die kleine Künstlerschar, die in der Zeit des herrschenden Naturalismus den Glauben an eine formenstrenge Kunst verkündete, hielt sich geflissentlich von aller Oeffentlichkeit fern, weil sie fürchten musste, von ihr nicht verstanden zu werden.

Diese Furcht war nicht unbegründet. Auch heute noch, nachdem der Begründer der Blätter für die Kunst, Stefan George, durch seine bei Bondi erschienenen Gedichtsammlungen einem breiteren Publicum zugänglich geworden ist, begegnet man vielfach dem Vorurteil, dass man es hier mit einer wirklichkeitsscheuen, eklektischen Kunst zu thun habe, die nur über wenige Töne verfüge.

Es giebt keinen Vorwurf, der ungerechter wäre. Wirklichkeitsscheu kann man nur diejenige Kunst nennen, die sich in Abstractionen verliert, in gedankliche Spielereien verflüchtigt, nicht aber eine Kunst, die, wie die von Stefan George, die Erscheinungsformen wirklichen Seins so zu sich heranzwingt, dass sie in klarer, eindeutiger Bestimmtheit zum Spiegel der Seele werden. Es gehört gerade zu dem Grössten der Georgischen Kunst, dass sie, ganz mit Anschauung gesättigt, auch die allgemeinsten Inhalte psychischen Lebens anschaulich darzustellen vermag. Was diese Kunst eben von der scheidet, die viel mehr mit Inhalten der Wirklichkeit erfüllt scheint, ist nicht ihr Stoff, sondern die künstlerische Umformung des Stoffs. Jede grosse Kunst hat bisher ihrem Stoff die Nähe unmittelbaren Erlebens der Wirklichkeit zu nehmen gewusst. Wie das Drama schon durch sein Tempo, das notwendige zeitliche Zusammenhängen vielfachen äusseren und inneren Geschehens in eine irrealen Sphäre gerückt wird, so ist es im Gedicht die gebundene Form der Strophe, die Rücksicht auf Reim und Mass, die von vornherein eine formale Bindung bedeutet.

Die Blätter für die Kunst haben in einer Zeit, da die Lyrik diese formale Gebundenheit rein äusserlich empfand und ausdrückte, die Form mit innerem Leben erfüllt. Es fehlte auch freilich, besonders in den minderwertigen Beiträgen, nicht an Beispielen, in denen die wieder wach gewordene Freude am Zusammenklingen von Vocalen und Consonanten zu einer Häufung von blossen musicalischen Elementen führte, die die Stimmung

eher erdrückte, anstatt sie auszudrücken. Dem gegenüber ist die jetzt vorliegende fünfte Folge der Blätter für die Kunst, die nach zweijähriger Pause zusammen in einem Band erschienen ist, ein Beweis, dass alles noch unsichere und manchmal spielerische Tasten nach der neuen Form einem unbeirrten Erkennen des Weges Platz gemacht hat. Selbst aus dem wenigen Minderwertigen, das auch diesmal in die Blätter Eingang gefunden hat, spricht ein künstlerischer Ernst, wie er heute sonst wohl selten ist.

Hier haben wir endlich eine reife Kunst, die sich dem Grössten, was eine Zeit je geleistet hat, an die Seite stellen kann. „In der Kunst glauben wir an eine glänzende Wiedergeburt“, so schrieb Stefan George am Eingang der Blätter im October 1892, und ich meine, dass dieser Glaube in Erfüllung gegangen ist. In dem Teppich des Lebens schien er uns das Höchste gegeben zu haben, über das hinaus fast nichts mehr zu sagen bliebe. Wie ein Wunder ist es, dass auf die tiefen, alles in sich begreifenden und doch ganz von persönlichstem Leben durchfluteten Klänge des Teppich nun in dem letzten Bande der Blätter leichte schwebende Melodien folgen können, die von unsagbar wehmütigem Wissen künden.

Das unentrinnbare Schicksal einer zur Einsamkeit verurteilten Seele, über die die tiefste Seligkeit der Liebe den ungeahnten Glanz des Glückes verbreitet hat und die nun doch wieder in sich selbst zurückkehren muss, weil sie nie finden kann, was sie sucht, weil ihre Träume und Wünsche nie ein Spiegelbild haben, in dem sie sich erkennen, dies ist das Motiv der neuen Verse von George. In ihnen ist nichts von der lastenden Schwere der Einsamkeit, wie sie uns in einem der grössten Gedichte im Vorspiel des Teppich entgegentritt; hier schweben in leichter Wehmut ihre Rhythmen, gelöst von aller Schwere, über dem Inhalt, den sie künden. Fast ist es, als schmiegt sich die Worte mit ihrem begrifflichen Inhalt an ihren Klang, um, mit ihm verwachsend, vom Rhythmus über alle Begrenzung hinweg in die Welt des Unsagbaren getragen zu werden.

Nie vielleicht ist George persönlicher gewesen, als in diesen Versen, und dennoch hat er hier die grosse Ferne erreicht, die die höchste Steigerung künstlerischen Ausdrucks bedeutet, aus der auch seine Lieder von Traum und Tod, in denen der Teppich des Lebens verklingt, herüberönen, wie aus einer anderen Welt. Vollendet ist in den letzten Versen, wie im Teppich, die Einheit des Tones gewahrt. Auch in der Natur unmittel-

bar Gesehenes giebt George nur so, dass in jedem Bilde und in jedem Klang der Ton mitschwingt, der aus dem Ganzen spricht. Von besonderem Reiz ist dies in einem Zwiegespräch zweier Seelen, in dem die Stimmung der Frage gedämpft in der Antwort wiedererklingt, um nie gelöst zu werden.

Der Kreis der Blätter für die Kunst ist in beständiger Zunahme begriffen. In den letzten Jahren haben sich zwei junge Dichter hinzugefunden, die, wie es scheint, einmal Eigenes und Grosses leisten werden: Karl Gustav Vollmöller und Friedrich Gundolf. Es ist zugleich bemerkenswert, dass die Form des dramatischen Gedichts und das Drama mehr als bisher in den Blättern für die Kunst zur Geltung kommt. George hat selbst ein wundersam einfaches Wehspiel darin, die Aufnahme eines Jünglings in den Orden, in dem der Wechsel der feierlich ersten Weisen des Chorus der Ordensbrüder mit der von schmerzlichem Erleben getragenen Erzählung des Jünglings, der um Aufnahme in den Orden fleht, und mit den strengen Worten des Grossmeisters und der Brüder, die die Aufnahme des Jünglings verweigern, eine Art von dramatischer Bewegtheit hervorruft.

Von Vollmöller wird der letzte Teil eines Spieles in vier Bildern: Katharina von Armagnac und ihre beiden Liebhaber veröffentlicht. Die Verse stehen unter dem Einfluss Hofmannsthalscher Anmut, und das Drama ist oft nicht ganz frei von einer etwas koketten Pose. In der Art der Dramatik aber scheinen mir die Ansätze zu etwas Volledem gegeben. Es ist das Problem des Dramas, den Eindruck der Gegenwärtigkeit des Erlebens, in die der Dialog hineinführen muss, mit der Ferne der künstlerischen Darstellung zu vereinen, die alles Erlebte, losgelöst vom Momentanen, als vergangen erscheinen lässt. Das Drama von Vollmöller giebt hierfür eine glückliche Lösung. Der Dialog ist erfüllt mit vibrierendem Leben und hat zugleich etwas schattenhaft Unwirkliches, wie es vergangenen Dingen eigen ist. Die letzte Scene, in der Katharina, die, von ihren Leidenschatten umhergetrieben, bisher ein scheinhaftes Dasein geführt hatte, durch die Unerbittlichkeit des Schicksals zu wahren Leben und zu einer Grösse erwacht, die sie die Schrecken des Todes überwinden lässt; ist von einem Schwung und einer reinen Schönheit, die von Vollmöller noch Grosses erwarten lässt.

Reifer noch im Reichtum und der Beherrschung der Sprache ist das dramatische Gedicht in drei Teilen: Antinous von Friedrich Gundolf.

Gundolf steht stärker unter dem Einfluss Georges als Vollmöller. Aber sein dramatisches Gedicht zeigt bereits einen ganz eigenen Ton. Es ist, als wenn das starke persönliche Erleben, von dem diese Verse getragen werden, auch notwendig zu einer eigenen Form führen musste. Wohl klingt in der Tragödie des einsamen Kaisers Hadrian Georges Algalal wieder an. Aber die Gestaltung des Wechselgesprächs zwischen dem Herrscher, der sich im Sehnen nach einer Seele, die ihn erfasste, verzehrt und dem schwärmerischen schönen Jüngling Antinous, der über seinen Träumen stets der Nähe des Lebens vergisst und „vom Hirn verwirrt“ nur an den Dingen tastet, statt sie zu erleben, zeigt von einer ganz neuen Behandlung des Motivs und von einer wahrhaft überraschenden Beherrschung der Sprache.

Unter den übrigen Beiträgen ist besonders noch hinzuweisen auf Georges Uebertragung einiger Gesänge aus Dantes Göttlicher Komödie in Terzinen. Es zeigt sich deutlich darin, dass die innere Verwandtschaft der Kunstform Georges mit der des grossen italienischen Dichters vielleicht niemand zu einer Dante-Uebertragung so berufen macht wie Stefan George.

Gertrud Köhl.

Diversa.

Bücher.

Dr. Paul Voigt: Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten. Eine Untersuchung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Standes. Erster Teil. Herausgegeben vom Institut für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1901.

Ein merkwürdiges Buch, bei dem Verfasser und Inhalt gleich interessant sind. Paul Voigt war ursprünglich einer der Unseren. Er spielte in der jungen socialistischen Studentenbewegung eine nicht unbedeutende Rolle und war publicistisch für unsere Parteiblätter — u. a. auch für den Vorgänger der Socialistischen Monatshefte, den Socialistischen Akademiker, — thätig. Sein Weg ging bald in anderer Richtung. Er habilitierte sich als Privatdocent in Berlin mit einer Apostaten-Vorlesung. Aber wenn man von der schon in jenem Antrittscolleg hervortretenden Neigung, Marx zu vernichten, die sich später bei ihm zu einer krankhaften Sucht ausbildete, abieht, so hat Voigt durch seine wissenschaftlichen Publicationen ausserordentlich Tüchtiges geleistet, Tüchtiges auch als Vorarbeiter für den Socialismus. Die grössere Oeffentlichkeit erfuhr von Voigt zuerst, als er in dem Kampf

um die Mündelsicherheit der Hypothekenspfandbriefe in einer Broschüre sehr energisch gegen die Hypothekensbanken Stellung nahm. Seine Enthüllungen über die Beleihungspraktiken der Hypothekensbanken wirkten in den beteiligten Kreisen geradezu niederschmetternd. Aber leider drang der Inhalt jener Schrift nur beschränkt in die breiten Schichten der Bevölkerung, weil die meisten liberalen und unparteiischen Tagesblätter die Broschüre völlig totschiwigen.

Voigt musste sich heftige Anfeindungen gefallen lassen, die er sicherlich nicht verdient hatte. Und sein jäher Tod brachte ihn auch um die Freude der nachträglichen Genugthuung. Denn als der Zusammenbruch der Hypothekensbanken seine Angaben rechtefertigte, deckte ihn bereits die Erde. Die Herausgabe der jetzt erschienenen umfangreichen Schrift ist schon nicht mehr vollständig von ihm besorgt. Aus seinen nachgelassenen Schriften ist sie zum Teil durch Freundeshand zusammengestellt. Zwischen Voigts erster Broschüre und dem vorliegenden Werk besteht aber ein äusserer Zusammenhang insofern, als jene Broschüre Material enthielt, das er auf seinen Studien über die Grundrente gefunden hat. Voigt bringt jetzt das Material in noch besserer Fundierung vor, und wenn ein grosser Teil nun infolge der früheren Publication auch nicht mehr neu ist, so bringt er doch gerade in Bezug auf Ueberbeleihungen von Häusern und in Bezug auf den Einfluss dieser Beleihung auf Miete und Bodenwert eine Menge neuer und vorzüglich gestützter Thatsachen.

Der erste Teil des Buches, der bis jetzt vorliegt, zerfällt in einen historischen und einen praktischen Teil. Der historische Teil hat nicht nur für den Berliner Interesse, da er das Werden und Wachsen seiner Vaterstadt in ganz vorzüglicher Weise illustriert, er bietet auch namentlich insofern ausserordentlich viel allgemein Interessantes, als die Könige Preussens gerade in Bezug auf die Baupolitik, die sie in Berlin durchsetzten, recht Wertvolles leisteten, und weil die Art dieser Bethätigung im kleinen vielfach charakteristisch für die ganze Persönlichkeit der einzelnen Herrscher ist. Gerade bei der Lektüre des Voigtschen Buches sieht man wieder so recht, wie sehr die politischen Geschehnisse von der ökonomischen Entwicklung bedingt sind. Und mit Recht versucht Voigt zu zeigen, wie die, namentlich von einzelnen demokratischen Schriftstellern durch die Parteilichkeit angeesehenen, als zu absurd hingestellten Willkürlichkeiten in den Bauanordnungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Grossen im Lichte einer ökonomischen

Weltanschauung verständlicher werden. Recht gut entwickelt Voigt den Geist der Bauverordnungen der preussischen Könige aus der mercantilistischen Wirtschaftsauffassung. Der kritische Teil des ersten Bandes — der zweite soll später folgen — enthält nur eine Kritik der Bodenverhältnisse der Vororte. Das ist kein Uebel. Denn in den Berliner Vororten entwickelt sich in einer viel kürzeren Zeitspanne und viel intensiver die Bodenpreistreiberi, als in der Stadt selbst. Voigt hat auch darin vollkommen recht, dass er in praktischer Beziehung eine Betrachtung der vorortlichen Verhältnisse für wertvoller hält, weil hier ohne besondere Schädigung vermögensrechtlicher Interessen dem weiteren Steigen der Grund- und Bodenpreise ein Riegel vorgeschoben werden kann. Dass ein solcher Riegel dringend notwendig geworden ist, zeigt die Voigtsche Arbeit nur zu deutlich, denn die von ihm gegebenen Tabellen über die Wertsteigerungen riefen einen geradezu erschreckenden Eindruck hervor. Voigt zeigt auch den Weg, der geeignet ist, zu einer Eindämmung der Bodenspeculation zu führen. Er weist in überaus klarer Weise den Einfluss unserer schlechten Bauordnungen nach, die einer schamlosen Ausnutzung des Grund und Bodens Vorschub leisten. Aeusserst lehrreich ist die von Voigt gegebene Darstellung der Geschichte des Kurfürstendamms und der Colonie Grunewald. In recht interessanter Weise wird gezeigt, welchen Einfluss die Entwicklung der Verkehrsmittel auf die Bodensteigerung in den Vororten gehabt hat. Am allerinteressantesten ist aber doch der Nachweis, in wie unglaublicher Weise durch die so viel gerühmten Privathypothekenbanken die Grund- und Bodenpreise in die Höhe getrieben werden. So legt Voigt überzeugend klar, dass in dem neuen Teil der Stadt Charlottenburg, wo die ersten Hypotheken sich überwiegend in den Händen von Hypothekenbanken befinden, die Bodenpreise bedeutend höhere sind, als in dem älteren Teil von Charlottenburg. Dass hier ein ursächlicher Zusammenhang bestehen muss, erscheint evident, wenn man in die Voigtschen Tabellen sieht, bis zu welcher ungeheuerlichen Höhe Beileihungen seitens der Hypothekenbanken gemacht worden sind. In diesen Teilen gehört das Voigtsche Buch zu den interessantesten Schriften, die — zum mindesten auf diesem Gebiet — seit Jahren geschrieben worden sind. Voigt erwirbt sich bei dieser Gelegenheit erneut das Verdienst, auf die öffentliche Gefahr hingewiesen zu haben, die durch den innigen Zusammenhang zwischen den Hypothekenbanken und den Feuerversicherungsanstalten besteht. Viel präciser aber, als in

seiner Broschüre, behauptet der Verfasser jetzt, dass fast sämtliche Feuerversicherungsanstalten im Interesse der Hypothekenbanken und der Grundstückspeculanten Ueberversicherungen eingehen. Vermutlich wird gerade wegen dieses Nachweises der grössere Teil der liberalen Presse von neuem die Taktik des Totschweigens üben, und deshalb sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hier eine öffentliche Gefahr constatiert ist, eine Gefahr, welche die Aufmerksamkeit der Behörden im höchsten Masse erheischt. Für die Kämpfer gegen den Grund- und Bodenwucher bietet das Voigtsche Buch ein noch nicht dagewesenes Material, dessen Ausnutzung sie sich weidlich angelegen sein lassen sollten. Zum Schluss können wir uns jedoch nicht versagen, ganz kurz auf einen Irrtum Voigts hinzuweisen. Voigt behauptet nämlich, dass die wohlhabenden Classen durch die Grundrente, sowie durch die Mietpreise weit stärker als die unteren Classen belastet werden! Er sucht das daraus zu beweisen, dass in den ärmeren Stadtteilen der Grund und Boden entsprechend niedriger ist, als in den reicheren. Das stimmt sicherlich, absolut genommen. Aber wenn man die Belastung durch die Mietpreise herausrechnen will, so ist man doch selbstverständlich gezwungen, den Mietspreis pro Kopf der Bewohner und das Einkommen der Mieter in Relation zu bringen. Und da wird sich dann, ähnlich wie bei den indirecten Abgaben, die unendlich hohe Belastung gerade der ärmeren Classen zeigen. Voigt hat wohl auch hier nur die absolute Belastung gemeint. Es scheint aber doch von Wert, um Missverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich darauf hinzuweisen.

Georg Bernhard.

*
Ellen Key: Die Wenigen und die Vielen. Neue Essays. Autorisierte Uebersetzung von Francis Maro. Berlin 1901. S. Fischer, Verlag.

Wer den Band Essays kennt, den Ellen Key vor zwei Jahren veröffentlicht hat (vgl. Socialistische Monatshefte 1899, pag. 543 und 544), und nun ihr neuestes Buch liest, der muss unbedingt den Eindruck gewinnen, dass die Stellung der Autorin zu den wichtigsten socialen Fragen, die noch vor zwei Jahren eine etwas schwankende war, sich mittlerweile geklärt hat und dass besonders ihr Verständnis für die socialistische Bewegung ein viel tieferes geworden ist.

In dem neuen Band, der nach der grössten und einer der hervorragendsten Arbeiten, die er enthält, Die Wenigen und die Vielen heisst, tritt Ellen Key als Verkünderin der socialistischen Lehre auf, und

das Originelle ihres Auftretens besteht zum Teil auch darin, dass sie sich weder an sociologische Theoretiker noch an diejenigen, die an dieser Lehre in erster Linie interessiert sind, die Arbeiter, wendet, sondern einer ästhetisch verfeinerten und verwöhnten, litterarischen, individualistisch - ethischen Schicht der bürgerlichen Intelligenz zu beweisen sucht, dass auch sie mit ihren aristokratischen Bedürfnissen durch die socialistische Ordnung nicht zu kurz kommen würde. In scharfsinniger Weise begegnet sie allen Einwendungen, die der von dem herrschenden System Begünstigte und doch an seinen unentrinnbaren Qualen Leidende gegen eine Umwälzung im Sinne des Socialismus erheben mag, und mit inniger Bredsamkeit sucht sie seine Zweifel, ob er für sich selbst nicht das Mangelhafte gegen Schlimmeres vertauschen würde, zu beruhigen. Sie ist bemüht zu zeigen, dass ein vornehmer, von Engherzigkeit befreiter Egoismus consequenterweise den Altruismus in sich schliessen muss und dass der Individualismus in seiner folgerichtigen Entwicklung zum Socialismus führt.

Wenn es einen Sinn hätte, die feine Arbeit nach dem unmittelbaren Nutzen einzuschätzen, den sie der socialistischen Bewegung bringen kann, so müsste man sagen: sie ist wohl geeignet, Gegner aus Intelligenzkreisen wandend zu machen und Gleichgiltigen Interesse für diese Bewegung einzuflößen; ob sie freilich der Sache des Socialismus auch Kämpfer gewinnen wird, das erscheint zweifelhaft.

So sicher als der Socialismus früher oder später im stande sein wird, die Harmonie zwischen Altruismus und Egoismus und jene zwischen den Anforderungen der freien Individualität und denen der Gesamtheit herzustellen, — wer heute und mitten in dieser Welt der Privilegien, der Concurrenz und der Lohnsclaverei in den Reihen der Socialdemokratie kämpfen und arbeiten will, der muss sehr vieles von dem entbehren, was schönheitsdurstige Individualisten für unentbehrlich halten.

Wenn solche Kämpfer auf Culturgüter verzichten, auf die um keinen Preis verzichten zu wollen vielleicht den Stolz manches anderen Menschen ausmacht, so gleichen sie dem Landmann, der vom Hunger gepeinigt, sich doch nicht entschliessen kann, sein Saatkorn in Brot zu verwandeln, sondern es getreulich in die Erde senkt, damit später hundertfache Frucht daraus reife.

Aber Ellen Key ist nicht anzuzugewogen, um zu kämpfen oder zum Kampf anzufeuern, sondern um zu versöhnen, und nach dieser Richtung hin wird ihr geistvolles und liebens-

würdiges Buch, das uns in sorgfältiger und feinfühlicher Uebersetzung vorliegt, seinen Zweck nicht verfehlen.

Der bedeutendste von den Essays scheint mir der Selbstbehauptung und Selbstopferung überschriebene zu sein. Nur einer, dessen Seele erfüllt ist von christlicher Liebe, kann so die christliche Weltanschauung in sich überwinden. Mit der ersten Hoheit eines wahrhaft Freien grenzt Ellen Key in ihrem Denken und Fühlen den Raum ab, den sie dem christlichen Ideal noch einräumen kann, sowie denjenigen, der der Pflicht der Selbstbehauptung gebührt. Die Freiheit ihres Denkens ist darum besonders hochzuschätzen, weil sie emporgewachsen ist aus den Kämpfen und Schmerzen, unter denen ein starker Geist und ein mildes Herz den heissgeliebten Gegner überwand. *Therese Schlesinger-Eckstein.*

Notizen.

Die im Juni-Heft dieser Zeitschrift (pag. 471 ff) abgedruckte Einsendung der Redaction des Jüdischen Arbeiter in Sachen des jüdischen socialdemokratischen Arbeiterbundes erfüllt mich insofern mit Genugthuung, als ich darin eine indirecte Bestätigung meiner Angaben finde. Konnte ich bis dahin noch leise Zweifel daran hegen, ob ich die Mitteilungen meiner Gewährsmänner (es sind Genossen verschiedener Nationalität und Angehörige verschiedener socialistischer Organisationen darunter) auch richtig gesichtet und gedeutet habe, so sind diese Zweifel jetzt endgiltig beseitigt. In der Einsendung wird dem jüdischen Arbeiterbund nachgerühmt, er habe „sich niemals weder für noch gegen die Lostrennung Polens und Litauens von Russland ausgesprochen.“ Nun erstreckt sich aber die Thätigkeit des Bundes im wesentlichen nicht etwa auf Grossrussland, sondern auf die jüdischen Arbeiter im ehemaligen polnischen Staatsgebiet, soweit dasselbe von Russland annectiert ist: im Königreich Polen, in Litauen, in den weissrussischen und ruthenischen Landen. Für die Bevölkerung all dieser Länder ist nun die Annexion durch einen culturell und politisch rückständigen Staat eine politische Thatsache von fundamentaler Bedeutung, und die Frage, ob man sich damit abfinden oder aber danach streben soll, sie rückgängig zu machen, geradezu der Angelpunkt aller praktischen Politik. Man denke sich eine socialdemokratische Organisation, die, in Preussen viele Jahre hindurch agitierend, sich niemals weder für noch gegen die Beseitigung des Dreiclassenwahlrechts ausgesprochen hätte!

Und doch ist die Junkerherrschaft im preussischen Landtag vergleichsweise weniger unerträglich als der importierte grossrussische Absolutismus, der die natürlichen politischen Triebkräfte Polens gewaltsam hemmt und niederhält. Wenn nun für die leitenden „Politiker“ (?) des jüdischen Arbeiterbundes diese Kernfrage nicht existiert, so ist „fehlerhafte politische Orientierung“ der mildeste hierfür anwendbare Ausdruck.

Ferner wird dem Bunde nachgerühmt, er sei „keine philologische Gesellschaft, der die Verbreitung dieser oder jener Sprache besonders am Herzen liegt, sondern eine politische Organisation, für welche die Sprache lediglich die Bedeutung eines der Ideenverbreitung dienenden Werkzeugs besitzt“. Das wäre nun allenfalls ein discutabler Standpunkt für einen rein wirtschaftlichen Interessenverband. Für socialdemokratische Politiker aber, wie für demokratische Politiker überhaupt, ist die Sprache kein blosses Verständigungsmittel, sondern ein Stück des lebendigen Menschen. Wer die Sprache vergewaltigt, der vergewaltigt den Menschen mit. Und wer für Menschenrechte kämpft, der muss auch für Sprachenrechte kämpfen, sofern diese unterdrückt oder bedroht sind. So lange die Muttersprache des Volkes von Staats wegen verfolgt wird, kann es keine Demokratie geben; die Freiheit der Sprache und des Volkstums ist ein demokratisches Grundrecht und somit eine der unentbehrlichen Vorbedingungen des Socialismus. Wenn nun die Redaction des Jüdischen Arbeiter in dem Kampfe der vom Czarentum unterjochten Völker gegen die ihnen aufgedrungene grossrussische Staatssprache lediglich einen müssigen „philologischen“ Sport erblickt, so ist für solche „politische“ Weisheit wiederum der von mir gebrauchte Ausdruck mangelndes Verständnis die mildeste zulässige Censur.

Ladislau Gumprowicz.

Im Juni-Heft dieser Zeitschrift (pag. 472 ff.) veröffentlicht Herr Gert Carrington eine Antikritik meiner Kritik seines Buches über das Gewissen. Ausführlich darauf einzugehen, lehne ich hier, wie bei jeder Antikritik, ab. Jedenfalls werden die holländischen Leser von Carringtons Schrift erstaunt sein, was für ein immens einflussreicher Mann ich bin, da mein „Verdict“ genügt, die gesamte Arbeiterpresse zum Totschweigen eines Buches zu veranlassen. Ein Glück, dass es nicht ganz so arg ist. Ich würde keine Zeile mehr schreiben, wenn ich erführe, dass meine Besprechungen dem einen oder anderen massgebend genug wären, um

ihn der Mühe des Selbstlesens und Selbsturteilens zu entheben.

Wie jeder Antikritiker leitet Carrington aus meiner Kritik dessen, was er gethan hat, Schlüsse ab hinsichtlich dessen, was ich von ihm gewünscht hätte, Schlüsse aber, die sich in grotesken Uebertreibungen bewegen. So z. B. bezüglich des *δαμόνιον*. Auch ich weiss, dass es kein Gewissen ist. Aber um das klarzustellen, bedarf es nicht des ganzen Platon und Xenophon, sondern folgender einfacher Sätze: Die sokratische Tugend ist eine rein logische Vollkommenheit. Sokrates ist radicaler Intellectualist, die Tugend ist ihm lehrbar, und sein *δαμόνιον* ist eine Art intuitiver Einsicht in moralische Dinge, bei der zwar die logischen Vorderreihen nicht momentan gegenwärtig sind, aber doch als rekonstruierbar gedacht werden müssen. Das Gewissen hingegen ist überall ein Gefühl, dessen Intensität und Suggestivität oft in umgekehrtem Verhältnis zur Klarheit der von ihm begleiteten Vorstellungen steht. Daher kennt der Intellectualismus überhaupt kein Gewissen. — Das, in etwas leichter verdauliche Form übersetzt, hätte genügt. Es ist natürlich kein „Gesamtbeweis“ — aber wo habe ich den verlangt? Wo?

Grundsätzlich ist zwischen Carrington und mir eine moralwissenschaftliche Verständigung unmöglich. — Er spricht diesmal von einem Gefühl spezifischer Qualität (dem Gefühl fürs „Gute“), das eintrete, „wenn der Mensch in der zur zutreffenden Auffassung des Objects geeigneten geistigen Verfassung ist.“ Zur zutreffenden! Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Carrington sitzt der ethische Apriorismus im Blute, und mir — eben nicht. Einige Zeilen vorher spricht Carrington übrigens von „Wollungen, deren Vorstellung jenes spezifische Gefühl heraufführe . . .“ Wollungen, deren Vorstellung: da kann ich nicht mehr mit. Beim Lesen von Carringtons Buch freute ich mich über den Voluntaristen; bei dieser Stelle wusste ich aber nicht mehr, was Voluntarismus und Intellectualismus ist. Ich hatte nur ein Gefühl der Angst vor der Möglichkeit eines intellectualistischen Voluntarismus . . .

Ich nehme Carrington seine Antikritik nicht übel, aber ich bedauere sie als ein ungünstiges Symptom. Ein Symptom der modischen Autorenkrankheit: keine Kritik mehr zu vertragen und am wenigsten eine ernste und sachliche. Der Zwischenfall ist damit für mich beendet; aber leider ist man nicht sicher, ob er sich nicht bei jeder neuen Besprechung wiederholt.

Ernst Gystrow.